

»Von der Kirche zum Kommunismus«

von Edda und Helmut Lechner

Vorwort

Im Rahmen der Ausstellung »Neue Anfänge nach 1945?« der Nord-Kirche von Dr. Stephan Linck im Vicelin-Haus in Norderstedt haben wir, Edda und Helmut Lechner, in der dortigen Gemeinde bei Pastor Christian Stehr einen Vortrag zum Thema »Kirche und Kommunismus« gehalten. Dabei sind wir besonders darauf eingegangen, dass ich in den Jahren 1967 bis 1975 als Pastorin in Hamburg-Bramfeld gearbeitet habe und nach meiner Suspendierung aus der Kirche ausgetreten bin. Wir beiden – Helmut war Pastor an der Christus-Kirche in Norderstedt – haben uns dabei vom christlichen Glauben gelöst und sind zunächst Kommunisten und danach auch Atheisten geworden.

Die Darstellung von Bild und Text aus unserem kirchlichen und politischen Leben haben wir in diesem Zusammenhang deutlich erweitert. Dabei trete vor allem ich, ehemals mit Namen Edda Groth, in Erscheinung. Das liegt einmal daran, weil ich durchgehend seit den fünfziger Jahren über reiches persönliches Fotomaterial verfüge, zum anderen weil meine Person nun mal zu einem sehr typischen exemplarischer »Fall« innerhalb der Kirche wurde. Gerade deshalb habe ich mich darum bemüht, meine theologische und politische Entwicklung von den Anfängen her darzustellen und auch immer wieder darauf hinzuweisen, woher meine stets neuen Ideen entstanden sind. Dazu verwende ich auch gerne die Form einer Erzählung, einer Anekdote oder einer persönlich formulierten »Lebensweisheit«.

Vor allem kommt es uns aber darauf an – zumal seit meiner Tätigkeit als Pastorin an der Simeon-Kirche inzwischen zwei Generationen verstrichen sind – die Geschichte der »Achtundsechziger Bewegung« darzustellen. Ohne ihre sozialen und revolutionären Einflüsse wären wir nicht zu dem geworden, was wir sind und auch diese Gesellschaft wäre eine andere. Dies gilt auch für die Kirche insgesamt, auch wenn sicher nicht jeder in ihr dies anerkennen möchte. Natürlich gilt dies auch für uns, die wir zu einer alternativen Erziehung gewechselt sind, internationales Engagement gegen Kriege und koloniale Unterdrückung entwickelt, den Bau von Atomkraftwerke behindert haben und uns in Betrieben und Gewerkschaften betätigt haben. Und so sind wir nach dem Austritt aus der Kirche mit Überzeugung Sozialisten, Kommunisten und Atheisten geworden und geblieben. Auch das haben wir bewusst mit in unsere Darstellung übernommen und wir haben ein wenig auch diejenigen in Bild und Text übernommen, die einen ähnlichen Weg gegangen sind. Vor allem aber wollen wir auch diejenigen nennen, ohne deren Hilfe und Solidarität wir kaum etwas hätten bewegen können. Wir möchten Ihnen bei der Betrachtung und dem Lesen unserer Darstellung jenseits von unserer spannenden eigenen Geschichte gerne vermitteln, dass es sich dabei um einen allgemein wichtigen Geschichtsabschnitt unserer Gesellschaft handelt.

Studium und Vikarszeit

**In Neuendettelsau -
Göttingen -
Erlangen - Heidelberg
und Kiel**

1959 bis 1967

Nach dem erfolgreichen Abitur in Heide gedachte ich zu studieren. Sollte ich, der ich mich besonders für Geschichte interessierte, Archäologie studieren, oder um Missionarin zu werden, mich der Medizin zuwenden oder aus christlichem Interesse Theologie studieren? Nach einem kompetenten fachlichen Gespräch mit einer Frau von der Berufsberatung an der Oberschule in Heide entschloss ich mich für die Theologie, obwohl (oder weil?) es zu damaliger Zeit noch in keinem Bereich der Evangelischen Kirchen durch Gesetz geregelt war, dass Frauen beruflich das volle Pfarramt übernehmen durften.



Das Studium begann ich 1959 an der Hochschule Neuendettelsau in Bayern, um dort vor allem die notwendigen Sprachen zu erlernen. Immerhin wurde das Thema der Frauenordination nun doch mit großem Engagement unter den Wissenschaftlern, Theologen und Pastoren in den jeweiligen Landeskirchen diskutiert. Die Zahl der weiblichen Studentinnen wuchs und an den Hochschulen und Universitäten wurden sie zunehmend akzeptiert.

- Foto: Augustana-Hochschule in Neuendettelsau in Mittelfranken/Bayern.



Eine festliche Veranstaltung an der Erlanger Universität 1961 ließ weder bei mir noch irgendwelchen StudentInnen den Gedanken aufkommen, dass »unter den Talaren der Muff von tausend Jahren« steckte. Diese Kritik wurde erst gut fünf Jahre später laut, als erstmalig Studenten und Studentinnen gegen die »etablierten Autoritäten« in Staat und Gesellschaft protestierten und der Sozialistische deutsche Studentenbund (SDS) gegründet wurde.

- Foto: Festlichkeit des Universitätskollegiums der Theologen in Erlangen, 1961.



1965 machten meine Freundin Helga und ich als einzige weibliche KandidatInnen das 1. Theologische Examen in Kiel. Da wir dabei sehr gut abschnitten, quengelte Bischof Hübner: »Na, da werden die Frauen aber wieder jubeln«. Das taten wir natürlich! An der Examensfeier im Preetzer Kloster und der Ausbildung der zukünftigen Vikare am dortigen Theologischen Seminar durften wir trotzdem nicht teilnehmen. Hinter der Vorstellung, vom unpassenden Wesen der Frau für ein theologisches Amt stand sicher auch der heimliche Gedanke, sie sei eben von Natur aus »unrein«. Jedenfalls habe ich bei einer Vorlesung an der Hamburger Universität 2012/13 »Reformgedanken im Islam«, der auch den gegenwärtigen Kampf muslimischer Frauen für die Anerkennung als tätige Imamin aufzeigte, ähnliche Vorstellungen als Ausschlussbegründung wieder entdecken können.

- Foto: Theologisches Examen in Kiel bestanden, vor dem Kirchenamt, 1965.



Zu den theologischen Seminaren der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche wurden wir jedoch hinzugezogen und nahmen auch sonst in allen Bereichen an der zwei-ein-halb Jahre dauernden »Vikars«-Ausbildung teil. Auf diesem Seminar in Hoisdorf stellte ich dem für uns verantwortlichen »Oberrat« Schmidt die Frage, was er denn zu tun gedächte, wenn wir Frauen im Blick auf die offizielle Gleichberechtigung beim Bundesverfassungsgericht eine Klage einreichen würden. »Das werden Sie Ihrer Kirche doch wohl nicht antun«, war seine Antwort.

- Foto: Vikars- und Vikarinnen-Seminar in Hoisdorf mit Frau Brigitte Neumann und mir, 1965.

Ein neues Gesetz eine erste Pastorin

**ein Anfang
in der Gemeinde
an der Simeon-Kirche**

ab 1967

Fotos von Edda Lechner
und vielen anderen

Ausgabe STV - V 4578 D

KIRCHE DER HEIMAT

2
3
6
7
8

1967

43. Jahrgang / Nr. 10 ■ 2. Mai-Ausgabe 1967



Anlässlich der Wiedereinweihung der renovierten Christuskirche in Pinneberg ordinierte Landespropst Karl Hasselmann mehrere Kandidaten des Predigtamtes und – erstmalig – auch zwei Pastorinnen! Unser Bild zeigt ihn zusammen mit der bereits seit längerer Zeit in der Kirchengemeinde Schulau an der Elbe tätigen Pastorin Marie-Luise Morys (links) und mit Pastorin Edda Groth aus Rederstell bei Heide.
Foto: Conti-Press

Die Evangelisch-Lutherische Kirche Schleswig-Holsteins beschloss in einem Gesetz 1967, Frauen für das volle Pfarramt zuzulassen und ihnen auch ohne Unterschied zu ihren männlichen Amtsbrüdern im christlichen und juristischen Sinne einen eigenen Gemeindebezirk zu übertragen. Daraufhin wurde ich zusammen mit der bereits in der Kirche tätigen Pastorin Morys am 23. April 1967 in der Kirche in Halstenbek von dem Landespropsten Hasselmann ordiniert. Für die »Kirche der Heimat« und viele andere Presseorgane bis hin zur »Bild-Zeitung« ein erwähnenswertes Ereignis. Nur in einem Punkt konnten sich die bisherigen Gegner der Frauenordination durchsetzen: Wenn eine tätige Pastorin heiratete, konnte der Bischofs per Veto entscheiden, ob sie auch dann noch im Amt bleiben durfte. Diese Praxis – sozusagen ein evangelisches »Heiratsverbot« – war auch bisher in der Kirche so gehandhabt worden. Dieses kirchlich verordnete Zölibat galt bis 1979.

- Foto: Bericht in der »Kirche der Heimat«, 1967.



Ich durfte in der Simeon-Kirche in Hamburg-Bramfeld meinen ersten Dienst tun. Die dort vorhandenen drei männlichen Kollegen fanden, so Pastor Steenbock wörtlich: »Unter drei Pastoren eine Frau ist von Vorteil«. In der Gemeinde konnte ich auch zukünftig, trotz der vielen bald entstehenden Auseinandersetzungen über theologische und politische Fragen, nie feststellen, dass dies etwas mit der »Frau auf der Kanzel« zu tun hatte. Ein kleines Mädchen aus der Gemeinde brachte es auf den Punkt, als sie mich zum ersten Mal im Gottesdienst besuchte: »Der liebe Gott war nicht da, aber seine Frau.«

- Postkarte der Simeon-Kirche in Hamburg-Bramfeld.

Bramfelder Pastorin feierlich eingeführt



An der Seite von Propst Willi Schwennen kommt die Pastorin Edda Groth aus der Kirche.

Für die Propstei Stormarn, für den Kirchengemeindeverband Bramfeld und nicht zuletzt für die Simeon-Kirchengemeinde Am Stühm-Süd läuteten die Glocken zu einem besonderen Anlaß. In langer Reihe zogen Pastoren aus dem Gemeindehaus in die Kirche, wo die Pastorin Edda Groth in feierlichem Talar durch Propst Willi Schwennen offiziell in die Gemeinde eingeführt wurde. Sie ist eine von 15 Pastorinnen, die es bisher in der Ev.-luth. Landeskirche Schleswig-Holstein gibt und — wie berichtet — die einzige mit eigenem Pfarrbezirk in Hamburg.

Nach einem »Jahr zur Probe«, wobei das Landeskirchenamt über die Anstellung für den/die PastorIn bestimmt hatte – allerdings in Absprache mit der betreffenden Gemeinde – wählte der Kirchenvorstand der Simeon-Kirche mich als Pastorin für das 4. Pfarramt der Simeon-Gemeinde in Hamburg-Bramfeld. Dabei sei erwähnt, dass diese Gemeinde damals nicht zur Hamburgischen sondern zur Evangelisch-Lutherischen Kirche in Schleswig-Holstein gehörte. Propst Schwennen von der Propstei Stormarn, zuvor einer der erklärten Gegner der Frauenordination, nahm die feierliche Handlung vor. Bei der anschließenden fröhlichen Feier mit Eltern, Freunden und Verwandten trug einer der Jugendlichen, mit denen ich ein Jahr lang schon zusammen gearbeitet hatte, ein ehrenvolles langes Gedicht vor, pathetisch und ein wenig heidnisch à la Altnordischer »Edda«: »Von der Priesterin Triumph-Fahrt«.

- Foto und Text: vermutlich vom »Hamburger Abendblatt«.



Meine Arbeit sollte so offen wie möglich sein. Jung, unverheiratet und engagiert stellte ich den Jugendlichen der Gemeinde meine kleine private Wohnung Tag und Nacht zur Verfügung. Auf die Übernahme eines im Bau befindlichen großen Pastorates verzichtete ich zugunsten der Organistenfamilie der Gemeinde mit zwei Kindern. Das fand natürlich Anerkennung, aber zu meinem Erstaunen auch Ablehnung. Für einen Pastor war nun mal ein eigener offizieller Amtssitz vorgesehen! Meine Regelung bewirkte mit Sicherheit, zumal meine Wohnung völlig unbürgerlich aber deshalb umso attraktiver mit Apfelsinenkisten ausgestattet war, die starke soziale Bindung und Identität, die sich in den kommenden Jahren zwischen mir und der Simeon-Jugend einstellte.

- Foto: In meiner Wohnung in der Bramfelder Chaussee, 1969.

diese meute -
liebe leute -
überfällt mich nicht
nur heute

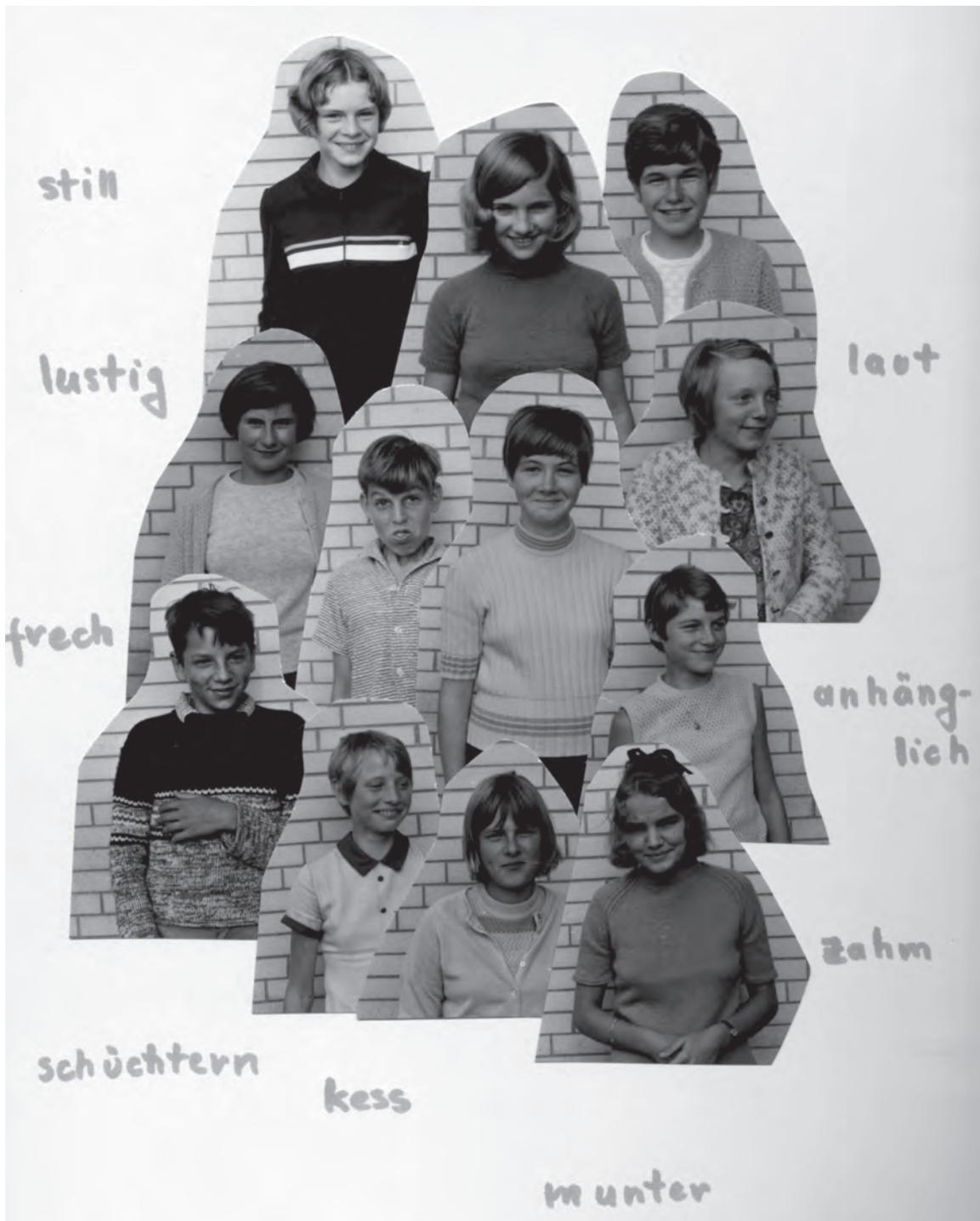


Freitagsgruppe
1969

Lilientron im Unilever-Haus Hamburg 36, Dammtorwall 15 - Tel.: 34 68 55		Als Eintritts- Ausweis ungültig
Reihe 7	Platz 16	 LINKS  7-16
Aufbewahren u. a. Verlang. vorzeigen. Beckerbillett Hbg.		
Montag, 23. Juni 1969		20.45 23.6.69

Nach der 1974 erschienen Abhandlung von Yorick Spiegel »Kirche und Klassenbindung« wurde die übliche Gemeinde in ihrer sozialen Schichtzugehörigkeit als bürgerlich-mittelständig eingestuft. Das traf nach meiner Wahrnehmung auch für Simeon zu: sowohl was die Mitgliedschaft im leitenden Gremium des Kirchenvorstandes betraf, als auch die bisher dort existierenden Erwachsenen- und Jugend-Gruppen. Besonders deutlich zeigte sich dies an der von Pastor Steenbock geleiteten »Elite-Freitags-Gruppe«. Der Kontakt mit ihnen machte aber keine Probleme. Sie fanden meine Konzeption, nun auch die »Proleten« in der Kirche zu sammeln, durchaus intellektuell und christlich interessant. Schließlich war das damals zu Beginn des Jahres 1968 das bevorzugte Thema auf der Straße, in den Schulen und an den Universitäten: »Bildungsnotstand« und »Arbeiterkinder an die Universitäten«.

- Kollage mit Foto: Mitglieder der »Freitagsgruppe«.



Die KonfirmandInnen aller vier Gemeindeteile – je einem/r Pastor/in zugeordnet – konnten frei wählen, bei wem sie ihren Unterricht haben wollten. Jeder durfte seinen und ich folglich meinen »antiautoritären« Unterricht durchführen. Die entsprechende Anleitung hatte ich, wie viele andere fortschrittliche Pädagogen der damaligen Zeit, aus dem Buch »Theorie und Praxis der antiautoritären Erziehung am Beispiel Summerhill« von A.S. Neill bezogen. Natürlich gab es für mich keinerlei schulische Vorgaben, am Ende einen festen Stoff oder gar Zensuren und Klassenabschlüsse vorweisen zu müssen. Das erleichterte mir die Arbeit und viele Eltern wollten gerne eine solche »moderne Erziehung« haben. Bei meinem ersten Elternabend stellte ich zur eigenen Überraschung fest: die waren ja ganz und gar in meinem Alter und stimmten meinen christlichen und pädagogischen Vorstellungen zu.

- Kollage: Konfirmandenjahrgang 1969.

Hamburg, d. 28. 10. 70

Liebe Konfirmanden.

Was liest er wohl gerade ?
Die Bibel, "Bild" oder Wilhelm Busch ?
Was denkt er sich dabei ?
Nichts, immer dasselbe oder
etwas anderes ?

Und wie steht es mit Euch ?
Langhaarig, schlacksig oder
gleichgültig - was glaubt Ihr, denkt
Ihr, was wollt Ihr tun ?

Bald ist Eure Konfirmation, und da
solltet Ihr ein bißchen mehr als vor 2 Jahren
wissen, worum es in der Kirche geht.
Habt Ihr Lust, das alles noch einmal "zwanglos"
mit mir und einigen "tatsächlich bei der Kirche ge
Jugendlichen auf einer

FREIZEIT IN HOLM-SEPPENSEN

vom 21.-22. November 70

zu durchdenken und gleichzeitig auch die äußere
Form unserer Konfirmation (Gottesdienst, Abendmahl,
Kleidung, Prüfung usw.) gemeinsam zu planen ?

Wir bieten: eigenes Holzhaus für 30 Personen,
selber kochen und heizen,
Spiele, Spaziergänge und Sport,
den Tagesablauf bestimmen wir selber.

Es kostet : 8,- DM pro Person einschließlich
Bahnfahrt. Bettwäsche bitte mitbringen !

Ich nehme an der Freizeit in Holm-Seppensen vom 21.-22. Nov. 70
teil.

Name..... Adresse

Unterschrift des Erziehungsberechtigten.....

PS: Das Thema der Freizeit ist zwar auf die Hauptkonfirmanden
abgestimmt, aber Vorkonfirmanden dürfen ebenso gerne mit.



zu grüß
Edta
Grade

Ich richtete kleine überschaubare Gruppen ein und führte zusammen mit interessierten Helfern und Helferinnen aus der Gemeindejugend zahlreiche sehr beliebte Wochenendfreizeiten durch. Außerdem organisierte ich für sie und mit ihnen Besuche in verschiedenen sozialen Einrichtungen (in Krankenhäusern, bei UNICEF) oder ließ sie Bekanntschaft mit anderen Religionsgemeinschaften (Juden, Baptisten, Orthodoxen) machen. Auf einen Besuchs-Zwang für den Gottesdienst verzichtete ich, sondern bot stattdessen gelegentlich einen »modernen Gottesdienst« an. Ansonsten diskutierte ich mit den jungen Leuten über alle möglichen Probleme von »Gott und der Welt«. Bei der »Abschlussprüfung« durfte jede/r ein selbst gewähltes Thema vortragen. Nur das Glaubensbekenntnis und das Vaterunser sollten auswendig gelernt werden.

- Bild: Einladung für eine Konfirmanden-Freizeit, 1970.

Vorschläge zur Veränderung des Ki-Godi.

1. Die Kinder sollen weiterhin wohl biblisch orientiert werden, aber daneben mehr Bezug zu ihren eigenen Lebensverhältnissen denkend finden.

Dazu wollen wir Themenkreise ansprechen, die ihre Welt interpretiert und neues Verständnis für christliches Verhalten fördert.

2. Die Kinder sollen ihre Godi selber entwerfen und verantworten.
3. Den Kindern werden Nachmittage, Ausflüge, Freizeiten und dergleichen angeboten, damit sie dort eigene Lebens-

KINDER-
GOTTES-
DIENST



Mehr Brot für die Welt

Als Frau übernahm ich fast automatisch den sonntäglichen Kindergottesdienst, den Schulanfänger- und den nachmittäglichen 15-Uhr-Familien-Weihnachtsgottesdienst. Auch dies mit eigener Note und schon bald trafen sich die Pastorin ohne Talar, einige regelmäßige HelferInnen und die Kinder nicht mehr vor dem Altar sondern in den gemütlichen Gemeinderäumen. Das Ziel war: biblisch zu orientieren, die Welt zu interpretieren, christliches Verhalten einzuüben und dabei auch noch gerne zum in die Kirche zu gehen.

- Kollage: Thema Kindergottesdienst, 1970

Ein Kirchentag mit Folgen

**Diskussion und
Demokratie**

**macht müde Christen
munter**

ab 1969

Fotos von Edda Lechner
und vielen anderen

14. Deutscher
Evangelischer
Kirchentag
Stuttgart
16. bis 20. Juli



Stuttgarter
Nachrichten
Sonder-
veröffentlichung
16. Juli 1969

Hungern nach Gerechtigkeit

Der Evangelische Kirchentag in Stuttgart vom 16. bis 20. Juli 1969 unter dem Motto »Hungern nach Gerechtigkeit« unter der Leitung von Dr. Friedrich von Weizsäcker wurde für mich und viele daran teilnehmende Christen zum Anstoß für ein neues Denken und Handeln, das stark von der Bewegung der Achtundsechziger beeinflusst war.

- Bild: Kirchentag in Stuttgart, 1969.



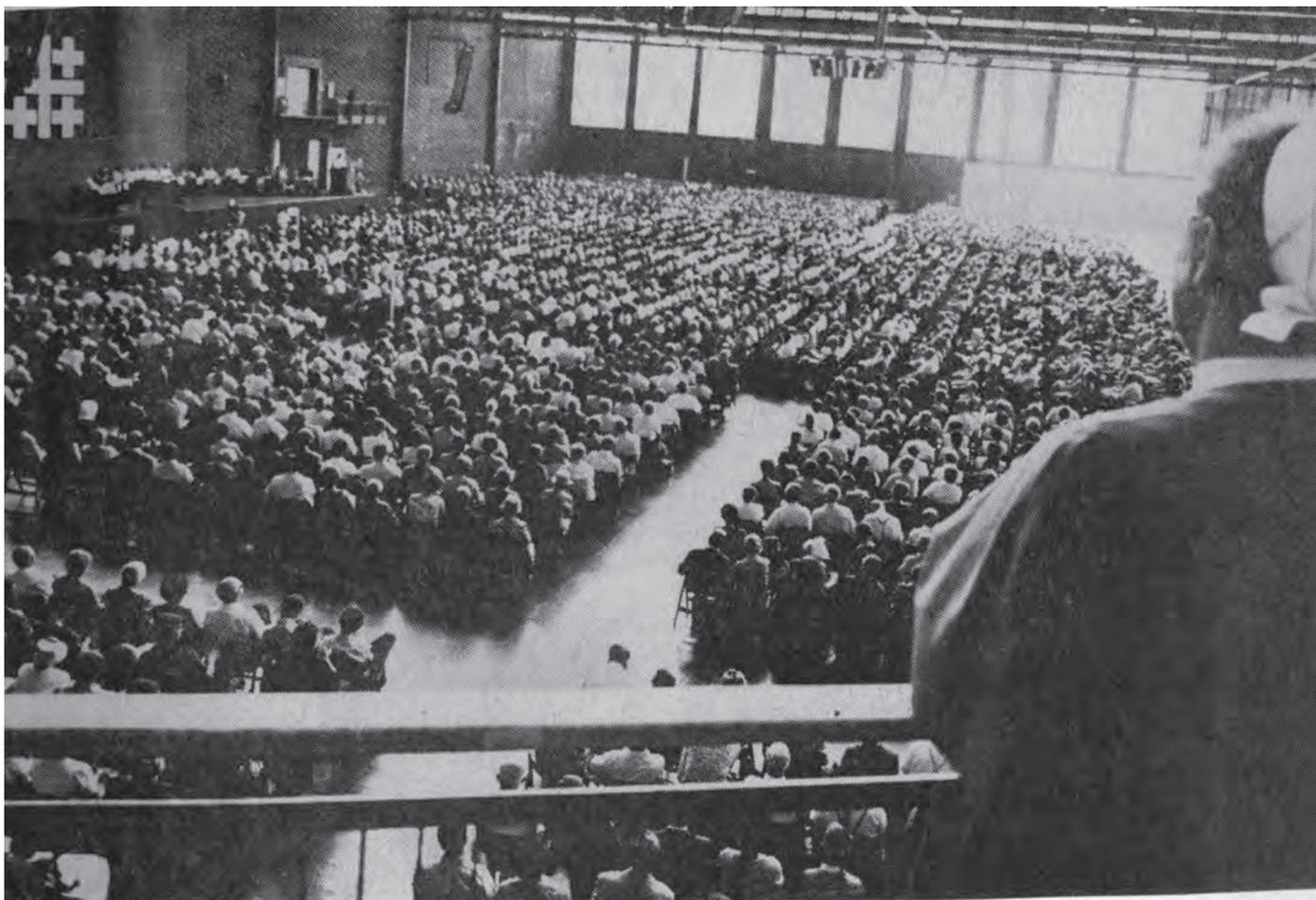
Pastor Steenbock und ich waren als Vertreter des Kirchenvorstandes für diesen Kirchentag delegiert worden. Ich organisierte von den für mich bewilligten Spesen, dass wir mit einer Gruppe von acht Jugendlichen aus unserer Gemeinde in einem eigenen Zelt wohnen und meist gemeinsam an den Vorträgen, Diskussionen – jetzt Teach-In genannt – und Aktionen des Kirchentages teilnehmen konnten. Schnell galt auch bei uns »Gott wird rot« und der vor gegebene Wahlspruch »Hunger nach Gerechtigkeit« wurde bald durch den Slogan »Durst nach Revolution« ergänzt. Auch eine rote Fahne war stets dabei.

- Foto: Die Simeon-Gruppe auf dem Kirchentag, 1969.



Der Einfluss der »Achtundsechziger«-Bewegung machte sich erstmalig auch in der Kirche bemerkbar. Schon seit mehr als einem Jahr hatten sich die Schüler in den Schulen, die Studenten in den Hörsälen, die Frauen auf der Straße, die Lehrlinge, Arbeiter und Angestellten in den Fabriken und Betrieben gegen die bestehende Ordnung und die ungerechten gesellschaftlichen Bedingungen in der Bundesrepublik in Westdeutschland aufgelehnt. Sie suchten nach wirtschaftlichen und sozialen Alternativen und unterstützten die revolutionären Bewegungen in Afrika, China und Lateinamerika.

- Kollage zum Thema »Revolution der Achtundsechziger«.



Arbeitsgruppe Streit um Jesus
Bibelarbeit Pastor Herbert Demmer, Witten
Donnerstag bis Samstag
Professor Dr. Joachim Heubach, Kiel
Pfarrer Dr. Dr. Georg Huntemann, Bremen
Professor D. Walter Künneht, Erlangen
Professor D. Willi Marxsen, Münster
Professor D. Dr. Manfred Mezger, Mainz
N. N.

die Zuhörer in der Halle 6 dem „Streit um Jesus“

Über die Veranstaltungen in den großen Hallen heißt es in einem Zeitungsbericht: »Es gab 25 Monologe, aber 45 Diskussionsveranstaltungen. Es sprachen 50 Referenten (davon nur 18 Theologen), aber hunderte Disputanten auf den Podien und im Parkett. Und selbst auf den Plakaten war alles erlaubt – auch Thesen wie »Gott wird rot«. Im »Streit um Jesus« vertraten neben einer Anzahl konservativer nun auch moderne Theologen provokant ihre Thesen.

- Zeitungsausschnitte und Berichte über den Kirchentag, 1969.



Über allem stand die Forderung: Schluss mit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen! Thema Nummer eins war der zunehmende Hunger in aller Welt und die Verantwortung oder auch die Schuld, die der Kirche dabei zukam. Gemeint war dabei vor allem die durch kriegsähnliche Zustände in Biafra in Afrika entstandene Hungerkatastrophe. An den folgenden Tagen unterschrieben 10 000 von Kirchentagsbesuchern eine Resolution, in der die Bundesrepublik aufgefordert wurde, die Hilfsflüge nach Biafra wieder aufzunehmen und sich für Friedensverhandlungen einzusetzen.

- Zeitungsausschnitte zum Thema Biafra, 1969.

Anerkennung der Oder-Neiße-Linie



Wie es in der Untersuchung »Als Jesus arisch wurde« und »Neue Anfänge?« von Dr. Stephan Linck aufgezeigt und in der dazu gehörigen Ausstellung der Evangelischen Akademie der Nordkirche bei Pastor Stehr an der Vicelin-Kirche in Norderstedt dokumentiert wurde, hat sich die Evangelisch-Lutherische Kirche in Schleswig-Holstein bis in die fünfziger und sechziger Jahre mit ihrer NS-Vergangenheit auseinandersetzen müssen. Nachdem der Rat der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Deutschland (EKD) 1965 ihre »Ostdenkschrift« der Öffentlichkeit vorgestellt hatte, die die Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze und den Verzicht auf die ehemals »deutschen Ostgebiete« zum Thema machte, setzte sich in Schleswig-Holstein eine schon längst geführte heiße Debatte fort. Die Heimat sei von Gott gegeben und vom Evangelium sei es daher geboten, gegen eine Verzichtserklärung aufzutreten. Die EKD hatte für ihre Ziele die politische Rückendeckung der nun mit der FDP zusammen regierenden Sozialdemokratischen Partei erhalten und beide entwickelten nun ein neues freundschaftliches Verhältnis zu Polen und zu der bis dahin nur in Gänsefüßchen genannten DDR. Dieses Thema war auch auf dem Kirchentag von 1969 noch brennend aktuell und fand seinen Niederschlag in zahlreichen Diskussionen und Beschlüssen.

- Zeitungsausschnitt: Text zum Kirchentag, 1969.



Zusammen mit einer Gruppe von 30 Leuten besetzten wir schließlich bei der Abschlusskundgebung und der Rede von Dr. Richard von Weizsäcker das Podium des Kirchentages und verlasen noch einmal eine Resolution zu dem Thema Biafra. »Wir klagen unsere Kirche an«, so hieß es auch in der Abschlusserklärung des »Kirchlichen Arbeitskreises«, »dass sie sich nicht konkret um Hunger nach Gerechtigkeit kümmert.« Damit hatte für mich die Politisierung meines christlichen Glaubens begonnen. Noch am selben Abend desselben Tages betraten zum ersten Mal in der Geschichte Menschen den Mond, wir sahen es uns auf der Rückfahrt unterwegs bei privaten Leuten im Fernsehen an. Unsere Ziele waren aber von nun an eindeutig auf die Verbesserung der Erde ausgerichtet.

- Foto: Sie »Simeonen« stürmen das Podium des Kirchentages, 1969.

Kritische Christen unerwünscht ?

**Von
Kollegen
Kirchenvorständen
und der
„Kommune-S“**

**An der Simeon-Kirche
1969 - 1970**

liebe jugend.

die einen werden sagen: "ach, war das damals schön-
die kirche kriegt schwung!"
die anderen werden klagen: "so ein durcheinander-
ist das noch kirche?"

.....wenn sie

am mittwoch, d. 10. juni. 20:00 uhr
im gemeindehaus

ERINNERUNGEN



den film



STUTTGART 1969

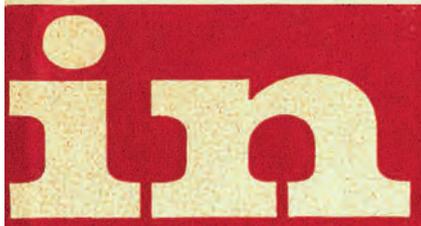
KIRCHE IN GEGENSÄTZEN

sehen werden.

das ganze dauert 20 minuten. anschließend habt ihr gelegen-
heit, eurer begeisterung oder entrüstung in einer diskussion
freien lauf zu lassen. odda und peter

Die Teilnehmer des Stuttgarter Kirchentages gingen sofort an die Arbeit, d.h. an die praktische Umsetzung unserer neuen Ziele. Wir luden zu einer Diskussion über die Fragen »die Kirche kriegt Schwung« oder »Ist das noch Kirche?« ein und zeigten den Jugendlichen der Gemeinde einen schönen Erinnerungsfilm und diverse Erinnerungsfotos.

- Kollage mit Fotos: Simeon-Jugendliche, Frau Steenbock und ich.



informationen und kritik zu aktuellen fragen der simeon

gemeinde

Nr.2, September 69

Der 14. deutsche evangelische Kirchentag oder:

Ein Lehr- und Übungsstück für die junge Gemeinde der Simeonkirche

Die Jugend unserer Gemeinde war auf dem 14. evangelischen Kirchentag in Stuttgart durch eine achtköpfige Gruppe vertreten, der sich in Stuttgart noch einige Schüler und Studenten anschlossen.

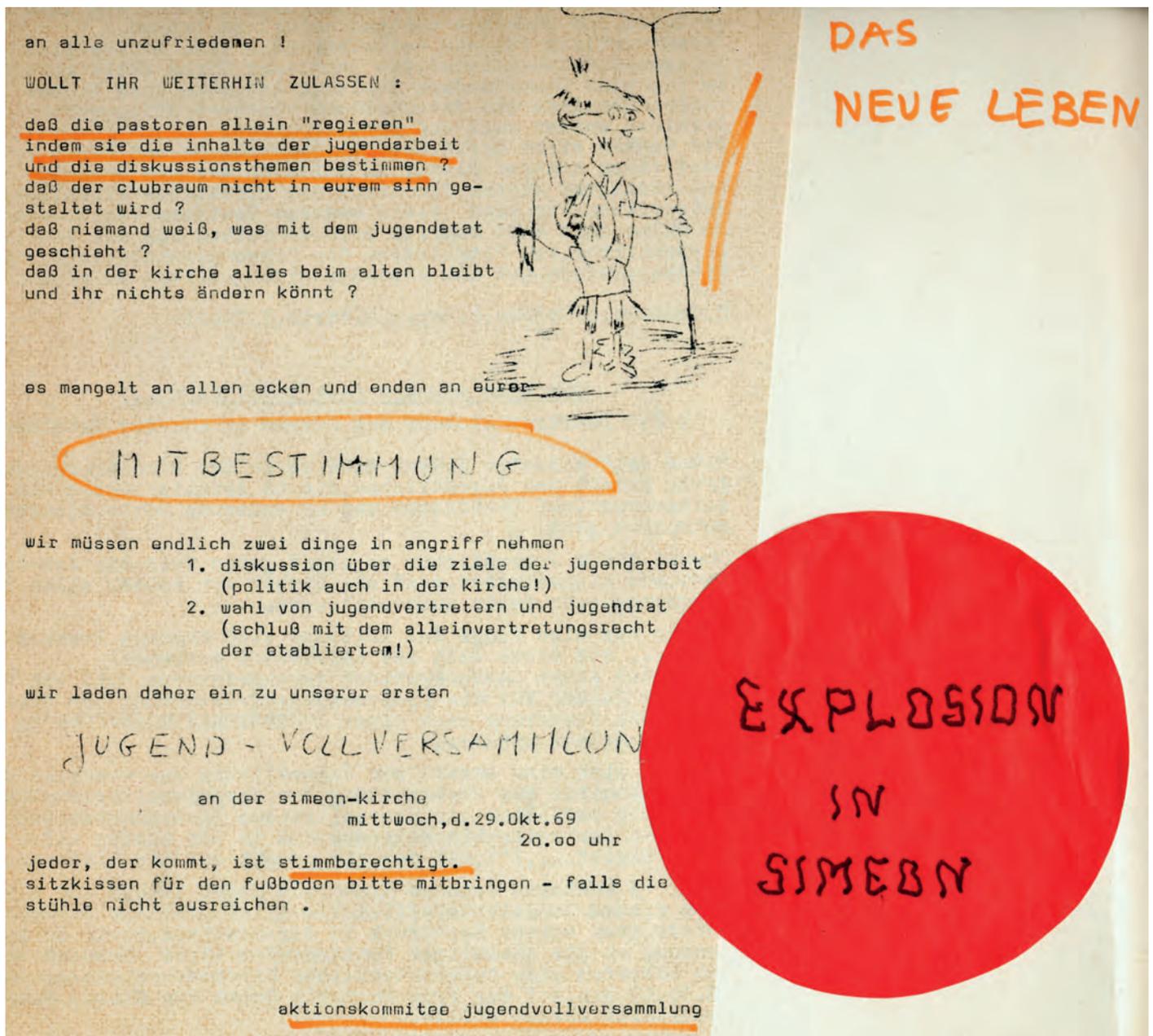
Doch anders, als vielleicht von manchem erwartet, begnügte sie sich nicht damit, in den 5 Tagen der "evangelischen Mammutschau" die Riesenflut von Vorträgen, Bibelarbeiten, Andachten und Massendiskussionen in den Hallen auf dem Stuttgarter Killesberg über sich ergehen zu lassen, um dann etwa geistlich frisch "aufgetankt" wieder nach Hause zu fahren - nein. (O Schreck !) :

Unsere Jugendlichen wurden s e l b s t aktiv !

Mit an Ort und Stelle selbst gebastelten roten Fahnen (die mitgebracht wurden ihnen von einem Taxifahrer gestohlen, der - auf frischer Tat ertappt - beinahe noch einen von ihnen mit seinem Wagen überfuhr) und verschiedenen Transparenten wurden in Veranstaltungen unübersehbare Zeichen der Kritik gesetzt, Demonstrationen unterstützt und nicht zuletzt - wo immer sie erschienen - heiße Diskussionen provoziert, in denen sie gezwungen waren, einer Überzahl von Diskussionspartnern gegenüber ihren Standpunkt zu vertreten.

Als erstes gründeten wir ein neues kritisches Gemeindeblatt mit dem einfachen Namen »IN« und eine entsprechende eigene Redaktion! Es sollte »der Reform der Kirche« dienen und dabei jedem demokratisch zugänglich sein, der darin seine Meinung äußern wollte. Gerade die Offenheit, mit der diese politische Zeitung sich auf Debatten mit anderen Vorstellungen einließ, verhalf uns zu großer Aufmerksamkeit und Anerkennung. Themen wie »Vorsicht - Gammler und Rocker im Gemeindehaus«, »Pastor - ein Wachhund der Gemeinde?« oder »Kleinfamilie - Großfamilie - Kommune« stießen auf großes Interesse.

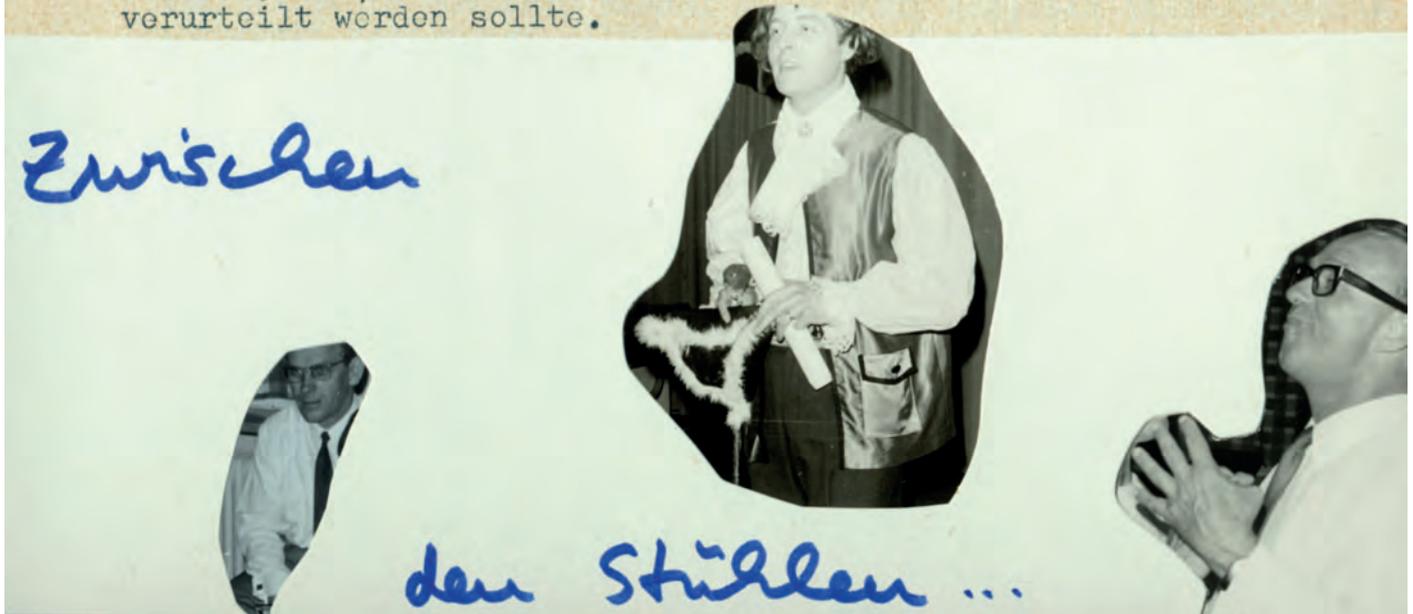
- Kirchen-Zeitung »IN« Nr. 2, 1969.



Käthe Stäcker, einst Leiterin des Frauenwerkes der Nordelbischen Kirche und Referentin für Diakonie und Bildung Hamburg-Ost, erklärt im Blick auf ihre frühen feministischen Aktionen in der Kirche ganz nüchtern: »dass gerade »verstörende Aktionen« und Provokationen eine Institution »wachrütteln« können.« Das ist es, was die Jugend nach dem Kirchentag an der Simeon-Kirche unbewusst zu tun versuchte, als sie in einem Flugblatt vom »Aktionskomitee Jugend-Vollversammlung« in einer allerdings provokativen Form und Sprache ein paar demokratische Forderungen stellte. Sie wollte einen Jugendrat gründen, wünschte, dass die Pastoren »nicht mehr allein regierten«, dass sie selber über die Inhalte ihrer Diskussions-Veranstaltungen bestimmten und die Verfügung über den Jugendetat erhalten sollten. Das führte zu einer derartig repressiven Blockade der drei Pastoren und des zuständigen Kirchenvorstandes, dass selbst ich darüber verblüfft war. Hatte ich doch schließlich in der Gemeinde schon einige ungewöhnliche Änderungen durchsetzen können, ohne dass es dabei zu größeren Reibereien gekommen wäre. Aber nun lief das Fass über und ich sollte schuld daran sein.

- Kollage mit Einladung für den 29.10.1969.

3 Pastoren erhoben Einspruch gegen Inhalt und Versendungsform dieses Schreibens (offizielle Briefumschläge der Gemeinde), untersagten seinen Nachdruck in der Gemeinde, sowie seine Versendung an die ehemaligen Konfirmanden ihrer Gemeindebezirke und beriefen eine außerordentliche Kirchenvorstandssitzung zum 28.10.69 ein, auf der Frau Pastorin Groth für dieses Schreiben verurteilt werden sollte.



Meine drei Kollegen und der »etablierte Kirchenvorstand« (KV) reagierten entsetzt über den Inhalt dieses Flugblattes und verboten den Druck und die Versendung des Schreibens an die betroffenen Konfirmanden. Einen Tag vor der geplanten Jugendvoll-Versammlung wurde eine Sonder-Sitzung des KV mit dem Thema »Aktionen von Frau Pastorin Groth« einberufen, obwohl ich zwar die Sympathieträgerin dieser Aktion, aber keinesfalls ihre Urheberin war. Die Jugendvertreter standen mir zur Seite und forderten die Öffentlichkeit der KV-Sitzung. Als dies nicht bewilligt wurde, die Jugendlichen aber einfach den Raum nicht verließen – erlerntes Sit-In! – platzte die Verhandlung.

- Kollage mit Text und Fotos von drei Kirchenältesten, 1969.



Auf den Jugendrat
kommt es an !

Die Jugendlichen führten einen Tag später – am 29. Oktober – ihre geplante Veranstaltung unter dem Motto »Auf den Jugendrat kommt es an« durch, gründeten ihn noch am selben Abend, wählten ihre VertreterInnen und stürzten sich mit Elan in ihre Arbeit und stellten nun in rascher Folge weitere Forderungen zur Demokratisierung der Gemeinde.

- Foto: Auf den Jugendrat kommt es an! 1969.

ALLE REDEN VON DEMORATIE- SETZEN WIR SIE DURCH?

2. Jugendvollversammlung

Mindestens zweimal im Jahr wird die gesamte Jugend der Simeonkirche (nach der Konfirmierten-Kartei) eingeladen, um über ihre eigenen Pläne und Ziele selbst zu bestimmen. Nutzt diese Chance zur Mitbestimmung und demokratisiert die Jugendarbeit.

Verantwortlich : Jugendrat, z.H. Helmut Tröber 2 Hamburg 71
Olewischtwiet 19 Tel. 6415364

Kritische
Christen-
unbewusst
??

17. Dezember
20.00 Uhr.

J
U
G
E
N
D



16. 4. 70

VOLL - VERSAMMLUNG

Ihre Institution, der Jugendrat und die Jugendvollversammlung haben sich bis zu meinem Weggang aus der Simeon-Gemeinde 1974 erfolgreich gehalten und aktiv das Gemeindeleben bestimmt und verändert. Initiatoren und leitende Köpfe waren zwei seit langem in der Gemeinde tätige Mitglieder: Helmut Tröber (in der Mitte auf dem Foto) und Hartmut Gräwert (auf dem vorherigen Foto links).



Wir vier Pastoren versuchten zunächst eine Klärung der anliegenden Fragen mit Hilfe des damals bekannten Psychologen Dr. Zahrnt zu erreichen. Das Ergebnis gefiel den drei Kollegen überhaupt nicht. Der Fachmann meinte in Kenntnis der gerade statt findenden gesellschaftlichen Veränderungen, solchen jugendlichen Provokationen müsse man wohl auch in der Kirche zukünftig mit Gelassenheit begegnen. Daraufhin wurde ein gemeinsamer Besuch bei Landespropst Ruppelt in Altona organisiert. Im einheitlichen Schulterschluss versuchten die Vier, »mich in die Pfanne zu hauen«. Ich antwortete zu meiner emotionalen Entlastung darauf mit der Grafik »Gespräche mit einem roten Hund«, das die kunstbegabte Christina Tröber mir gemalt hat. Seit dem Ruppelt-Besuch blieben die drei Kollegen meine erklärten Gegner. Leider verlor selbst der theologisch gebildete »liberale« Pastor Steenbock vor soviel »reformatorischer Veränderung« die Fassung und verließ lieber ein Jahr später im Oktober 1970 die Gemeinde, um endlich einem langjährigen Ruf einer Propstei in Flensburg zu folgen.

- Grafik: »Gespräche mit einem roten Hund« von Christina Tröber, 1969.

Erklärung zum Selbstverständnis:I. PRÄAMPEL:

Die kommune 'S' versteht sich als sozialistische kirchengruppe, d.h.:

- 1) Ihre mitglieder bemühen sich verbindlich um eine sozialistische lebensweise innerhalb der kommune.
- 2) Die kommune erklärt sich solidarisch mit allen kräften der sozialistischen bewegung, die für einen demokratischen sozialismus eintreten und arbeitet in ihrem bereich an der veränderung von kirche und gesellschaft auf dieses ziel hin. Die kommune versteht sich als kirchengruppe, da sie
 - a. sozialismus als praktische unserer zeit angemessene verwirklichung christlichen gedankengutes ansieht, da
 - b. ihr arbeitsbereich innerhalb der Simeon- Gemeinde in Bramfeld liegt.
- 3) Da sich die kommune als bestandteil dieser gemeinde versteht, sieht sie sich verpflichtet, ihre arbeit und zielvorstellungen innerhalb der gemeinde zur diskussion zu stellen.

.... denn hier
ist
die
neue Kirche



Zur gegenseitigen Unterstützung gründeten wir innerhalb der Kirchengemeinde die »Kommune S« (S für Simeon, Stuttgart, Sozialismus und vielleicht auch für Sex). Ihr Programm sprach sich deutlich für eine Veränderung von Kirche und Gesellschaft im Sinne des Sozialismus aus, dies sei die Verwirklichung des christlichen Gedankengutes. Ihr Arbeitsbereich sollte innerhalb der Simon-Kirche in Bramfeld liegen. Tatsächlich unterstützten ihre Mitglieder in den kommenden Jahren in vorbildlicher Weise die Angelegenheiten der Simeon-Kirche und wehrten dabei vor allem die Angriffe auf meine Person ab. Ohne sie hätte ich mich dort kaum so lange »halten können«.

- Kollage und Foto: die »Kommune S« und ihre Satzung, 1969.



Die Diskussion sexueller Fragen standen ganz groß auf der Tagesordnung der Achtundsechziger-Bewegung: durch das veränderte Auftreten der Frauen in der Öffentlichkeit in kurzen Röcken oder Hosen, die Antibabypille, nun offen gebilligte lesbische Kontakte (die männlichen Homosexuellen waren damals noch nicht im Gespräch) und Sex außerhalb der Ehe. Die Gegner der neuen Lebensweisen vermuteten oft nur »wildes Sex« hinter all den neuen Lebensformen – wie etwa in den damals neu entstandenen »Wohn-Kommunen«. Sie unterstellten dies auch wiederholt meiner Jugendarbeit und besonders der »Kommune S«. Dabei mussten wir uns, bzw. ich mich überhaupt erst einmal selber schlau machen, was es für neue Vorstellungen und Forderungen gab.

- Foto: Freizeit am Koppelsberg mit Sex-Lexikon, 1970.

GEH'N
WIR MAL
ZUM
ECKWEG



sex christlich!
Gc

Zu denen, die mich in der Gemeindetätigkeit unterstützten, gehörten glücklicherweise die beiden verheirateten Ehepaare Gräwert und Tröber. Vor allem Christina Tröber, die ein bisschen die »Kommune-Ersatzmutter« spielen durfte und auf den Festen mit den Rockerbossen tanzte, hielt »gemein-de-gefährliche« Angriffe von mir fern. Sie alle nahmen sich bewusst der Beratung und Aufklärung der Jugendlichen an, ohne dass ich allzu persönlich damit belastet wurde. Im Falle von Sexkontakt sollten sie doch auf jeden Fall die Antibabypille nehmen! Was kluge Eltern damals natürlich auch propagierten. Und so konnten meine Gegner mir persönlich kaum einen Vorwurf machen. Nur 1974 versuchte Propst Lehmann es einmal – zum Glück vergeblich –, mich mit einer Sexgeschichte zu disqualifizieren.

- Kollage und Foto am Eckweg, 1970



Die »Kommune S«, die Jugendlichen an der Simeon-Kirche und auch ich gaben uns nicht mehr nur damit zufrieden, mehr Demokratie und Mitbestimmung für die Jüngeren zu erreichen, sondern begannen Anfang 1970, dies auch den Erwachsenen in der Gemeinde zugute kommen zu lassen. Wir stießen dabei auf offene Ohren und großes Interesse. Nicht bei allen. Eine Mutter beschwerte sich wiederholt über mich, ich hätte ihren Sohn zum Marxisten gemacht. Er war mir aber in dieser ideologischen Frage weit voraus und schon lange bei entsprechenden Jugendgruppen in Hamburg tätig.

- Foto: Gespräch mit interessierten und gegnerischen Erwachsenen nach dem Gottesdienst am 29. November 1970.

M I T T W O C H , 28. Jan. 70, 20.00 Uhr
die E R S T E G E M E I N D E V E R S A M M L U N G
der Simeon- Kirche.

Sind auch Sie
KIRCHENSTEUER-ZAHLENDES GEMEINDEGLIED DER
SIMEON-KIRCHE

Halten Sie sich treu zur Kirche ?
Treten Sie verärgert aus ?
Oder bleiben Sie gleichgültig dabei ?



Viele Möglichkeiten zur

MITBESTIMMUNG
und **MITARBEIT**

wurden Ihnen bisher nicht eingeräumt. Überlassen Sie diese Dinge
in Zukunft nicht nur den Pastoren und dem Kirchenvorstand !

Üben Sie Kritik !

Fordern Sie Ihr Recht auf Mitbestimmung !

Ändern Sie Ihre Kirche !

1. Demokratisierung der Gemeinde
2. Soziale Gerechtigkeit, besonders in Wohnungsfragen
3. Einrichtung von Kindergärten
4. Einrichtung einer Sex-Beratungsstelle
5. Veränderung, bzw. Abschaffung der Gottesdienste

Am 28. Januar 1970 fand die erste Gemeinde-Versammlung mit dem Thema »Jugend übt Kritik an der Kirche« statt und bald gab es an der Simeon-Kirche einen gewählten Gemeindebeirat und eine aktive Gemeinde-Gruppen-Konferenz.

- Kollage mit Foto für die erste Gemeindeversammlung an der Simeon-Kirche am 20.1.1970.



Dabei standen die Erwachsenen den jungen Leuten in nichts nach, wenn es um die Formulierung ausgeklügelter Satzungen ging.

- Foto: »Die Satzung, eine Waffe in der Befreiung der Jugend«, Sitzung des Jugendrates, 1970.

- man wählt - man wählt - man wählt -

Satzung des Gemeindebeirates der
Ev.-Luth. Simeonkirchengemeinde Hamburg-Bramfeld.

- 1) Der Gemeindebeirat(GBR) ist das Organ der Gemeindeversammlung (GV). Er ist der Gemeinde-repräsentiert durch die GV- verantwort-
wortlich.
- 2) Der GBR ist für alle innergemeindlichen Fragen zuständig.
Er soll die Arbeit in der Gemeinde aktivieren und koordinieren.
Der GBR führt Aufträge der GV aus und vertritt Beschlüsse der
GV gegenüber dem Kirchenvorstand(KV) bzw. anderen Gremien oder
Kreisen der Gemeinde.
- 3) Der GBR soll Vorschläge und Fragen aufgreifen und Aufgaben
übernehmen, die von Gemeindegliedern oder Kreisen oder vom KV
an ihn herangetragen werden und diese nach eingehender Erörterung
den zuständigen Gremien vortragen.
- 4) Der GBR bereitet Gemeindeversammlungen vor und führt sie durch.
Mitglieder des GBR haben die Pflicht, sich über die Arbeit
aller Gemeindegremien zu informieren.
- 5) Der GBR soll auf Wunsch der GV oder aus eigenem Ermessen zu
wichtigen Vorhaben und Beschlüssen des KV Stellung nehmen.
- 6) Der GBR besteht aus 7 (sieben) Mitgliedern. Diese werden von
der GV für ein Jahr gewählt und vom KV bestätigt. Ausscheidende
Mitglieder werden aus der gesondert zu wählenden Ersatzliste
(2 Personen) ergänzt.
- 7) Dem GBR dürfen höchstens je ein Mitglied des KV und des
Jugendrates (JR) angehören.
- 8) Der GBR soll in der Regel einmal im Monat tagen. Sonder-
sitzungen können von mindestens 3 Mitgliedern des GBR oder
20 Gemeindegliedern verlangt werden.
- 9) Der GBR kann zu seinen Sitzungen Nichtmitglieder in beratender
Funktion einladen.
- 10) Ein Delegierter des GBR hat bei den Sitzungen des KV Mit-
spracherecht.
- 11) Der GBR ist beschlußfähig, solange 4 (vier) seiner Mitglieder
anwesend sind. In diesem Fall können Anträge nur einstimmig
angenommen werden.
- 12) Der GBR tagt grundsätzlich öffentlich.

... nicht ohne Widerstände ...

Demokratie braucht eben die genaue Bestimmung dessen, wer was wann und wie tun oder lassen darf. Vor allem wurde deutlich gemacht, dass nun neben oder auch anstelle von Pastoren und Kirchenvorstehern das »mündige« Gemeindeglied das Sagen hatte.

- Foto und Text: Satzung des Gemeinde-Beirates, 1970.



Die Aktivitäten veränderten in den kommenden Jahren vor allem die bisherige Praxis der sonntäglichen Gottesdienste, zunächst für Kinder, Konfirmanden und Jugendliche, dann aber auch für Erwachsene. An deren Durchführung waren gelegentlich auch die Kollegen Steenbock und Werner beteiligt. Viele dieser Gottesdienste wurden in Gruppen und auf Wochenend-Freizeiten gemeinsam vorbereitet.

- Bild für einen modernen Gottesdienst – vermutlich – von Christina Tröber, 1970.



Es spielten neben der Orgel auch eigene Bands und provokative Plakate wie »Kritik macht müde Christen munter« hingen neben dem Kreuz an der Wand. Außer dem/r Pastor/in predigten jetzt auch die Jungen, Alten, Frauen und Kinder der Gemeinde, aber auch Studenten. So wurde z.B. der Journalist Ortwin Löwa, Sprecher des »Fünf-Uhr-Clubs« im Rundfunk, zum »Gottesdienst-Gespräch« eingeladen.

- Foto: Moderner Gottesdienst, 1970.

Darf eine Pastorin bei einem Gottesdienst der Schulanfänger
im Hosenanzug erscheinen ?

Wie reagieren die Kinder und Erwachsenen darauf ?
Die erste Reaktion: E m p ö r u n g (oder ?).

Unsere Fragen: Wird sie so noch von der Gemeinde akzeptiert?
Sollte sie noch einmal in dem "Aufzug" einen Gottesdienst gestalten?
Wird der Talar in solchen Gottesdiensten überhaupt noch gewünscht???
Wieso muß der Talar im 20. Jahrhundert eigentlich noch hinhalten, um
den Pastor zu verkleiden?!

Unserer Meinung nach ist der Talar in einem Kinder- oder Jugend-
gottesdienst nicht mehr nötig. Was wohl fast jeder aus unserer Ge-
meinde möchte, ist, daß der Gottesdienst moderner gestaltet wird.

Unsere Frage: Was soll ein Talar dazwischen ?

Es ist wohl allen einleuchtend, daß ohne Talar die ganze Atmosphäre
aufgelockerter und zeitgemäßer ist.

Inken Diehl Hannelore Hollstein

HOSEN TALAR UND ANDERE

KLEIDUNGS-
STÜCKE

VORWÜRFE:

Die Frau
wird
raus !



Nach einer natürlich mit diesem geplanten Diskussion mit einem Kirchenältesten vor dem Altar erklärte ich kategorisch: »Das ist ja zum Talar ausziehen« und tat dies denn auch. Ein moderner Hosenanzug kam darunter zum Vorschein und wurde auch sonst als neues Bekleidungsmodell der »Achtundsechziger Frauen« von mir offensiv getragen. Die Reaktion der Gemeinde war wie stets unterschiedlich, aber die Mehrheit fand dies so toll wie die beiden jungen Frauen, die dazu in der Gemeindezeitung IN Stellung bezogen. Auf einer Veranstaltung mit einem Psychologen in unserer Gemeinde stellte ich meine zukünftige Kleidung »provokativ« vor. Der Referent war ganz begeistert von der lockeren Atmosphäre in unserer Kirche.

- Kollage von mir und Texten aus dem »IN«, 1970



Im Sommer 1970 bot ich nach reiflicher Überlegung auf einem Kinderfest allen Kindern und Jugendlichen das »Du« an. In den Schulen war dies bei fortschrittlichen LehrerInnen längst üblich. Wie sollte ich es denn rechtfertigen, dass ich erwachsen gewordene ehemalige Konfirmanden weiterhin mit Vornamen und Du anredete, während sie mich üblicherweise weiterhin per Sie ansprachen? Später haben mir einige Eltern gestanden, dass sie, als ich den Kindern mein Angebot »Sagt einfach Edda zu mir!« machte, eigentlich eifersüchtig darauf waren.

- Foto: Das Kinderfest, auf dem ich erklärte, dass die Kinder und Jugendlichen »Du« zu mir sagen durften, 1970.



Im Laufe des Jahres 1970 traten mehr und mehr die Gegner dieser Neuerungen auf den Plan. Drei konservative Mitglieder verließen den Kirchenvorstand und erklärten:
»Nach meiner Meinung hat die Kirche sich um die in ihre Zuständigkeit fallenden Dinge... zu kümmern und nicht, wie es allenthalben im ganzen Lande geschieht, sich hauptsächlich politisch zu engagieren.« (Zitat vom 2.2.1970) Sie konnten durch Wahl neuer KandidatInnen bald ersetzt werden, denen diese moderne Kirche offensichtlich gefiel. Daraufhin stellten zwölf »Bezirksmütter« am 10.2.1970 den Antrag, dass »ihr« Gemeindeteil, dem Pastor Knobbe vorstand, ausgegliedert und ein eigener Kirchenbezirk werden sollte.

- Foto: Kirchenvorstands-Mitglieder, allerdings erst von 1971. Hinten links: Herr Bergmann (vgl. 113) und vorne rechts Frau Devers (vgl. 057).

„Die haben ein
Bild von Marx“

KOMMUNES

1970



Die Jugendlichen konterten sofort mit der fast gleichen Anzahl Unterschriften auf dem Jugendtag vom 5.4.70: »Wir sind nicht bereit, uns unsere Jugendpastorin nehmen zu lassen!« Weitere Resolutionen, sowie Beschwerdebriefe an die Propstei und den Landespropsten von Südholstein folgten. Die Presse schaltete sich ein und berichtete ausführlich über die Konflikte in der Simeon-Kirche, stellte ihrerseits provozierende Fragen an mich und machte im übrigen tolle Fotos über meine kirchliche Arbeit. Eins davon mit dem Titel »Die haben ein Bild von Marx an der Wand.« Wenn es um meine besonders sozial eingestellten Ziele ging, folgte als nächste Frage meistens: »Sind Sie etwa Marxistin?« Das konnte und musste ich ehrlicherweise verneinen. Aber warum fragte man mich denn nicht lieber nach meinen christlichen Vorstellungen oder etwa nach meinem Jesusbild?

- Foto: Offener Nachmittag in meiner Wohnung am Eckweg, 1970.

WER FÄHRT MIT?

Alle Kinder vom

KINDERGOTTESDIENST

sind mit ihren Helfern zu einem Ausflug

an Samstag, 9. Mai 1970

nach Hamburg-Hohenbuchen, Poppenbüttler Hauptstraße

eingeladen. Wir wollen

s	p	i	e	n									
w	a	n	d	e	r	n							
b	a	s	t	e	n								
D	i	a	s	s	e	h	e	n					
u	n	s	u	n	t	e	r	h	a	l	t	e	n



**MAI -
AUSFLUG**

Der KV hätte den offiziellen Bergmann-Antrag eigentlich auf einer seiner nächsten Sitzungen behandeln müssen, schob aber eine solche Entscheidung unentschieden vor sich her. Oft haben solche Anträge ja auch »nur« zum Ziel, den/die Betroffene/n einzuschüchtern. Doch das ließ ich, ließen wir nicht zu. Nach einem dreiviertel Jahr forderte ich meinerseits, dass endlich über meinen Verbleib entschieden werde, denn »Ich bedarf in der Zusammenarbeit mit Kollegen, Mitarbeitern und Gemeindegliedern der rechtlichen Sicherung meiner Stellung. Eine kontinuierliche Arbeit und ein sinnvolles Planen in Bezug auf meine Tätigkeit in der Kinder- und Jugendarbeit, sowie in den gottesdienstlichen und seelsorgerlichen Aufgaben sind unter den gegebenen Umständen nicht gut möglich.«

- Foto: Geplanter und »gerade noch« durchgeführter Ausflug mit Kindern im Mai 1970.

Pressemitteilung

"Fortschrittliche Jugendpastorin soll gefeuert werden!"

Am 26.11.1970 gegen 22,45 Uhr beschloß der Kirchenvorstand der ev.-luth. Simeonkirchengemeinde in Hamburg-Bramfeld mit einer Stimme Mehrheit, die Versetzung von Frau Pastorin Edda Groth (31), Jugendpastorin dieser Gemeinde, beim Landeskirchenamt in Kiel zu beantragen.

Text des § 71,1, c Pfarrergesetz der VELKD:

"Ohne seine Zustimmung kann der Pfarrer, dem eine Pfarrstelle übertragen ist vorbehaltlich weiterer kirchengesetzlicher Regelungen versetzt werde, c) wenn ein gedeihliches Wirken auf der bisherigen Pfarrstelle nicht mehr gewährleistet ist, wobei der Grund nicht in dem Verhalten des Pfarrers zu liegen braucht."

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit und mit nur einer Stimme Mehrheit beschloss der KV am 26. November 1970, dass meine Versetzung beim Landeskirchenamt in Kiel beantragt werden sollte. Dies war kirchenrechtlich möglich nach § 71,1 c des Pfarrergesetzes der Vereinigten Lutherischen Kirche in Deutschland (VELKD), »wenn ein gedeihliches Wirken auf der bisherigen Pfarrstelle nicht mehr gewährleistet sei, wobei der Grund nicht im Verhalten des Pfarrers zu liegen braucht.« Eigentlich eine kluge Verordnung, denn sie ermöglicht – ohne persönliche Schuldzuweisung – eine Lösung für den Fall, dass Gemeinde und Pastor überhaupt nicht mehr miteinander auskommen. Kollege Steenbock hatte sich angesichts der Konflikte in der Gemeinde Ende Oktober als Propst nach Flensburg versetzen lassen. Die beiden anderen Kollegen nahmen an der Abstimmung teil. Pastor Werner hatte ja auch bereits im Sommer deutlich vertreten: »Es muss einer gehen – Groth oder ich«. Konkrete Vorwürfe gegen mich wurden im Übrigen erst nach diesem Beschluss formuliert.

- Pressemitteilung zu der gegen mich beschlossenen Versetzung vom 26.11.1970.



Der von mir sowieso geplante »Familiengottesdienst« vom 29.11.1970 wurde wenige Tage danach gemeinsam mit den Jugendlichen der Gemeinde durchgeführt. Dabei ließen sie sich locker und provokativ auf dem Altar nieder. Und ich erklärte natürlich, dass ich mit meiner Versetzung nicht einverstanden sei und mich dagegen zur Wehr setzen würde. Die Vorwürfe gegen mich waren inzwischen formuliert worden:

1. Eine fanatische Ideologie für die Jugend
2. Mangelnde Kompromissbereitschaft
3. Spaltung der Gemeinde
4. Mangelnde Zusammenarbeit mit den Kollegen
5. Entfremdung der Kinder vom Elternhaus.

• Foto: Mein Protest-Gottesdienst vom 29.11.1970 unter reger Beteiligung der Jugend.

Abendblatt

Pastorin protestiert gegen ihre Versetzung

Gestern wieder „politischer Gottesdienst“ in Bramfeld

Pastorin Edda Groth (31) von der Simeon-Kirche in Hamburg-Bramfeld wird gegen den Beschluß des Kirchenvorstandes, ihre Versetzung zu beantragen, Widerspruch einlegen. Das teilte die wegen ihres politischen Engagements in der Gemeinde heftig umstrittene Pastorin am Sonntag während des Gottesdienstes mit.

Wie berichtet, hatte der Kirchenvorstand mit acht zu sieben Stimmen — bei einer Enthaltung — beschlossen, die Versetzung der Pastorin zu beantragen, weil durch ihre Tätigkeit die Gemeinde gehalten werde. — Der von etwa 120 —

meist jüngeren — Gemeindegliedern besuchte Sonntagsgottesdienst war von der Pastorin und ihren jugendlichen Helfern wieder im Stil eines „politischen Gottesdienstes“ ausgestaltet worden. Diaprojektoren warfen Bilder von Krieg, Hunger, Elend, Rassenhaß und Arbeitskampf auf die Wand über dem Altar. Ein junger Mann sang, auf dem Altar sitzend, zur Gitarre Protestsongs. Die Predigt wurde unter Beteiligung begeistert mitmachender junger Gemeindeglieder zum großen Teil im Dialog gehalten. Anschließend fand ein Diskussion im Gemeindehaus statt. hoe

Familien-Gottesdienst ohne Talar

PROTEST

29.11.1970



Die Presse reagierte meist positiv auf meinen Protest und nahm am Gottesdienst und den weiteren Ereignissen regen Anteil, zunächst vor allem im Hamburger Raum. Es machte ihnen wohl ein bisschen Spaß, dass die Kirche bei diesem interessanten »Fall Groth« tief in der Krise steckte. Natürlich nutzte ich dies und vor allem meinen Gottesdienst für eine theologische und politische Grundsatzklärung. In der Frankfurter Rundschau wurde ich zitiert mit: »Meine Arbeit findet hier sicherlich Zustimmung und Ablehnung. Aber wenn man neue Wege geht, kann es wohl auch nicht anders sein...«

- Zeitungsbericht mit Bild – vermutlich vom »Hamburger Abendblatt« den »politischen Gottesdienst« vom 29.11.1970.



Natürlich befragte die Presse, z.B. das »Hamburger Abendblatt«, auch den Kollegen Werner in einem Interview zu seiner Meinung. Er beschwerte sich über einen angeblich von mir an der Gemeindetür gebilligten Vietcong-Stern, der aber keiner war, er sprach sich gegen eine auf einer Wandzeitung der Jugendlichen dargebotenen »Politpornografie« aus, die den ganzen Vorraum der Kirche verdunkelt hätte, wobei es sich aber nur um eine an den Glastüren angebrachte nüchterne Stellungnahme zu meinen Tätigkeiten handelte, und dass ich im Übrigen im flotten Hosenanzug und weil ich mich klugerweise sehr gemäßigt gegeben hätte, eine vorzügliche Schauspielerin sei. Das konnte ich nicht mehr auf mir sitzen lassen und es gab gegen diese Aussagen ein juristisches Widerspruchsverfahren. Auch wenn die Kirche so etwas eigentlich nur mit Billigung »von oben« erlaubte.

- Foto: Vor der Glastür an der Simeon-Kirche mit einem Text zu meiner Tätigkeit.

1970

engagiert. Wohlgemerkt: in einer Vorstadt vor der eigentlichen City. In einer Wohnstadt also, die bisher viel Pech mit kulturellen Veranstaltungen gehabt hat. Edda Groth ist es gelungen, durch ihre „Taktik“ ins Gespräch zu kommen. Es ist ihr außerdem gelungen, mehr Menschen in „ihre“ Kirche zu ziehen. Und es ist letzten Endes ihr Verdienst, daß sich junge Menschen mit ihren vielen Problemen direkt an sie wenden — an eine Frau immerhin, die sich darüber Gedanken macht, warum Gottes Kirchen so leer und oft so inhaltslos sind.

So aber ist diese „Geschichte“ keineswegs beendet: In der Simeon-Kirche wird man sich weiterstreiten müssen. Offen bleiben nämlich die Themen mit dem Vietkong-Stern, der plötzlich auftauchte — und von Jugendlichen eben dieser Gemeinde „entworfen“ wurde. Und offen bleibt schließlich das Stuttgarter Kirchenfest, das auch jugendliche Mitglieder dieser Gemeinde mit Edda Groth besucht haben. Sie setzen jetzt ein großes S — nach Stuttgarter Kennzeichen — oder vielleicht auch für Sozialismus, Sex und Sozialpolitik in „ihre“ Fahne. Dinge übrigens, die sicher durchaus anzuzweifeln sind.

Was bleibt, ist schließlich ein ziemlich unangenehmes Ge-

Lesermeinung

von Knuth Biehl

Edda Groth soll bleiben!
Der Streit mit der jungen Pastorin - Die „Geschichte“ ist nicht beendet.

GROTH,

ROT,

Die Jugend dieser Gemeinde möchte Edda Groth behalten. Sie sehen in ihr offensichtlich eine Freundin, einen Menschen also, mit dem man sprechen kann. Und genau um dieses Problem wird man bei der obersten Kirchenleitung nicht herunkommen: Diese Dame nämlich machte „ihre“ Kirche attraktiv — sie machte sie zu einem Treffpunkt sozialpolitischer und intellektueller Gespräche. In neuer Form zwar — aber zum Nutzen der Ge-

Vom Jugendrat wurde sofort ein Aufruf an die Gemeinde heraus gegeben, vom GBR und anderen Gremien Briefe an die Kirchenoberen geschrieben und Leserbriefe veröffentlicht. Am 5.12.70 erreichte uns von den Schülern der Schule Fahrenkrön eine Solidaritäts-Erklärung mit 165 Unterschriften. Über den norddeutschen Bereich hinaus hagelte es Zuschriften aus allen Richtungen – mit jeweils unterschiedlichen Stellungnahmen.

- Kollage mit Texten zum Leserbrief von Knuth Biehl in Bramfeld, 1970.



K O M M I L I T O N E N !

Theoretiker des 12. und 13.
Stockwerkes des Philosophen-
turms zu Hamburg !

Am 26.11.70 hat der
Kirchenvorstand der Hambur-
ger Simeon - Gemeinde in
Bramfeld mit 8 zu 7 Stimmen
bei einer Enthaltung den
Beschluß gefaßt, die Bram-
felder Pastorin Edda Groth
versetzen zu lassen.

(die Presse hat darüber berichtet). Edda Groth ist, wie
ihr den beigefügten Papieren entnehmen könnt, besonders
auf Grund ihrer fortschrittlichen Jugendarbeit angegrif-
fen worden.

K O M M I L I T O N E N !

Auch eure Zukunft steht hier auf dem Spiel! Was nützen
 euch die besten theoretischen Entwürfe und die besten Ab-
sichten, wenn sie in der Praxis nur allzu schnell durch
Reaktionäre torpediert werden.

Schaut euch an, wie so etwas läuft. Kommt zur

Gemeindeversammlung der Simeon-Gemeinde

am Donnerstag, dem 10. Dezember um 20 Uhr im Gemeindehaus
Am Stühm Süd 85

Verkehrsmittel: S - Bahn bis Barmbek
Bus 277 bis "Am Stühm Süd"
oder
U - Bahn bis Berne
Bus 277 bis "Am Stühm Süd"

Scheut die Fahrtkosten nicht! Es wird euch Exemplarisches
geboten!

Verantwortlich: Rolf Dismer
Helmut Tröber

Schnellstens wurde von uns für den 10.12.70 eine Gemeinde-Versammlung einberufen. Die Einladung ging dieses Mal über die Grenzen von Bramfeld hinaus und erreichte auch die Hamburger Universität, vor allem die Theologie-Studenten und zukünftigen PastorInnen, »deren beste Absichten und Praxis nur allzu schnell durch Reaktionäre torpediert werden.« Passend dazu schrieben am 13.12.70 die Teilnehmer der kirchlichen Tagung »Konkrete Utopien« an Oberkirchenrat Otte einen »Offenen Brief«, in dem sie darauf hinwiesen, dass ihr Vorhaben für eine »kritische Jugendarbeit« bei mir ein solches Modell gefunden hätte und meine Versetzung ein Angriff auf ihrer aller Zielsetzung bedeute.

- Einladungstext für die Gemeindeversammlung am den 10.12.1970 an die Kommilitonen an der Universität Hamburg.



Auf der Gemeindeversammlung am 10. Dezember 1970 war die Kirche bis zum letzten Platz gefüllt, mit Konfirmanden, ihren Eltern und sonstigen Interessierten. Die Hälfte des KV war erschienen und die Leitung hatte der damals ebenfalls in der Kirchen-Kritik stehende Pastor Altenberg übernommen.

- Foto: Gemeindeversammlung am 10.12.1970 mit dem Leiter Pastor Altenberg, rechts und links davon fünf Kirchenälteste und ich.



Auch das Fernsehen fand sich ein, da gerade vom NDR über mich ein Film zu dem Thema »Eva auf der Kanzel« durch Herrn Rosinski gedreht wurde. In meiner kurzen Rede sprach ich darüber, dass die Jugend bei ihren Aktionen auch einmal »militant« werden dürfe, das sei doch verstehbar angesichts der Tatsache, dass so viele dringend notwendige Veränderungen ganz schön auf sich warten ließen.

- Foto: Meine Rede vor der voll besetzten Kirche und dem NDR-Fernsehen unter der Leitung von Herrn Rosinski.

Ja oder Nein
in der



Gemeinde

Wie vorbereitet und geplant gab es am zum Schluss eine Abstimmung über die einfache Frage: »Ich stimme für / gegen das Verbleiben von Frau Pastorin E. Groth«. Natürlich waren vor allem diejenigen zu dieser Veranstaltung gekommen, die meine Arbeit erhalten lassen wollten. Deshalb erklärte sich eine große Mehrheit gegen meine Versetzung. Im Protokoll dieser Versammlung heißt es: »138 Mitglieder der Gemeinde und 86 Gäste aus anderen Gemeinden waren für die Weiterarbeit von Frau Groth. Gegen das Verbleiben von Frau Groth sprachen sich 1 Mitglied der eigenen Gemeinde und 3 Gäste aus. Außerdem wurde eine Neuwahl des Kirchenvorstandes gefordert.«

- Foto: Abstimmung für oder gegen mein Verbleiben im Amt am 10.12.1970.

Allerhand Neues durchsetzen

**Vom Bischof
nicht versetzt -
von der Gemeinde
geschätzt**

**An der Simeon-Kirche
1971 - 1972**



Die Widersprüche innerhalb der Gemeinde waren über deren Grenzen hinaus bekannt geworden. Nun verlangten auch die Beschlüsse des KV nach einer Regelung von oben, vom Landeskirchenamt (LKA) in Kiel. Ich bekam es nicht nur über kurz sondern auch lang mit dem dafür zuständigen Bischof Dr. Hübner zu tun. Zunächst in Form von Gesprächen, die entweder nur persönlich oder juristisch institutionell geführt wurden. Im Ergebnis war diese Unterscheidung in den kommenden Jahren aber wohl kaum von Bedeutung, denn es wurde abschließend immer nach Sachlage entschieden, das bedeutete – meiner Erkenntnis nach – dass LKA, Bischöfe, Kirchenräte oder Pröpste die Entscheidung so fällten, wie es ihnen kirchlich und politisch opportun erschien. Oder anders ausgedrückt: Wie reagierte die Öffentlichkeit in Kirche, Gesellschaft und Presse und was konnte sie vor dem Staat »rechtfertigen«, dem die Kirche rechtlich per Grundgesetz und Beamtenrecht verpflichtet ist. Luthers »Zwei-Reiche-Lehre« bildet dafür seit 300 Jahren die Grundlage.

- Foto: Ausschnitt aus einem Bild mit Bischof Hübner von 1971.



Ich wurde von Oberlandeskirchenrat Muus für den 18.12.1970 zu einer ersten Anhörung ins LKA eingeladen. Dazu durfte ich wie üblich einen Vertreter mitbringen und das war erfreulicherweise der »würdige« Rektor einer nahe gelegenen Schule, Herr Kaiser, der nicht nur als Vater eines Sohnes, der bei mir Konfirmanden-Unterricht erhielt, sondern vor allem als fortschrittlicher Pädagoge in guter sozialdemokratischer Tradition Interesse daran hatte, dass ich Pastorin blieb. Solche erfreulichen politischen Kontakte stellten sich im Stadtteil Bramfeld zunehmend ein: bei der SPD, der FDP, den JUSOs, der DKP und auch einigen wenigen »alten« Kommunisten.

- Foto: Mit Rektor Kaiser und Helen beim LKA in Kiel zum Gespräch am 18.12.1970.



Herr Oberkirchenrat Otte versuchte bei der Anhörung am 18.12.70 vehement zu erreichen, dass er mit mir ohne meinen mitgebrachten Zeugen »unter vier Augen« reden konnte. Mir war klar, wozu das dienen sollte: er wollte mir die »Gretchenfrage« über meinen Glauben stellen. Pech für ihn, denn ich hatte nun mal keine Glaubenszweifel und fand unumstößlich, dass mein christliches und politisches Tun und Denken mit den Zielen Jesu in Einklang zu bringen war.

- Foto: Oberlandeskirchenrat Otte und dahinter ich bei einer Rede im LKA, allerdings erst 1971 (vgl. 170).

Edda Groth: Grundzüge meiner gemeindlichen Arbeit.

- 1.) Es ist meine Absicht, Menschen im Raume der Kirche zu eigenständiger, verantwortungsbewußter und schöpferischer Arbeit anzuleiten.
- 2.) Um diese Arbeit leisten zu können, muß den Menschen ein Bereich der Freiheit und des Experimentes, wie er im Evangelium begründet ist, angeboten werden.
- 3.) Diese Freiheit schließt die Forderung nach Rücksichtnahme auf andere Gruppierungen, Vorstellungen und Formen des Gemeindelebens ein.
- 4.) Die aus dieser Freiheit erwachsende Arbeit äußert sich verbindlich in der Mitsprache aller Beteiligten bei der Lösung der Aufgaben in der Gemeinde.
- 5.) Darüber hinaus sollen Christen unserer Zeit aufgefordert werden, die Verantwortung für die Probleme dieser Welt mitzutragen.
- 6.) Dies heißt Frieden schaffen, aktiven Frieden, der Konflikte nicht ausschließt, sondern konstruktiv zu ihrer Bewältigung beiträgt.

edda groth
pastorin

am sichersten zu erreichen:

büro am stühm süd 85
telefon: 640 28 83 (640 27 05)

2 hamburg 71
timmermannsredder 19
telefon: 640 48 77

dienstag 11.00 - 13.00 uhr
dienstag 17.30 - 19.00 uhr
donnerstag 9.00 - 11.00 uhr
freitag 11.00 - 13.00 uhr



Ärmel
aufkrempeln

Das LKA brauchte fast vier Monate, um sich für oder gegen mich zu entscheiden. Ich wurde nicht müde, immer wieder druckreif darzustellen, was ich mir unter meiner pastoralen Tätigkeit vorstellte und wie ich mir in Zukunft ein gedeihliches Zusammenwirken zwischen Pastoren, Mitarbeitern und Gemeindegliedern vorstellte... und gab ihnen den Hinweis, dass alles Neue auf Dauer den Charakter der Provokation verlöre...

- Kollage zu den »Grundzügen meiner Arbeit«, 1970.

TEE NACHMITTAG

Wie wir ihn uns vorstellen !

Ein Sonntag ohne Familie und Fernsehen.

Wir bieten Euch die Möglichkeit zu einem gemeinsamen Tee-
nachmittag

jeden Sonntag um 16.00 Uhr im Eckweg 6 c,

wenn Ihr bereit seid, auf folgende Bedingungen einzugehen.

- 1) Jeder Jugendliche unserer Gemeinde und dessen Freunde und Freundinnen sind eingeladen. Keiner wird absichtlich oder versehentlich davon ferngehalten. Wir sind kein bevorzugter Sonderclub, sondern offen für alle.

Ulrich Rau es
Welfeng Eckert
Dilke

1. —
1. —
1. —



GRUPPEN

- 4) Jeweils 2 Jugendliche sind für das Gelingen des Nachmittags verantwortlich. Sie sorgen für die Finanzen und gehen mit den letzten Gästen fort. Man einigt sich am Sonntag vorher, wer dieses Amt übernimmt.

Beschlossen am 23. November 1969 von

Eckardt Herrmann
Bärbel Farin

Rüdiger Maar
Renate Fechter

Hans Dieter Jürs
Edda Groth.

Das LKA in Kiel überschlug sich geradezu in Gesprächen mit mir, den zwei verbliebenen Kollegen, dem Kirchenvorstand und der Propstei Stormarn. Pastor Werner wurde unterstellt, er telefoniere fast täglich mit dem Bischof, um sich über mich und den aktiven Jugendrat zu beschweren. Reihenweise wurden Gemeindemitglieder ins LKA nach Kiel und in die Propstei nach Volksdorf/Stormarn eingeladen und nach ihrer Meinung über meine Tätigkeit befragt. Selbst der über mir wohnende Nachbar, der nichts mit der Simeon-Kirche zu tun hatte, wurde »verhört«. Was hatte er wohl am Eckweg beobachten können? Ruhestörung, Drogen, Sex?

- Kollage mit Foto zu den Gruppen und meiner »offen Jugendarbeit« am Eckweg, 1970

PROPSTEI STORMARN

DER PROPSTEIVORSTAND

Aktz.:

Tgb.-Nr.

Hamburg-Volksdorf, den
Rockenhof 1
Ruf: 603 80 51 - 54

16. April 1971
P/11

An den
Kirchenvorstand der
Simeonkirchengemeinde Bramfeld
zu Händen seines Vorsitzenden
Herrn Pastor Knobbe
2 Hamburg 71
Bernern Chaussee 58

Frau
Pastorin Edda Groth
mit der Bitte um Kenntnisnahme
übersandt.

Mit bestem Gruß!

Ihr

d. V. J. J. J.

Liebe Schwestern und Brüder,

die Kirchenleitung der Ev.-Luth. Landeskirche Schleswig-Holsteins hat mich beauftragt, Sie von ihrem am 5. April d. J. gefaßten Beschluß in Kenntnis zu setzen. Dieser hat folgenden Wortlaut:

1. Der stellvertretende Propst wird gebeten, in Zusammenarbeit mit dem Landeskirchenamt und unter Berücksichtigung des Besprechungsergebnisses der Pastoren der Simeonkirchengemeinde vom 4.3.1971 die Bezirkseinteilung vorzunehmen. Die Einteilung soll erfolgen unter Anwendung des Art. 15,2 der RO, nach der der Propst die erforderliche Diensterordnung erläßt.
2. Dem Kirchenvorstand wird eine Sondergenehmigung für die Durchführung der Kirchenvorstands-Wahlen in den einzelnen Bezirken in Aussicht gestellt.
3. Der Propst wird nach Ablauf eines Jahres um einen Bericht gebeten.
4. Das Verfahren zur Versetzung von Pastorin Groth ruht einstweilen. //

Zur Vorbereitung der weiteren Schritte steht das Landeskirchenamt dem Propsteivorstand und dem Kirchenvorstand zur Beratung zur Verfügung.

Ich darf Sie bitten, Ihrerseits zunächst eine geographische Bezirkseinteilung in vier Bezirke hierorts in Vorschlag zu bringen.

Während meines Urlaubs vom 19. 4. bis zum 25. 5. d.J. steht Ihnen der Vertreter im Propstenamt, Herr Pastor Lehmann, zur Klärung weiterer Fragen gern zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß

Ihr

J. J. J.
(In Vertretung)

Konten unter:

Propsteihauptkasse Kreissparkasse Stormarn in Sasel Nr. 005/11449
Hamburger Sparcasse von 1827 Nr. 17/22214
Neue Sparcasse von 1864 Nr. 73/10303
Postcheckamt Hamburg Nr. 1257 95

Erst nach entschiedenem Protest von meiner Seite wurden neben den zahlreichen »rechten« endlich auch »linke« VertreterInnen von den Kirchenoberen befragt. (vgl. Frau Devers bei Nr. 059). Am 16. April 1971 meldete mir der Propstei-Vorstand: »Das Verfahren zur Versetzung von Pastorin Groth ruht einstweilen.« Und die Gemeinde erhielt für die zukünftige Arbeit eine Reihe von Anweisungen, wie zukünftig zu verfahren sei. Die heftig debattierte Absicht und vom LKA erlassene Verordnung einer Bezirksteilung in vier einzelne Gemeinden unterblieb erfreulicherweise.

- Fotokopie des Briefes vom 16.4.1971, der meine Versetzung vorerst »ruhen ließ«.

„Friedrich“

GLAUBEN UND DENKEN
21.00 **Eva auf der Kanzel**
Gespräche mit zwei Pastorinnen
Von Peter Rosinski



Eva auf der Kanzel

21.00
NDR

Links: Edda Groth, Pastorin in Hamburg, wurde u. a. „linke Jugendarbeit“ vorgeworfen. — Unten: Die verheiratete Pastorin Frau Uhl-Schmidt dürfte nach den bestehenden Gesetzen nicht predigen

Zum Alltag der evangelischen Kirche gehören heute auch Pastorinnen. Aber ihr Leben im Pfarrhaus und ihr Dienst in der Gemeinde sind umstritten. Das sollen Gespräche zeigen, die Peter Rosinsky mit zwei Theologinnen geführt hat. Das geplante Pfarerinnen-Gesetz der Landeskirchen soll endlich sanktionieren, daß Mütter predigen und Sakramente spenden. Das klingt für manche Gemeinde neu.



Dienstag,
30. März 1971

Das Fernsehen macht

Was bewog die Kirchenleitung zu dieser kompromissvollen Entscheidung? War es die Überlegung, dass der Verlust einer so lebendigen Gemeinde, die nun mal weit über die Simeon-Kirche hinaus Anerkennung gefunden hatte, der gesamten Evangelisch-Lutherischen Kirche in Schleswig-Holstein geschadet hätte? Ich schreibe die damalige Entscheidung, erst einmal alles so zu belassen und abzuwarten (die Versetzung war ja nicht vom Tisch sondern »ruhte einstweilen nur«), auch dankbar dem damaligen Fernsehautor Rosinski vom NDR zu, der zur gleichen Zeit den Film »Eva auf der Kanzel« über mich und eine weitere Pastorin drehte. Er hatte sein Vergnügen daran, Bischof Hübner immer wieder zu fragen, ob ich denn nun entlassen werden würde oder nicht. Das hätte in den Medien doch erheblich den Skandal für die Kirche gesteigert.

- Kollage zur Ankündigung des Fernsehfilms »Eva auf der Kanzel« am 30.3.1971.



Wie vom LKA in einer Sondergenehmigung verordnet wurde ein neuer Kirchenvorstand gewählt. Ich machte mich auf den bisher nicht praktizierten Weg vom Dach meines alten VWs aus mit Megafon im »proletarischen« Tucholskyring für eine Beteiligung an der Wahl zu werben.

- Foto: Inken und ich werben im VW und mit Megafon für die Kirchenvorstandswahl, 1971.



Diejenigen, die dem Aufruf folgten – sicher bisher der Kirche eher fern stehend – wussten aber vor Ort gar nicht so recht, wen sie denn wählen sollten und baten uns um Vorschläge. Nach der Auszählung war dennoch klar: es blieb fast alles beim Alten, der KV war nur wenig zu »unseren Gunsten« aufgemischt worden war. Das Gremium war natürlich vor allem durch die alteingesessenen Kirchenmitglieder mit Wahlberechtigung bestimmt worden.

- Foto: Auszählung der Wahlergebnisse zur Kirchenvorstandswahl mit Pastor Knobbe, der Gemeinde-Sekretärin, dem Kirchenältesten Fentrop und Vikar Semmler, 1971.



Nur einer unserer neuen Wunschkandidaten, Helmut Tröber, kam durch, der zweite, von uns stolz als »Arbeiter« (Elektrofacharbeiter) präsentierte Hartmut Gräwert wurde freundlicherweise von Propst Lehman, wie es dem Wahlgesetz entsprach, hinzu »ernannt«. Dennoch konnten wir zufrieden sein, denn es waren auch diejenigen wieder gewählt worden, die bereits in den Jahren zuvor auf unseren Vorschlag hin die sehr Konservativen ergänzt hatten. Der Kirchenvorstand stellte sich deshalb durchaus als ein ausgeglichenes und zu Kompromissen bereites Gremium dar.

- Foto: Neue Kirchenälteste werden im Gottesdienst eingeführt, rechts Hartmut Gräwert und Helmut Tröber, 1971.



An meiner fortschrittlichen Kinder-, Konfirmanden- und Jugendarbeit wurde nichts geändert. Man gewöhnte sich an sie und akzeptierte sie. Was meine politische Einstellung betraf, so gab es gelegentlich Widersprüche – man traute sich sogar während der Predigt Zwischenrufe zu machen – aber das war mir nur recht. Meine Gottesdienste gestaltete ich weiterhin unter großer Beteiligung der Gemeinde mit Konfirmanden, Jugendlichen und Eltern. In einem Konfirmations-Gottesdienst von 1972 behandelten wir das Thema »Angela Davis«, die in den USA in einem Prozess für ihre Tätigkeit gegen den Vietnam-Krieg und den Rassismus von einem Prozess verurteilt werden sollte. Ihr Bild hing oben an der Empore.

- Foto: Konfirmanden-Gottesdienst zur Unterstützung von Angela Davis, 1972.



In einem weiteren Gottesdienst von 1972 nahmen wir – hinter Masken verborgen – Stellung zu den Fragen des Umgangs mit Lehrlingen in der Ausbildung und in den Betrieben. Im »Deutschen Sonntagsblatt« hatte ich bereits zu Beginn des Jahres gegenüber dem Journalisten Dietrich Beyersdorf, der gleichzeitig Mitglied in unserem KV war, dazu erklärt: »In einer pluralistischen Gesellschaft müssen auch in der Kirche alle Richtungen zu Wort kommen. Eine Gemeindearbeit kann ich mir nur vorstellen, wenn sich die Kirche mit den Problemen der heutigen Zeit auseinandersetzt, mit den Missständen in der Lehrlingsausbildung etwa, den autoritären Kindergärten, den Altersheimen, dem Krieg in Vietnam, der Ausbeutung in Südamerika. Nächstenliebe kann sich nicht darin erschöpfen, der kranken Nachbarin die Kohlen aus dem Keller zu holen oder ein paar Mark für die Entwicklungshilfe zu spenden. Ebenso wichtig ist es, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu ändern, dass Unrecht und Unterdrückung nicht mehr möglich sind.«

- Foto: Gottesdienst mit Masken, der die Situation der Lehrlinge behandelt, 1972.

... ein Haus für die Jugend

THR



1974



Nachdem wir endlos lange Anträge gestellt und Pläne gemacht hatten, wurde mir ein eigenes neues Pastorat zugbilligt und im ersten Stock eine eigenständige Jugendetage am Timmermannsredder eingerichtet. Erstmals wurde für diese Arbeit auch eine Sozialarbeiterstelle eingerichtet und dafür Herr Lutz angestellt.

- Foto: Jugendliche aus der Jugendetage am Timmermannsredder, 1974.



Diese Etage unter dem Dach wurde nicht nur eigenhändig ausgestaltet unter der Federführung des immer noch agierenden Jugendrates, sondern auch selbständig verwaltet. Sie sollte nicht nur meiner Entlastung dienen, sondern auch »bewusst« erreichen, dass der Bereich der Jugendarbeit nicht nur auf meine Person fixiert blieb.

- Foto: Jugendliche in der Jugendetage am Timmermannsredder 1972.

Auf neuen Matratzen



neue Hoffnungen

Im unteren Teil des Hauses durfte ich in die vier vorhandenen Zimmer einziehen und dieses Mal gab es ein offizielles Amtszimmer und einen Raum für mich privat. Eins stellte ich meistens bedürftigen Jugendliche, Studenten und Frauen zur Verfügung. Und es blieb dabei: ein Zimmer gehörte der »Kommune S«, die es wiederum mit geordnetem Schlüssel-, Ordnungs- und Küchendienst für allerlei lockere Begegnungen frei gab.

- Foto: Das Kommunezimmer in meiner neuen Pastoratswohnung, 1972.

Christen werden Sozialisten

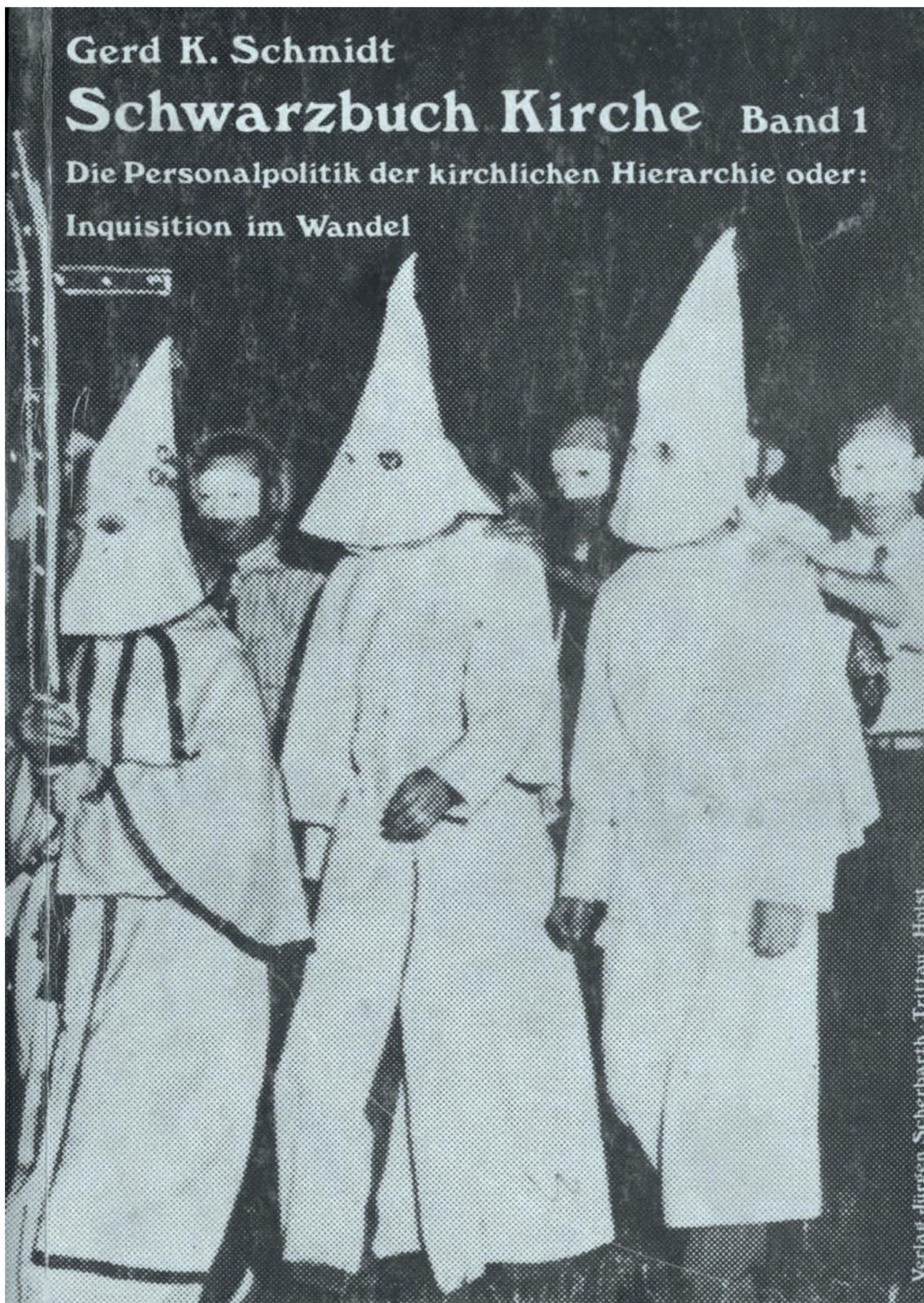
**Fälle
Tendenzen
Konferenzen**

**In Hamburg und anderswo
1971 - 1972**



Seit den 70er Jahren hatte ich mich auch außerhalb der Simeon-Kirche mit Vertretern der Kirche getroffen, die an den bestehenden gesellschaftlichen Zuständen etwas ändern wollten. So bestand schon über einen längeren Zeitraum ein guter Kontakt zu Studenten der Theologie in Hamburg. Wir tauschten Informationen aus, trafen uns in Schulungsgruppen und unterstützten uns gegenseitig. Ab den 68er Jahre gab es in der näheren und weiteren Umgebung von Hamburg zunehmend Sozialarbeiter, Diakone, VikarInnen und PastorInnen, die ähnlich wie wir, aus den unterschiedlichsten Gründen, Konflikte mit der Kirche durch zustehen hatten. Bald schlossen wir uns zu eigenen Gruppen zusammen. Ich erkannte, dass ich kein Einzelfall war und noch nicht einmal die radikalste.

- Foto: Am Eckweg mit kirchlichen Freunden und Unterstützern, 1970.



1971 erschien in einem kleinen Trittauer Verlag von dem Herausgeber Gerd K. Schmidt das »Schwarzbuch Kirche«, das über die administrative Disziplinierung kirchlicher Angestellter und Beamter in den verschiedenen Landeskirchen berichtete. Es ging um knapp 60 Fälle von fortschrittlichen Pfarrern, Diakonen und Religionslehrern von 1965 bis 1971, die von einer hierarchischen Kirchenbürokratie unter Druck gesetzt oder auch gänzlich entfernt wurden. Ich kam auch darin vor. Nun begannen wir, uns auch auf Bundesebene zusammen zu schließen und uns gegenseitig theoretisch und praktisch zu unterstützen.

- Das Buch »Schwarzbuch Kirche« von Gerd K. Schmidt, 1971.

Wandsbek
1972

Vietnam-Gottesdienst



Ich stelle im Folgenden diejenigen Personen vor, mit denen ich in den kommenden Jahren persönlich Kontakt hatte, und diejenigen Institutionen, in denen ich mitgearbeitet habe. Allgemein gesprochen wollten wir versuchen, in der Öffentlichkeit über eine mögliche sozialistische Alternative zum vorhandenen kapitalistischen System zu reden. So gründeten wir in der Nordelbischen Kirche (die sich so nannte, aber erst 1975 eine institutionelle Fassung bekam) den »Nordelbischen Arbeitskreis Kirche« (NAK), der unter anderem 1973 die Broschüre zum »Radikalen-Erlass in der Kirche« herausgab. Auf dem Foto machen wir zusammen mit Pastor Wolfgang Grell an der Christuskirche in Hamburg-Wandsbek einen »Vietnam-Gottesdienst«. Wir sahen uns als Verbündete für alle Bewegungen in der Welt, die – besonders die in den USA selbst – Widerstand gegen diesen schrecklichen Krieg machten. Natürlich sangen wir dabei auch das weltweit beliebte Protestlied »We shall overcome«.

- Foto: Vietnam-Gottesdienst in der Kirche in Wandsbek, 1972.



Pastor Grell wurde in den kommenden Jahren zu einem unserer konsequentesten Unterstützer, wenn es darum ging, Einsprüche zu den gegen uns eingeleiteten Verfahren zu machen. Und er entwickelte sich ebenso in der folgenden »bleiernen Zeit« der staatlichen Auseinandersetzung mit der Rote-Armee-Fraktion (RAF) als konsequentester Kritiker der in der BRD praktizierten Isolationshaft, indem er sich für die Rechte der politischen Gefangenen einsetzte.

- Foto: Wolfgang Grell im Vietnam-Gottesdienst, 1972.

SOLIDARITÄTS- VERANSTALTUNG

in der Simeon-Kirche, Hamburg-Bramfeld, Am Stühm-Süd 83 für die
suspendierten Referendare Marita Hindemith und Peter Altenburg
Thema:

D Ü R F E N L E H R E R D I E W A H R H E I T S A G E N ?

Am 20. Sept. 73 wurden die beiden angehenden Lehrer telefonisch zu Schulsenator Apel und Landesschulrat Neckel beordert. Wenige Stunden später waren sie "vom Dienst suspendiert! Warum?

Weil sie Komunisten sind? Weil sie aktiv in der Gewerkschaft arbeiten? Weil sie Elterninitiativen unterstützen? Weil sie für die "kleine Klasse" demonstrieren? Weil sie mit ihren Schülern über Streiks und Indochina reden? Weil sie sich mit anderen Referendaren gemeinsam organisieren? Weil, weil, weil.....

Wer über alles genauer Bescheid wissen will, der soll am 13. Oktober zu uns kommen. Marita und Peter sind mit dabei!

Wir wollen INFORMIEREN
 DISKUTIEREN
 UND DIE BEIDEN UNTERSTÜTZEN.

Der Dienstag-
Club
inszeniert:



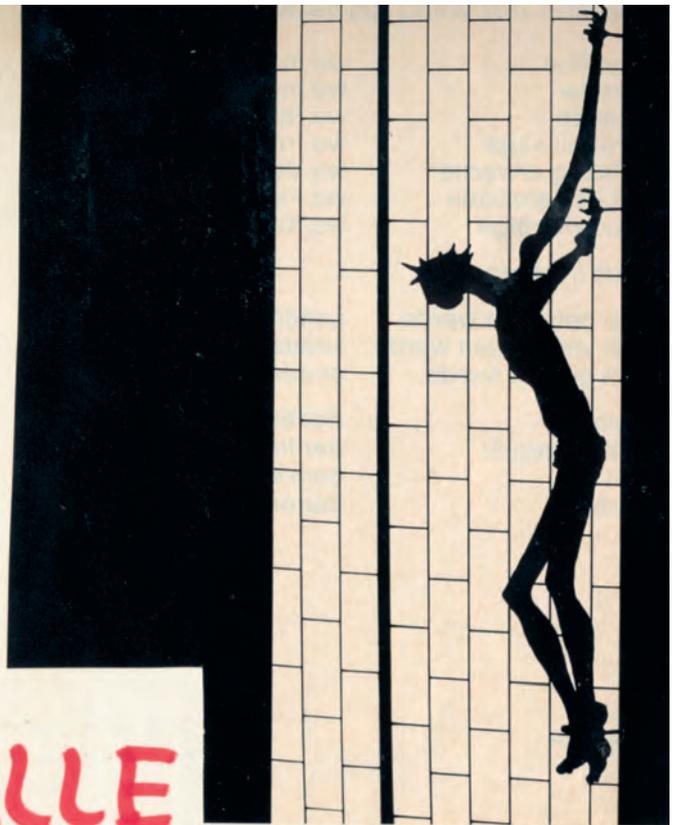
Im Oktober 1973 luden ich und der Dienstag-Club die Lehrerin Marita Hindemith und den Lehrer Peter Altenburg zu einer Veranstaltung ein, auf der sie von dem über sie verhängten Berufsverbot sprachen. Auf Grund des Ministerpräsidenten-Erlasses vom 28.1.1972 zur Abwehr von den so genannten »Extremisten« und durch Beschluss des Schulsenators Apel und Landesschulrat Neckel waren sie »vom Dienst suspendiert« worden. Weil sie mit den Schülern – wie ich auch – über Streiks und Indochina redeten? Weil sie Kommunisten waren? Unter den Zuhörern unserer Gemeinde saß eine Mitarbeiterin der Simeon-Kirche, deren Mann im Faschismus ermordet worden war. Was mochte sie wohl über diese aktuellen Repressionen des Staates denken?

- Einladung und Foto zur Veranstaltung »Dürfen Lehrer die Wahrheit sagen«, 20.9.1973.

Gewissensgründe

Verweigerung

Probleme



KIRCHEN - FÄLLE

vikar willand von st-pauli-
west hat in diesem jahr aus gewissensgründen die einsegnung
seiner konfirmanden verweigert. eine radikale lösung für
ein allgemein kirchliches problem! er kann leider nicht
am dienstag, sondern erst
am donnerstag, d. 9. april, 20.00 uhr
zu uns kommen. ich hoffe, ihr seid einverstanden, wenn wir
die angelegenheit "beim schopfe fassen" und unseren club
um 2 tage verschieben.

Auch ein relativ »konservativer« Kirchenfall interessierte uns. Vikar Willand von der Kirchengemeinde St. Pauli West in Hamburg hatte aus Gewissensgründen die Einsegnung seiner Konfirmanden verweigert, weil sie ja doch nur formal und ohne Glauben diesen Akt über sich ergehen lassen würden. Auch diesen »radikalen Christen« luden wir zu uns ein.

- Kollage zur Einladung für die Veranstaltung mit Vikar Willand, 9.4.1970.

... ich hätte ihn mit Politik verdorben,
dafür wäre er nicht alt genug, das sollte ich
doch lieber denen überlassen, die das sowieso
mehr schlecht als recht machen und dann
wollt ihr ihn wieder aufs Knie haben und
Hoppereiter machen
und wundert euch, wenn er nicht will,
sondern lieber mit Schmuttelkindern spielen,
dann sagt ihr, er macht sich ja schmutzig,
Gott soll sauber bleiben, und wenn ihr ihn
nicht einfangt, dann tut ihr so,
als wenn er euch noch auf dem Knie säße,
und macht Hoppereiter,
aber er demonstriert inzwischen
mit Studenten und hört nicht, wenn ihr ihn
ruft und ihm sagt, er könnte sich erkälten
oder durch Kommunisten verdorben werden.
Und dann findet ihr ihn irgendwo
verdreht und vergammelt mit langen Haaren, ihr
erkennt euren lieben Gott kaum wieder,
und sagt ihm –
erst mal waschen und Friseur und wir haben
dich mit Schmerzen gesucht, damit du
uns tröstest und erbaust und so,
und du sollst doch nicht mit den
Gammlern, die sind dreckig und stinken ...

14

... Aber macht mich nicht länger zum Harlekin,
zum Alibi für euer Nichtstun, für euer Dulden,
für eure Bequemlichkeit des Denkens,
für eure Feigheit und mangelnde Phantasie.
Ich habe gemerkt, daß ich mit Worten
nichts erreichen kann, daß ihr eure Ruhe wollt.
Ich will sie euch lassen, ungerne, aber bitte...
meine Frau wird glücklich sein,
wenn ich Zeit habe,
sie zu lieben und mit den Kindern zu spielen,
von mir aus lieber Gott zu spielen, der will,
daß wir gut sind und alles versteht und uns sagt,
daß auch die Kinder von nebenan
und etwas weiter weg
einen Garten zum Spielen brauchen, der sagt,
daß die Lehrer ihre Angst vor Behörden
verlieren sollen,
der sagt, daß...
na, ihr wißt es ja...
deshalb laßt mich, ich habe zu tun,
nennt es Politik oder wie ihr wollt,
um euch in eurer Ruhe zu bestätigen,
ich kann euch nicht hindern,
aber laßt mich aufhören,
euch in eurem Nichtstun zu bestätigen
mit schönen Worten. Amen.

23

Beeindruckend war für uns in der Gemeinde auch die bereits am 9. November 1969 von Otfried Halver getroffene Entscheidung, aufzuhören zu predigen. Er wollte lieber »mit zwei oder drei zusammentreffen, um zu beratschlagen, wie sie Gottes Willen in dieser Welt durchsetzen können... und losgehen, um gemeinsam durchzusetzen, was der Einzelne nicht durchsetzen kann, um ein Segen zu werden für Außenseiter, Unterdrückte, Machtlose...«

- Seite 14 und 23 seiner Predigt aus der Dokumentation »Radius Projekte«, 1970.



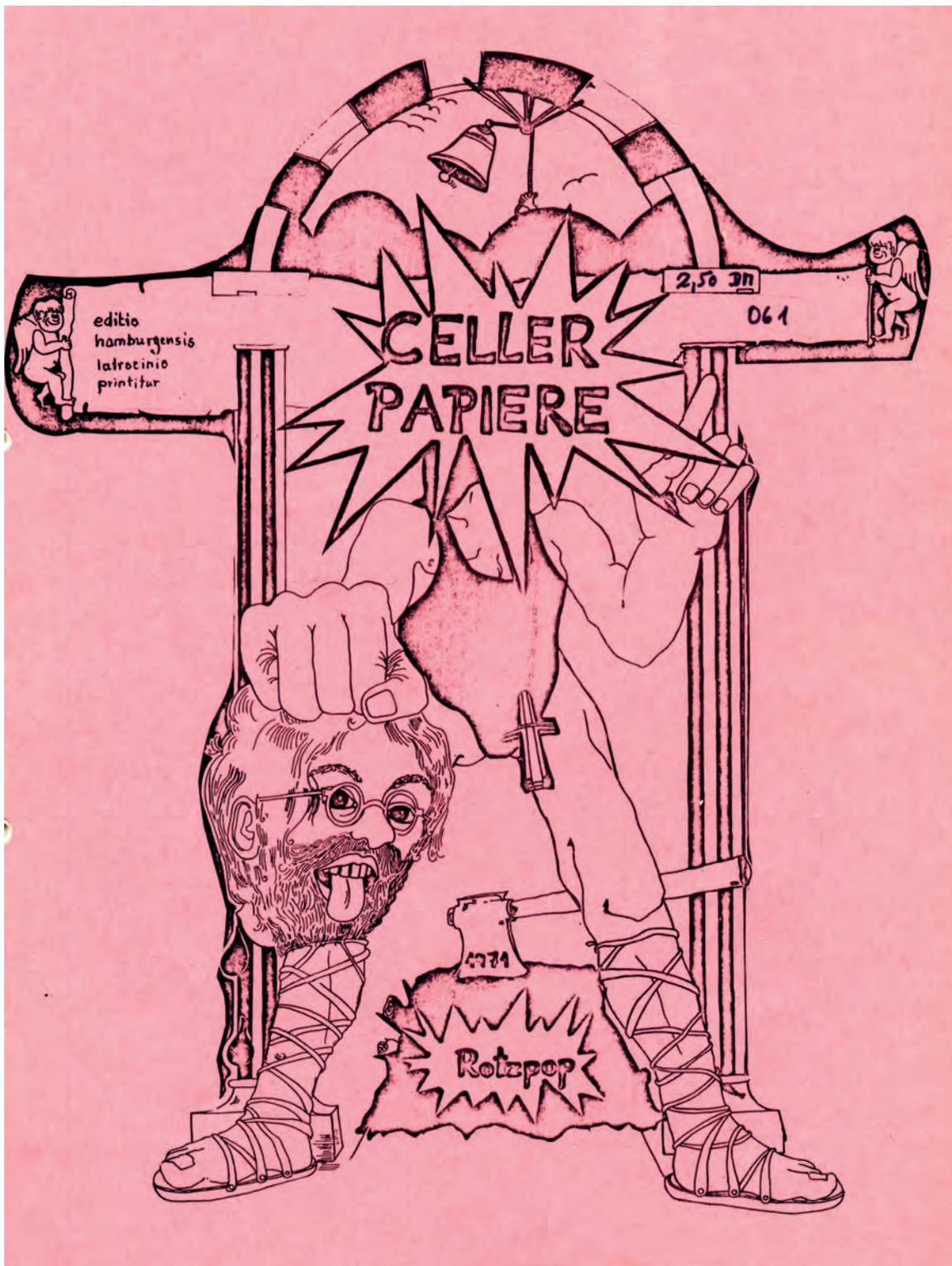
Zusammen mit Jugendlichen der Simeon-Kirche führte ich am 25.8.1970 eine Veranstaltung mit dem Thema »Kirche – ohne Kirche, Orgeln, Glocken, Organisten« durch und im Jahr darauf besuchte ich mit dem Dienstag-Club Pastor Wolfgang Schiesches an der Dietrich-Bonhoeffer-Gemeinde in Bremen-Huchting. Er hatte an den Schüler- und Studenten-Revolten 1968/69 in Bremen teilgenommen und daraufhin die Abschaffung des Gottesdienstes und den Bau eines Gemeindezentrums ohne Kirche, Orgel und Glocken durchgesetzt. Er kümmerte sich auf »menschliche Art« um Erwachsenenbildung, Resozialisation von Jugendlichen und eine neue Kinderpädagogik. Dazu meinten in einer Diskussion im KV an der Simeon-Kirche die Pastoren-Kollegen: »Lassen wir das lieber, das können die weltlichen Einrichtungen doch viel besser.« In dem Buch »Anbruch der Freiheit« wies Schiesches den »religiösen Märchen der Bibel« von Adam, Gott und Jesus eine neue psychotherapeutische Bedeutung zu.

- Foto: Fahrt zu Pastor Schiesches in Bremen, 1971.



Ulrich Hentschel arbeitete 1971 in unserer Gemeinde in Bramfeld mit und wohnte einige Monate bei mir am Timmermannsredder. Danach war er bis 1975 in der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) in Hamburg tätig, die wegen ihres Engagements für die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt im ständigen Streit mit der dortigen verfassten Hamburger Kirche und besonders mit Bischof Wölber stand. Ab 1977 konnte er für nur kurze Zeit Pastor in Rellingen werden. Als ein »Linker in einer konservativen Gemeinde« wurde er von Propst Lehming prompt suspendiert. Erst einige Jahre später wurde er wieder in den kirchlichen Dienst übernommen.

- Foto: Ulrich Hentschel, 1971.



Die »Celler Konferenz« war ein loser Zusammenschluss linker Leute in der Kirche. Sie trafen sich von 1968-1969 dreimal mit der Maßgabe, die klassische Theologie sei nur etwas für Neurotiker. Inspiriert von marxistischer Theorie und moderner Sozialwissenschaft gingen sie der Frage nach »Was ist die gesellschaftlich relevante Funktion der Kirche?« Im Spätkapitalismus habe sie zwei Funktionen zu erfüllen: Sowohl der kirchliche Apparat als auch ihre Amtshandlungen hätten an den neuralgischen Stellen der Gesellschaft therapeutische Arbeit zu leisten, so im Unterricht, im sozialen Bereich und vor allem durch den Vollzug von Taufe, Konfirmation, Trauung und Bestattung. Diese säkularisierte Sichtweise der Celler Konferenz, die in Protokollen erfasst wurde, kursierte in den Kirchenleitungen wie »Hexenbreviere«.

- Die Broschüre »Celler Konferenz« von 1971.

WIRKSAME HILFE FÜR VIETNAM:

6. FINANZIELLE HILFE IN SÜDVietNAM MÜß DER BEFREIUNGSBEWEGUNG (FNL) ÜBERGEBEN WERDEN!

Der zuletzt genannten Tendenz, durch finanzielle Hilfen gleichzeitig oppositionelle Gruppen des Thieu-Regimes zu unterstützen, stimmen wir voll zu, zumal die Wiederaufbauprogramme von "Brot für die Welt" bereits vom Ansatz her dem ausbeuterischen System Thiens widersprechen. Denn wie sollte er im Ernst auf Dauer Bildung von Genossenschaften, Rückführung der Bauern, Sicherung der Arbeitsplätze, Aufbau eines umfassenden Gesundheitswesens, Versorgung der Gefangenen u.a. dulden dürfen, da dies alles für ihn die Keimzelle einer neuen und für ihn gefährlichen Lebensform darstellt.

Hingegen steht es im erklärten Interesse der FNL, daß solche von Brot für die Welt angestrebten Ziele konsequent verwirklicht werden. Sie hat bereits mit dem Aufbau begonnen. Dank ihres Systems ist es trotz größter Schwierigkeiten während der insgesamt 30 Kriegsjahre gelungen, keine Hungersnot, keine Seuchen und keinen Schwarzen Markt entstehen zu lassen.

Die Befreiungsbewegung ist außerdem die einzige Institution, die die Projekte nicht nur entstehen, sondern auf Dauer auch jedem Angriff Thiens entziehen kann. Wenn unsere Gelder den Menschen in Südvietnam zugute kommen sollen, können wir konsequenterweise nur diesen einen sicheren Weg beschreiten: alles unter den Schutz der FNL zu stellen.

Deshalb:

KEINEN PFENNIG AN DAS THIEU-REGIME UND DIE VON IHM KONTROLLIERTEN GEBIETE!

ALLES GEID AN DIE DRV UND DIE BEFREITEN GEBIETE DER FNL!

**ALLE HILFSMITTEL DER PROPSTEI-SYNODE DURCH DIREKTE
VERHANDLUNGEN MIT DER DRV UND FNL NACH VIETNAM!**

So hat auch Herr Hahn schließlich dem zugestimmt, daß die von ihm genutzten Trägergruppen letztenendes potentielle Widerstandskräfte zum Thieu-Regime seien. Die daraus resultierende, einzig richtige Konsequenz müßte logischerweise folgende sein:

Wiebke Horn, Dipl. Psychologin
Edda Groth, Pastorin,
Indochina-Komitee, Hamburg

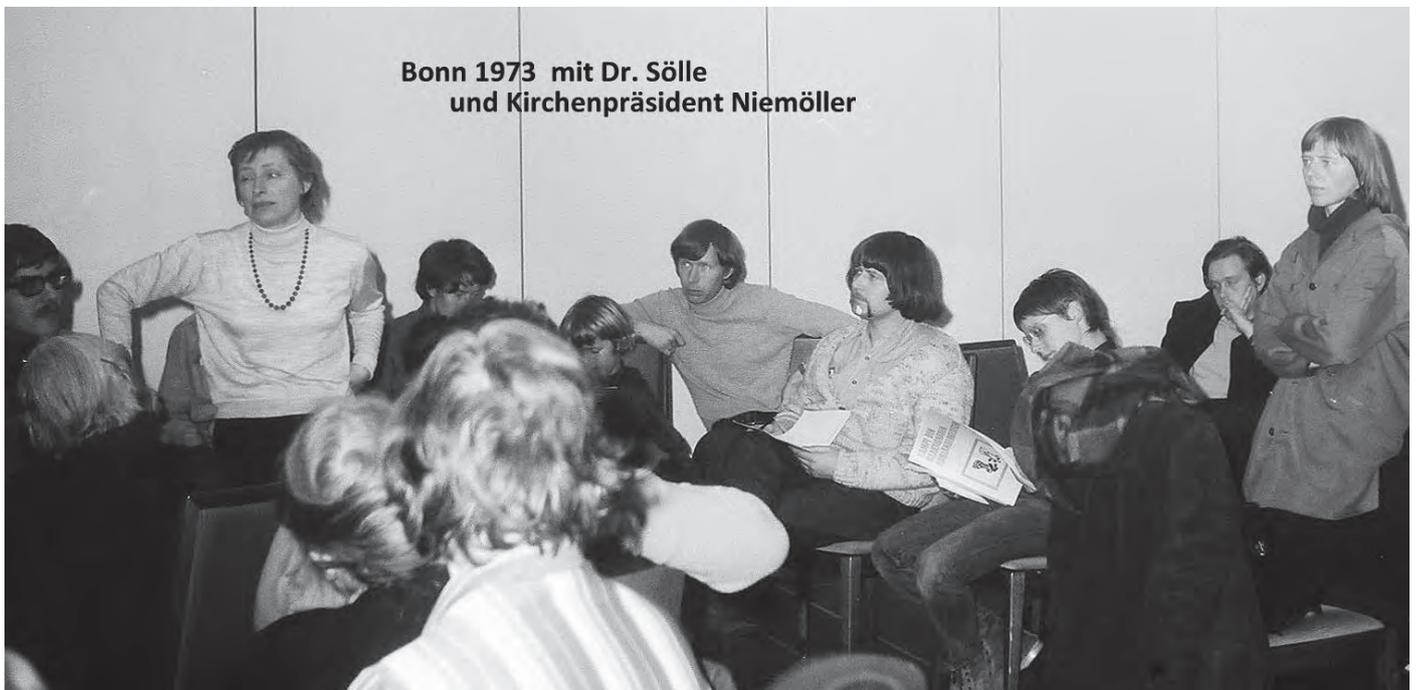
Auch in offiziellen Gremien änderten sich die Vorstellungen von bisheriger politischer Korrektheit. Fast hätte ich es geschafft, dass auf der Evangelisch-Lutherischen Synode am 31. Oktober 1973 (Reformationstag) der Propstei Stormarn die für die Unterstützung Vietnams geplanten 325 000 DM an die Demokratische Republik Nordvietnam (DRV) und die Befreiungsbewegung in Südvietnam (FNL) gegangen wären. Ich schaffte es auf Anfrage nach einer passenden Referentin, dass Wiebke Horn vom »Indochina-Komitee« dies auf der Versammlung begründen durfte. Der bisherige Partner des Diakonischen Werkes, das für die Verteilung der Gelder zuständig war, so kritisierte der »Asian Christian Service« (ASC), hatte heimlich mit dem südvietnamesischen Thieu-Regime und dem amerikanischen Imperialismus sympathisiert. Aber am Ende bekamen die Synodalen doch kalte Füße gegenüber der »Roten Edda« (Hamburger Abendblatt vom 24.10.1973) und verzichteten auf eine genaue Bestimmung, wohin das Geld gehen sollte, indem sie es einfach an die Entwicklungshilfe der Kirche weiter leiteten und dieser Organisation die Entscheidung darüber überließen.

- Flugblatt »Wirksame Hilfe für Vietnam« von Wiebke Horn und Edda Groth, 1973.



Einige von uns »linken Nordlichtern« trafen sich 1973 zu einer Kundgebung gegen den Vietnam-Krieg vor dem Beethoven-Denkmal in Bonn, wo ich einen Redebeitrag leisten durfte. Mit dabei waren Martin Niemöller, der führende Vertreter der »Bekennenden Kirche«, den die Faschisten 1938 bis 1945 ins KZ gesperrt hatten und der von 1947 bis 1964 Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen war, und Dorothee Sölle, die vor allem durch ihr in Köln regelmäßig durchgeführtes »Politisches Nachtgebet« zur »Politisierung des Gewissens« beitrug. In ihren reichhaltigen literarischen Veröffentlichungen deutete sie die christlichen Begriffe von Schuld, Sünde und Vergebung als einen Weg zur Kommunikation und einer neuen Macht von unten. Außerdem unterstützte sie beispielhaft die Kämpfe der lateinamerikanischen Völker für deren Befreiung.

- Foto: Meine Rede am Beethoven-Denkmal in Bonn, 1973.



Im Anschluß an die Kundgebung durften Frau Dr. Sölle und einige weitere Begleiter von uns im Bundesministerium ein Gespräch mit einem der zuständigen Sekretäre führen. Er erklärte hinter vorgehaltener Hand, dass die BRD ihre Beziehungen nicht mehr nur zu dem verhassten Thieu-Regime im Süden, sondern zukünftig auch zur FNL (Front National de Libération – Nationale Front für die Befreiung Südvietnams) aufbauen wollte. Dies wurde bei der anschließenden Diskussion in unserem Kreis mit Skepsis aufgenommen. Die BRD vollzog ihren Schritt natürlich auch erst, nachdem das vietnamesische Volk zum 1. Mai 1975 – für uns UnterstützerInnen aus aller Welt ein großer Feiertag! – endgültig den Sieg über die US-Imperialisten und ihre eigene staatliche Unabhängigkeit errungen hatte.

- Foto: Diskussion mit Frau Dr. Sölle und mir nach dem Besuch im Bundeskanzler-Amt in Bonn, 1973.



Auf einer Tagung in Berlin trafen wir uns 1971 als Gruppe »Kirche und Kapital«, um zu untersuchen, in welcher Weise die bundesdeutschen Evangelischen und Katholischen Kirchen über Grundbesitz, Immobilien, Banken und Vermögen verfügten. Ein bis heute hin immer noch aktuelles Thema, das nicht nur die vom Staat eingezogene Kirchensteuer und die Verschwendung von Geldern beim Bau von Bischofsitzen (wie in Limburg) betrifft, sondern aktuell auch die Steuer sparende Kapitalanlage der Kölner Diözese in den Niederlanden. Damals schon wussten wir, dass z.B. die Hamburger Kirche über fast die Hälfte aller Wohn- und Geschäftshäuser in der zentral und lukrativ gelegenen Mönckebergstrasse in der Hansestadt verfügte.

- Foto: Die »Gruppe Kirche und Kapital« bei einer Tagung in Berlin, 1971.



Den engsten Kontakt knüpfte ich ab den siebziger Jahren zu den beiden Pastoren Helmut Lechner und Eckardt Gallmeier. Beide mussten nach ihrem theologischen Examen intensiv darum kämpfen, überhaupt von Bischof Hübner ordiniert und in das Amt eines Pastors übernommen zu werden. Das war inzwischen kein Frauenproblem mehr sondern ein politisches. Bei ihren Vorstellungen im Kirchenamt wurde nun nicht mehr nach dem Glauben gefragt, sondern: »Wie haltet Ihr es mit Karl Marx?«. Das Foto zeigt »Bischof Hübner mit seinen drei Marxisten« nach der 1971 in Kiel vollzogenen Ordination der beiden. Ich durfte zusammen mit Pastor Krieg aus Niendorf bei der offiziellen Amtshandlung assistieren und anschließend im Hause des Bischofs an der Feier teilnehmen. Die Frau des Bischofs hatte dazu auch spontan die uns begleitenden Jugendlichen eingeladen. Herr Otto nahm dies zum Anlass, mich in einer Rede versöhnlerisch zu bitten: »Frau Groth – stecken Sie doch Ihr Schwert wieder in die Scheide.«

- Foto: Bischof Dr. Hübner mit Edda Groth, Helmut Lechner und Eckardt Gallmeier nach deren Ordination in Kiel, 1971.



Nach langem Suchen entschied sich Bischof Hübner dafür, dass Helmut Lechner an der Christuskirche in Norderstedt und Eckard Gallmeier in Ellerau installiert wurden. Bei der Amtseinführung von Pastor Lechner 1972 an der Christuskirche in Norderstedt durften Eckardt Gallmeier und ich wiederum assistieren.

- Foto: Einführung von Helmut Lechner in das Pastorenamt an der Christuskirche in Norderstedt, 1972.



Pastor Lechner nahm sich während seiner gesamten Tätigkeit vor allem der älteren Gemeindeglieder an und sorgte intensiv für deren soziale Verbesserungen. Anders als in Bramfeld legte sich dabei in ungewöhnlich scharfer Weise Frau Slevogt von der SPD mit ihm an und veröffentlichte eine große Anzahl von Leserbriefen und Beschwerden an den Bischof Hübner mit scharfen Angriffen auf die angebliche »Manipulation armer alter Leute«. Diese verstanden sich allerdings zu wehren, und erklärten wiederholt, dass sie wüssten, was sie täten und seine – auch die sozialistische – Arbeit über alles schätzten.

- Foto: Lechner macht Altenarbeit an der Christuskirche, 1975.

VIETNAM

viele werden glauben, dies
Problem haben wir vom Hals!
In Wirklichkeit geht der
Konflikt aber weiter.

Andere sagen:

HILFE

für die Menschen ist die Hauptsache!
Unpolitisch und überkonfessionell
soll sie sein - sagen die Bischöfe.

- Wir sagen: Keine D-Mark für das Saigoner Regime!
Denn das Saigoner Regime verhindert freie Wahlen,
unterdrückt im Auftrag der USA das Süd-Vietnamesische Volk,
läßt Spendengelder in den Kanälen der Korruption versickern.

WIE

kann dem vietnamesischen Volk wirksam geholfen werden?
Wie können wir Solidarität üben mit seinem Freiheitskampf?

- An der Christuskirche in Garstedt hat sich eine Gruppe von
Leuten gebildet, die sich einen Standpunkt zu diesen
Fragen erarbeiten.

Wir laden Sie ein, mit uns über Informationsmaterial und
Filme aus Nordvietnam zu sprechen.

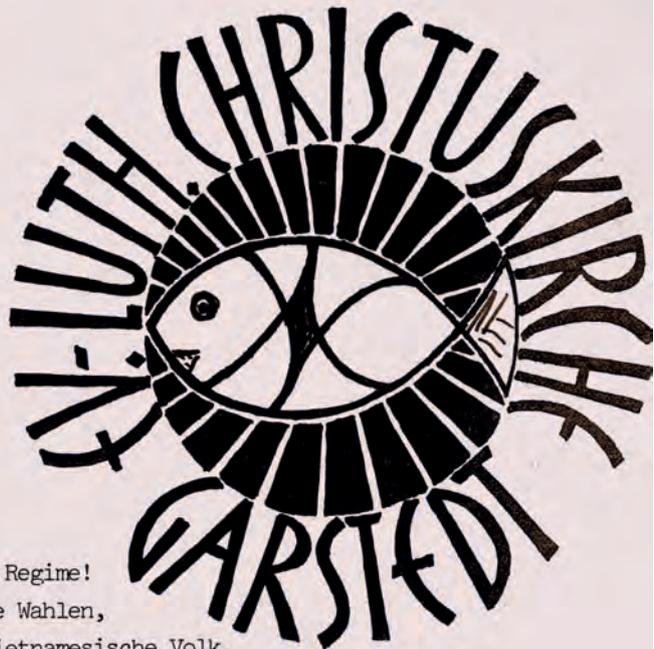
DO. 22. MÄRZ 73 20⁰⁰

Im Gemeindehaus, Kirchenstraße 12

Arbeitskreis Vietnam

Karl-Helmut Lechner, Pastor
Tel.: 525 58 36

Christel Cerny, Hausfrau
Tel.: 523 33 78



1.
2. u. mehr schreiben

Helmut Lechner gründete recht bald einen »Arbeitskreis Vietnam« in Norderstedt, hielt zu diesem Thema Gottesdienste ab und führte im März 1973 eine Veranstaltung zum Thema Vietnam-Hilfe durch. Die Frage, die auch schon in der Stormarner Synode behandelt worden war, bestand weiterhin: An wen musste gespendet werden, wenn man dem vietnamesischen Volk finanziell helfen wollte?

- Einladung für eine Veranstaltung in der Christus-Kirche vom »Arbeitskreis Vietnam«, 1973.



Meiner Entscheidung von 1974, die antiautoritäre Erziehung in eine proletarische zu verwandeln, war Pastor Lechner einen Schritt voraus. Er schuf mit seiner »Proletarischen Jugend« bei den Konfirmanden und Jugendlichen – natürlich auch durch attraktive Diskussionen, Ausflüge und Freizeiten – die Möglichkeit der politischen Diskussion über Klassenstrukturen und Klassenkämpfe in unserer Gesellschaft und besonders in der Volksrepublik China. Auch diese Tätigkeit wurde von Frau Slevogt aufs schärfste angegriffen. Erfreulicherweise verfügte die Gemeinde über den Küster Hein Jensen, der als ehemaliger KPD-ler diese fortschrittliche, sozialistische Arbeit nach Kräften und mit großer Erfahrung unterstützte. Von nun an gab es in vielen Bereichen wieder Kontakte zu denjenigen, die 1956 in der BRD vom KPD-Verbot betroffen waren und sich hatten zurückziehen müssen.

- Foto: Die Gruppe »Proletarische Jugend« an der Christuskirche in Norderstedt, 1974.



Die mit der Christuskirche in Norderstedt zusammen gehörige Schalom-Kirche, an der die Pastoren Leskow, Wandschneider und Frahm tätig waren, hatte sich seit Jahren intensiv um die Probleme ausländischer Arbeitnehmer bemüht. Dazu gehörten vor allem die seit den fünfziger Jahren bei der im Ort ansässigen Gabelstapler-Firma Jungheinrich tätigen »Gastarbeiter«. Unter der Beteiligung von Helmut Lechner fand im Juni 1974 in dieser Kirche ein »Tribunal« statt, das sich mit den Ereignissen befasste, die am 5. Mai in der Gastwirtschaft »Tiefer Brunnen« stattgefunden hatten. Auf einer Versammlung des »Türkischen Arbeitsvereins« sollte ein dem Konsulat in Hamburg höriger neuer Vorstand gewählt werden. Als unerwünschte »linke« Mitglieder erschienen, kam es zu einer brutalen Schlägerei zwischen ihnen und den vom Konsulat mitgebrachten Schlägertrupps. Dabei wurde der türkische Kollege Danis Neset ermordet. Die Versammlung im Schalom warf der Norderstedter Polizei vor, den politischen Hintergrund der Tat vertuscht zu haben und mit den rechtsextremen Kräften des türkischen Konsulats zusammen zu arbeiten. Beide Kirchen bekamen nach entsprechenden Beschwerden über die »kommunistische Orientierung« dieser Veranstaltung enormen Druck von oben – sprich von Bischof Hübner. Der gesamte Schalom-Kirchenvorstand reagierte mit einem Papier, in dem es hieß: »... und halten es gerade deshalb für unerträglich, einem kirchlichen Mitarbeiter seine politische Überzeugung zum Vorwurf zu machen.«

- Ein Foto aus der Zeitung zum »Tribunal« in der Schalom-Kirche am 11.6.1974.



Eckard Gallmeier wurde 1972 nach einem bereits sehr repressiven Gespräch mit Bischof Hübner immerhin noch in die Gemeinde Ellerau eingeführt. Wie das Foto mit Landespropst Ruppelt zeigt, konnte ich auch dieses Mal zusammen mit Pastor Krieg assistieren. Ruppelt (einer meiner »Erzfeinde« in der kirchlichen Hierarchie) versuchte zu der Zeit bewusst, meine ehemaligen weiblichen Mitstreiterinnen zu bitten, auf mich als einen »Dithmarscher Dickschädel« mäßigend einzuwirken. Eine Freundin schrieb mir leicht empört, sie hätte dies abgelehnt.

- Foto: Einführung von Eckardt Gallmeier an die Gemeinde in Ellerau durch Propst Ruppelt, Pastor Krieg und mich, 1972.

„Nähert sich ein Gewitter vom Berg, pfeift der Wind durch die Burg“

In Ellerau, einem kleinen Dorf mit 2.600 Einwohnern nördlich Hamburgs, erreichte der seit langem schwelende Konflikt um den Gemeindepastor Eckhard Gallmeier in den letzten beiden Wochen einen vorläufigen Höhepunkt. Der Kirchenvorstand der Gemeinde beantragte beim Landeskirchenamt Gallmeiers Suspendierung von den Verwaltungsgeschäften und seine sofortige Strafversetzung. Der Propsteivorstand beschloß zunächst die Suspendierung und unterstützte den Strafversetzungsantrag.



Die Kirche
und
ihre
linken Grenzen

„Ellerau ist ein kleines Dorf von rund 2.500 Einwohnern. Mittendrin steht eine große Fabrik, Der Besitzer herrscht aber nicht nur über diese Fabrik, sondern über ganz Ellerau. Sein leitender Angestellter Blechschmidt ist gleichzeitig Zweiter Bürgermeister und Mitglied in Kindergartenausschuß der Kirche. Frau Blechschmidt ist Mitglied des Kirchenvorstandes. Beide zusammen stellen den Vorstand des „neutralen“ Bürgervereins. So hat der Fabrikbesitzer Herr Erlhoff überall seine Finger drin.

Ihm gegenüber steht die Ellerauer Bevölkerung, die in seiner Fabrik arbeitet, in seinen Wohnungen wohnt, ihre Kinder bis vor kurzem noch in seinen sogenannten Kindergarten bringen und auch ansonsten auf ihn Rücksicht nehmen muß. Der Herr Erlhoff läßt am liebsten Frauen bei sich arbeiten, weil er glaubt mit ihnen leichter umspringen zu können. So läßt er mal Überstunden, mal Kurzarbeit machen. Erst kürzlich hat er sogar Entlassungen wegen „Sparmaßnahmen“ ausgesprochen.

Die Ellerauer, die gegen diese Zustände sind, haben in Pastor Gallmeier einen tatkräftigen Unterstützer gefunden. So hat dieser Pastor z.B. einen Kindergarten eingerichtet, der Herr Erlhoff anfangs noch sehr recht war. Als sich dann aber herausstellte, daß dieser Kindergarten im Gegensatz zu der Kinderaufbewahranstalt des Herrn Erlhoff auf die wirklichen Bedürfnisse der Kinder eingeht, versuchte Herr Erlhoff seinen Einfluß darauf auszudehnen.

So ließ er seinen Herrn Blechschmidt im Kindergarten-ausschuß ständig die guten Kindergärtnerinnen kritisieren.

1973

1974

**Klein Bonum in Ellerau...
Norderstedt...
und Simeon**

Die Tätigkeit von Pastor Gallmeier in der Gemeinde Ellerau wurde zum Musterbeispiel – »Klein Bonum« – einer Auseinandersetzung mit einer Kirche, die ihre Verflechtungen mit Staat und Kapital drastisch offenbarte. Hierzu einige Auszüge aus der fotokopierten Kollage und dem dazu benutzten Flugblatt von 1973: »Ein kleines Dorf mit 2500 Einwohnern. Mittendrin steht eine große Fabrik. Der Besitzer herrscht über ganz Ellerau. Sein leitender Angestellter Blechschmidt ist gleichzeitig Zweiter Bürgermeister und Mitglied im Kindergarten-ausschuss der Kirche. Frau Blechschmidt ist Mitglied im Kirchenvorstand. Beide stellen den Vorstand des »neutralen« Bürgervereins. So hat der Fabrikbesitzer Erlhoff überall seine Finger drin... Ihm gegenüber steht die Ellerauer Bevölkerung, die in seiner Fabrik arbeitet, in seinen Wohnungen wohnt und ihre Kinder in seinen so genannten Kindergarten bringt... Herr Erlhoff läßt am liebsten Frauen bei sich arbeiten... mal mit Überstunden, mal mit Kurzarbeit oder er spricht wegen »Sparmaßnahmen« Entlassungen aus.«

- Flugblatt zum »Fall Gallmeier« an der Kirche in Ellerau, 1973/74.

An alle Christen und Bürger in Bramfeld.



für Pastor Gallmeier

(Aufkleber der Initiativgruppe in Ellerau)

Was geschieht, wenn ein Pastor sich für die Interessen der Bevölkerung einsetzt:

- für kinderfreundliche Kindergärten
- für freie Jugendarbeit
- für geregelte Arbeitszeit in der Fabrik

Und das in ein
der Fabrikbesi
Kindergartenau
auch im Kirche
Da gibt es nat



nd

würfe
ihn

Wir laden ein

I N F O R M A T I O N S V E R A N S T A L T U N G
zum " Fall Gallmeier "

im Gemeindehaus der Simeon - Kirche, Am Stühm Süd 83
Samstag, d. 15. Dezember 1973, 17.00 - 19.00 Uhr

Als Pastor Gallmeier sich dem bisherigen Kindergartenkonzept widersetzte und sich auch erklärtermaßen auf die Seite der Bevölkerung stellte, beantragte der durch und durch von Erlhoff bestimmte KV seine Entlassung und er wurde mit sofortiger Wirkung vom LKA suspendiert. Die daraufhin einberufene Gemeinde-Versammlung in Ellerau reagierte mit lautstarkem Protest und dieser typische und geradezu klassische Fall der Zusammenarbeit von Kirche, Staat und Kapital wurde schnell in der ganzen Bundesrepublik bekannt. Natürlich organisierten wir zum »Fall Gallmeier« in der Simeon-Kirche eine informative und solidarische Veranstaltung.

- Einladung und Foto für eine Veranstaltung mit Eckardt Gallmeier an der Simeon-Kirche in Hamburg-Bramfeld; 1973.

Der Kongreß
findet statt am:

Montag den 10. Dez. 73



ORT: Hamburg, CURIO-HAUS,

Rothenbaumchaussee 13, Kleiner Saal,
Nähe Dammtor-Bahnhof (S-Bahn) oder Nähe
Hallerstr. (U-Bahn), beides vom Haupt-
bahnhof aus erreichbar.

ZEIT: Ab 12.00 Uhr Eintreffen,
14.00 Uhr Eröffnung, Ende gegen 22 Uhr

ESSEN: Restaurant und Mensa im Curiohaus.

ÜBERNACHTUNG: Bei Freunden und Genossen,
Hotelzimmer werden vermittelt.

TEILNEHMERBEITRAG: 5,- DM (für Raummiete),
bei Ankunft zahlbar.

ANMELDUNG: Möglichst schriftlich oder
mündlich vorher. Spontane Be-
sucher werden natürlich auch
eingelassen.

BRINGT FREUNDE UND KOLLEGEN MIT !

KONGREß: Für eine parteiliche Gemeindegarbeit

Unser Kongreß soll folgende zwei Aufgaben erfüllen:

1. Austausch von Erfahrungen der verschiedenen Gruppen über
den Stand der Bewegung, der Entwicklung der Kämpfe, der
Maßnahmen der Kirchenbürokratie.
2. Diskussion und Beschlüsse über ein gemeinsames Vorgehen
in diesen verschiedenen Kämpfen.

Wir drei Pastoren – Groth, Lechner und Gallmeier – organisierten für den 10. Dezember 1973 im Curio-Haus in Hamburg einen »Kongress für eine parteiliche Gemeindegarbeit«, an der 50 Leute aus Kirche und Gesellschaft und viele davon als Betroffene teilnahmen. Wir wollten mit ihnen gemeinsam die Frage klären: Wie können wir es als zukünftige Kirchenfunktionäre schaffen, uns parteilich auf die Seite der Teile der Bevölkerung zu stellen, die ihre Interessen in die eigenen Hände nehmen und für ihre Rechte kämpfen wollen. Ihre berechtigten Forderungen für die Erhaltung und Verbesserung ihrer Lebenslage wollten wir aufgreifen, auf die Ursache von Missständen hinweisen, sie in ihren Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Kapitalismus und Imperialismus, unterstützen und den Sozialismus als positive Alternative propagieren. Einige der Theologen meinten, die Kirche sei grundsätzlich nicht der richtige Ort für ein solch politisches Vorhaben und die von mir in meiner Rede vertretene Behauptung »Die Tendenz in der Welt ist Revolution«, wie es an den internationalen Kämpfen in Lateinamerika, Afrika und China abzulesen sei, träfe nicht zu. Letzteres war eher eine außerkirchliche zu klärende Frage zwischen dem damals bereits existierenden »Kommunistischen Bund Westdeutschland« (KBW) und dem »Kommunistischen Bund« (KB), der entgegen meiner Behauptung darauf bestand, dass wir gerade in sehr reaktionären und erneut vielleicht auch faschistischen Zeiten lebten. Wer hatte, wer behielt Recht?

• Einladung für den »Kongress: Für eine parteiliche Gemeindegarbeit« im Curio-Haus in Hamburg am 10.12.1973.

Kapitalisten - Staat und Kirche

**Gegen
Christen
als Kommunisten**

1973 - 1975



Dem Druck einer zunehmenden »revolutionären Bewegung« ausgesetzt und damit verbunden, auch Streiks oder Besetzungen in ihren Betrieben in Kauf nehmen zu müssen, traten jetzt kapitalistische Organisationen direkt auf den Plan, um Druck auf die Kirchen zu machen. So stellte der »Verein zur Förderung des Hamburger Wirtschaftslebens« sechs Seiten lang die Frage: »Kirche auf dem Weg in den Christo-Marxismus?« Durften denn solche Kommunisten weiterhin unbehelligt in den Pfarrämtern sitzen? Die »Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer« (ASU) in Nürnberg ließ verlauten, »dass die Geistlichen heute politisch zu linkslastig und einseitig auf die Arbeitnehmerschaft orientiert seien«, zumal jeder Arbeitslose heute, wenn er nur wolle, einen Arbeitsplatz finden könne!

- Einladung zur 1. Mai-Veranstaltung an der Simeon-Kirche, 1974.

1973
Hamburger
Abendblatt

Bonn plant schärferes Radikalen- Gesetz

Kontroverse beigelegt

Von unserer Bonner Redaktion

msk. Bonn, 21. September

Das Beamtenrecht soll ergänzt und präzisiert werden. Durch diese Ankündigung der Bundesregierung scheint die Kontroverse um die Praktizierung des Radikalenbeschlusses der Regierungschefs von Bund und Ländern offenbar vorläufig beigelegt zu sein. Der Radikalenbeschuß soll Extremisten die Beschäftigung im öffentlichen Dienst verwehren.

Die Kerngedanken eines Papiers, das gestern abend nach dem mit großer Spannung erwarteten Treffen zwischen Bundeskanzler Brandt und den Länderregierungschefs veröffentlicht wurde, sind:

● Beamter darf nur werden, der jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt. Die Bundesregierung will die Initiative ergreifen, das Radikalen-Problem gesetzlich zu regeln.

● Die Treuepflicht der Beamten hat Vorrang vor dem Parteien-Privileg.

Wie das Hamburger Abendblatt aus Teilnehmerkreisen erfuhr, hat kein Ministerpräsident den Antrag gestellt, den

aufzukündigen. Nach Angaben des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kohl gilt der Beschluß weiter bis zum Erlaß der von Bonn angestrebten gesetzlichen Regelung.

Der Radikalen-Beschluß war nicht nur in den Parteien, sondern auch in der bundesweiten Öffentlichkeit heftig umstritten. Gestern sollte er bei dem Treffen zwischen Brandt und den Länderministerpräsidenten präzisiert werden. Aber bereits vor dem Gespräch hatten sich die Ministerpräsidenten darauf geeinigt, das Radikalen-Thema im öffentlichen Dienst nicht abschließend zu erörtern, sondern einer weiteren Diskussion vorzubehalten.

Der bayerische Regierungschef Goppel ver-

Die Bundesrepublik im Westen war durch das KPD-Verbot, das Verbot der FDJ, durch Notstandsgesetze und Wiederbewaffnung, durch ein reaktionäres Betriebs-Verfassungsgesetz, den Extremistenerlass und den Terrorismus-Paragrafen 129a dem amerikanischen Vorbild eines strikten Antikommunismus weitestgehend gefolgt. In den Jahren 1974 bis 1975 verschärfen sich die Widersprüche innerhalb der BRD durch die Aktivitäten der Roten Armee Fraktion (RAF). Der Staat hatte – ausgerechnet unter der sozialdemokratischen Regierung von Willi Brandt – den Extremistenbeschluss eingeführt, wonach jeder, der im »Öffentlichen Dienst« tätig werden wollte, sei es als Krankenschwester, Lehrer oder Beamter, dann auszuschließen sei, wenn er sich gegenüber dem Grundgesetz nicht als loyal sondern radikal oder kommunistisch erweise.

• Foto: Bericht im Hamburger Abendblatt, 1973



5.1.75

PFARRER, DIE DEM TERROR DIENEN

Nachdem in der letzten Woche mehrere Rechtsanwältinnen als Komplizen der Baader-Meinhof-Bande enttarnt worden sind, gerieten jetzt auch hohe Kirchenvertreter ins Zwielficht

Polizeiliche Durchsuchungen und Festnahmen wurden zu jeder Tag und Nachtzeit und überall in den Häusern und auf Straßen durchgeführt, den bisherigen verfassungsmäßigen Rechtsschutz gab es kaum noch. Bei einem Besuch in Hannover geschah es, dass die Polizei in unsere Wohnung kam, weil eine von uns »wie Ulrike Meinhoff ausgesehen hätte.« Auch in meinem neuen Pastorat erschien unangemeldet ein beauftragter Verfassungsschützer, zeigte mir die Terroristenvorlage und ließ einige Zeit darauf meinen Keller durchforsten. Ich solle Verdächtige bei ihm melden. Er kam überhaupt nicht auf die Idee, dass es selbst im Mittelalter ein anerkanntes pastorales Beichtgeheimnis gegeben hatte. Ein ähnliches Problem haben wir ja heute wieder mit dem von kirchlichen Institutionen zu verteidigenden Kirchen-Asyl-Recht.

- Fotokollage: »Pfarrer, die dem Terror dienen« aus dem »Stern«, 1975.



Radikalen-Erlass in der Kirche!

Der EKD-Beschluß vom 28.5.73

Vorgeschichte, Hintergründe, Analysen



Bald übernahm die Gewerkschaft das staatliche »Berufsverbot« durch ihren »Unvereinbarkeitsbeschluss« gegenüber ihren Mitgliedern, inhaltlich fast identisch. Schließlich folgte auch die Evangelische Kirche (EKD) dem Ruf von Wirtschaft, Staat und Gewerkschaft und übernahm am 28.5.1973 durch den »Radikalerlasses« die Aufgabe, gegen Extremisten in den eigenen Reihen vorzugehen. Bei ihr ging es unter dem Vorwand eines drohenden Atheismus vor allem um kommunistisch und sozialistisch eingestellte Mitarbeiter, besonders denjenigen, die Mitglied in der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) waren.

- Broschüre zum »Radikalen-Erlass«, Ausgabe von NAK, 1973.



Die Evangelisch-Lutherische Landeskirche (LKA) musste vor allem uns drei Pastoren aus Bramfeld, Norderstedt und Ellerau verschwinden lassen. Bischof Hübner, der Propst von Stormarn und Pastor Werner führten dazu ein gemeinsames, geheimes Gespräch. Nach dem Weggang von Pastor Steenbock war der Kollege Werner – übrigens durch eine Sammlung von Unterschriften und nicht allein durch Wahl erreicht – zum gegenwärtigen KV-Vorsitzenden ernannt worden. Durch die oberen Institutionen der Kirche entsprechend abgesichert, versuchte er bereits zu Beginn 1970 eine entsprechend rigorose Politik in der Leitung des KV durchzuführen. So hieß es als Antwort auf eine Beschwerde von KV-Vorsitzenden in einem Schreiben des Propsteivorstandes vom 19.6.1970: »Pastor Werner hat sich beim LKA durch Rücksprache versichert, dass er sich keines Vergehens schuldig macht ...«. Das Bild eines »nützlichen Idioten«, von dem Lenin spricht und der gerne den Linken vorgeworfen wird, hatte hier seine Entsprechung.

- Foto: Pastor Werner im Gespräch mit dem Kirchenältesten Krieg, 1971.

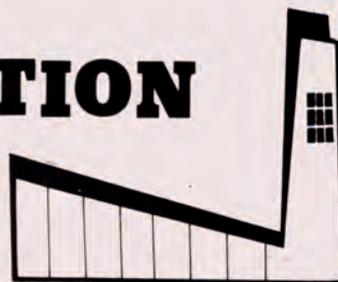
DIE REGLEMENTIERUNG UND DISZIPLINIERUNG EINER LEBENDIGEN GEMEINDE

oder:

**WAS PASSIERT MIT EINER
GEMEINDE, DIE NICHT SO
WILL WIE PROPSTEI UND
LANDESKIRCHENAMT ?**

DOKUMENTATION

**ÜBER DIE SITUATION DER SIMEON-
GEMEINDE HAMBURG-BRAMFELD
HERAUSGEGEBEN ANL'ASSLICH DER**



**SYNODE DER PROPSTEI STORMARN
AM 30.10.1974 IN HAMBURG WANDSBEK**

AUFLAGE: 200

SELBSTKOSTENPREIS: DM 2.-

Die hohe Zustimmung, die wir in der Gemeinde für unsere fortschrittliche Kinder-, Jugend-, Erwachsenen- und Altenarbeit und unsere sozialistische Einstellung gefunden hatten, stand dem entgegen. Selbst im KV hatte sich an der Simeon-Kirche dem Neuen gegenüber eine relativ hohe Akzeptanz eingestellt. Zumal die Gemeinde inzwischen auch über ihre Grenzen hinaus in der Öffentlichkeit ein fortschrittliche Ansehen erreicht hatte. Dies galt es seit etwa Anfang 1973 durch eine systematische bürokratische Vernichtungskampagne zu bekämpfen, in deren Verlauf ich verschwinden sollte.

• Foto: Deckblatt einer »Dokumentation über die Reglementierung und Disziplinierung einer lebendigen Gemeinde«, 1974.

Anlage VI

Ilse Biehl
2 Hamburg 71
Pezolddamm 20d

2 Hamburg 71, den 23.5.74

An den Vorsitzenden
des Kirchenvorstandes
der Simeongemeinde Hamburg-Branfeld
Herrn Pastor Johannes Werner
2 Hamburg 71
An Stühm Süd 138

Nachrichtlich an
Herrn Propst Lehmann
2 Hamburg 67
Rockenhof 1

An alle Kirchenälteste und die
Vertreter von Jugendrat
und Gemeindebeirat der Simeonkirchengemeinde

Sehr geehrter Herr Pastor Werner!

Hiernit beantragen wir, die unterzeichnenden Mitglieder unseres Kirchenvorstandes, erneut die Durchführung einer Etat-Sondersitzung am Donnerstag, den 30. Mai, 20 Uhr in Sitzungssaal Stühm-Süd 85.

Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß Sie laut Art. 43 RO zur Einberufung der Sitzung verpflichtet sind. In Verhinderungsfalle bitten wir die Sitzung durch Ihren Stellvertreter leiten zu lassen.

Der Grund für diesen Antrag liegt in der Beeinträchtigung der Gemeindearbeit durch die fehlende Verabschiedung des Etats.

Die Mitglieder des Kirchenvorstandes
gez. Elfriede Hennig
gez. Hartmut Gräwert
gez. Edda Groth
gez. Marianne Winkler
gez. Renate Devers
gez. Helmut Tröber

Ilse Biehl

Durch das LKA und Propst Lehmann gestärkt, weigerte sich Pastor Werner, eine am 23. Mai 1974 von sechs Kirchenältesten und mir geforderte Sonder-Sitzung für den 30. Mai 1974 einzuberufen, um über den notwendigen Etat zu beraten und zu beschließen. Er hatte bereits versucht, bisher bewilligte Gelder zu sperren und stellte die Herausgabe und den Druck des durch eine Redaktion vertretenen Gemeindeblattes »IN« unter seine Kontrolle. Alle Vorschläge, Beschwerdebriefe, Anträge für klärende Gespräche oder zur Durchführung von notwendigen Sitzungen, schließlich auch unsere Dienst-Aufsichts-Beschwerden wurden weder von ihm, noch von der Kirchenleitung, weder von dazu verpflichteten Kirchenämtern, noch von der Propstei Stormarn unter dem neuen Propsten Lehmann zur Kenntnis genommen, geschweige denn positiv beantwortet, sondern nur abgeschmettert. Am 10. Juni erklärte Propst Lehmann anlässlich meiner für den 12. Juni vorgesehenen Informations-Veranstaltung »Was ist Sozialismus«, dass er in Zukunft mit mir nicht abgesprochene Einladungen annullieren werde.

- Antrag von 7 Kirchenältesten zu einer Etat-Sondersitzung an Pastor Werner und Propst Lehmann, 23.5.1974.

Hamburg 71, 25 Mai 1974

An die
Kirchenleitung
der Landeskirche Schleswig-Holstein

23 K i e l
Dänische Straße 27/35

Erklärung von 8 Kirchenältesten des
Kirchenvorstandes der Simeonkirchengemeinde
in Hamburg-Bramfeld

Wir, die unterzeichneten Kirchenältesten, sind nicht mehr bereit, in einem KV der jetzigen Zusammensetzung mitzuarbeiten. Wir wollen nicht auf unser Amt verzichten, und müssen es in gewisser Weise doch, um auf die unhaltbaren Zustände auf unsern Sitzungen aufmerksam zu machen. Wir fühlen uns an unser Gelöbnis gebunden, sehen uns aber ausserstande, unsere Verantwortung für die Gemeinde in einem KV dieser Zusammensetzung auszuüben. Aus diesem Grunde müssen wir, um unser Amt wieder wahrnehmen zu können, unsere Pflichten vorübergehend ruhen lassen.

Unzählige Sitzungen, insbesondere die letzte vom 9. Mai 74, haben uns gezeigt, daß es nicht mehr möglich ist, die Ordnung des KV aufrecht zu erhalten. Provokationen und indirekte Einschüchterungen von einer ganz bestimmten Seite und daraus folgende gegenseitige Beschimpfungen sind bei unseren Sitzungen an der Tagesordnung. So kommt es z.B. vor, daß nach einem Antrag, eine Tagesordnung abzuändern, diejenigen Kirchenältesten, die dagegen sind, sich beschimpfen und anpöbeln lassen müssen. So kommt es vor, daß Kirchenälteste wegen ihrer Abstimmungen nach der Sitzung zur Rede gestellt oder gar diffamiert werden. So kommt es vor, daß sich bei der Entscheidung über Öffentlichkeit oder Nichtöffentlichkeit immer wieder dieselben unerquicklichen stundenlangen Debatten ergeben, die zu nichts führen, allenfalls dazu, daß für die eigentlichen Dinge keine Zeit bleibt, ja wichtigste Punkte immer erneut verschoben werden müssen.

Diese Atmosphäre führt zu einer solchen nervlichen Stresssituation, daß sich das entsprechend negativ auf Beruf und Familie auswirkt. Wenn wir darüber hinaus sehen, daß die Arbeit einer ganzen Gemeinde systematisch durch eine kleine Gruppe, deren Pressionen wir andauernd ausgesetzt sind, boykottiert wird, Mitarbeiter systematisch aufgewiegelt

wird, wird, das K zu verwalten haben, in unverantwortlicher Weise ausgegeben wird, Beschlüsse des KV unterwandert werden, dann müssen wir feststellen, daß eine Änderung des augenblicklichen Zustandes uns unumgänglich erscheint. Wir haben keine gemeinsame Arbeitsbasis mehr. Unsere Gesprächsbereitschaft ist in den vergangenen Jahren zu oft mißbraucht worden und auf Grund dieser Erfahrung an Ende.

Wir bitten, daß uns Verhältnisse garantiert werden, die es uns erlauben, entsprechend unserm Gelübde unser Amt wahrzunehmen. Wir sind der Meinung, daß die Kirchenleitung zum Erreichen dieses Zieles mitverantwortlich ist. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die Tatsache, daß in den letzten Jahren aus oben genannten Gründen schon 7 KV die Arbeit im KV aufgegeben haben und z.T. aus der Landeskirche ausgetreten sind.

Ingrid Rieckmann
Heraus
Foodien Klinge
Dieter
Johannes
W. Knobbe

Bereitwilliger reagierte das LKA hingegen auf die Beschwerde von fünf Kirchenältesten und den beiden Pastoren Werner und Knobbe, als sie ebenfalls am 23. Mai 1974 im Rundumschlag erklärten: »Wir sind nicht mehr bereit in einem KV der jetzigen Zusammensetzung mitzuarbeiten...«. Die andere Hälfte des KV wurde über diesen Brief noch nicht einmal informiert!

- Beschwerde von 8 Kirchenältesten an die Kirchenleitung in Kiel vom 23.5.1974.

N i e d e r s c h r i f t
über die Sitzung der Kirchenleitung
am 21. Juni 1974

Anwesend: Bischof Dr. Hübner
Bischof Petersen
Präsident Dr. Grauheding
Richter Bachmann
Stud.-Dir. a. D. Brodersen
Ltd.Reg.Dir. Floerke
Dr. Kinder
Propst Steenbock
Mit beratender Stimme:
Propst Ruppelt

8

Als Ref.d.KL Pastor Kirschstein

An der Teilnahme verhindert:
Freiin von Ledebur
Amtmann Ronneburger
Pastor Rothe
Pastor Schröder
Frau Weisbach
Landessuperintendent Dr. Heubach
Syn.Präsident Dräger

7

Zahlenangaben von uns.
S. fokr

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung mit Schriftlesung und Gebet.

1. Propst Lehmann berichtet im Auftrag des Propsteivorstandes Stormarn über die Situation in der Simeon-Kirchengemeinde Bramfeld und von einem Propsteivorstandsbeschuß vom 20. 6. 74 zu einem "Offenen Brief" von Pastorin Groth zur Frage der "Zusammenarbeit mit Kommunisten" vom 15. 6. 74. - Er erläutert den Propsteivorstandsbeschuß vom 12. 6. 74 zum Kirchenleitungsbeschuß Nr. 13 (TOP 14) vom 30./31. 5. 1974. - Die Ausführungen werden von OLKR Otte und Muus und Landespropst Ruppelt ergänzt. Nach ausführlicher Erörterung wird beschlossen:
 1. Die Kirchenleitung stellt aufgrund der ihr mündlich und schriftlich vorgetragenen Tatsachen fest, daß der Kirchenvorstand der Simeon-Kirchengemeinde Bramfeld zur Zeit außerstande ist, die ihm obliegenden Aufgaben zu erfüllen. - Gemäß Art. 153,5 RO werden darum die Rechte und Pflichten des Kirchenvorstandes bis auf weiteres auf einen Ausschuß übertragen, bestehend

Nun konnte die Kirchenleitung zusammen mit Propst Lehman, den Oberkirchenräten Otte und Muus und dem Landespropst Ruppelt daran gehen, die Gemeinde zu entmündigen. Am 21.6.1974 unterstellten sie die Simeon-Gemeinde einem sechsköpfigen Ausschuss, »weil der KV der Simeon-Kirchengemeinde außerstande ist, die ihm obliegenden Aufgaben zu erfüllen.« (Beschluss vom 21.6.1974) Was das mit dem inzwischen erschienenen – noch vorzustellenden – »Offenen Brief zur Zusammenarbeit mit Kommunisten« zu tun hatte, erscheint auf den ersten Blick recht unverständlich. Es zeigt deutlich, dass es in Wirklichkeit nicht um eine zerrüttete Gemeinde ging, die man retten wollte, sondern um die Durchsetzung des Radikalenerlasses gegen eine lästige Kommunistin, die Pastorin Edda Groth.

- Fotokopie zum Beschluss der Kirchenleitung vom 21.6.1974, die Simeon-Gemeinde einem Ausschuss zu unterstellen.



Am 18.6.1974 bemerkten deshalb die sechs »abgewimmelten« Kirchenältesten in richtiger Konsequenz in einem Schreiben an Propst Lehmann: »Wir können nicht umhin, in dem Verhalten des Herrn Propsten die Absicht zu erkennen, die Gemeindegemeinschaft einer ihm politisch nicht genehmen Pastorin de facto unmöglich zu machen. Diese Befürchtung wird auch dadurch bestärkt, dass Propst Lehmann die kurze Anhörung unseres Kirchenvorstandes mit dem Hinweis schloss,... dass der seit mehreren Jahren ruhende Versetzungsantrag gegen Frau Groth endlich zur Entscheidung gebracht würde... Vorschläge zu einer Verbesserung der Arbeit im KV wurden nicht gemacht, ja es wurde nicht einmal ein Gespräch zu allen Mitgliedern des KV gesucht...«

- Bild »Maulkorb« zum Flugblatt der »Initiativ-Gruppe Edda Groth muss bleiben« Jugendrates im August 1974.



Nun wurden sämtliche gärtnerische und sonstige betriebsbedingte Hilfskräfte aus meiner Nähe am Timmermannsredder entlassen, die geplante Neubesetzung der Stelle einer Sozialarbeiterin durch Frau Triphilis nicht vollzogen, die Honorartätigkeit einer Helferin im Kindergottesdienst gestrichen und für Aktionen wie Kinderausflüge und Konfirmanden-Freizeiten keinerlei Gelder mehr ausgezahlt. Bei vielen Fotos, die ich aus der Zeit besitze, steht häufig geschrieben: Freizeit – die letzte.

- Foto: Besuch der Kinder von Hagenbecks Tierpark, 1974.



An den Propsten schrieb ich: »Ich sehe das als ein unzulässiges Mittel, meine momentane Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Konfirmanden zu zerstören... Da die Etatsperrung ohne jede Vorankündigung geschah... und die zurzeit stattfindenden Besichtigungen mit den Konfirmanden in einen ganz bestimmten Ablauf eines folgerichtigen Programms gehören... würde ich bei Abbruch dieser Dinge und der hohen Zahl meiner Konfirmanden völlig in den Verzug geraten... Erwartet eigentlich die Kirche neuerdings, dass wir Pastoren mit unserem privaten Geld die kirchliche Arbeit unterhalten?«

- Foto: Konfirmanden-Freizeit am Koppelsberg bei Plön, 1974 – Betroffenheit macht sich breit.



Ehen, Ehen, Ehen ...

Hinzu kommt: Eine Einladung an die Kinder vom Kindergottesdienst für Samstag, d. 17. August (Neubeginn), wurde verboten rauszuschicken, weil Pastor Hasselmann (Vertreter des Ausschusses) nicht wollte, daß das Fernsehen bei den Kindern erschien, obwohl die Sendung bereits geplant und mit dem Bischof abgemacht war. Nach langem Hin und Her zwischen Fernsehen, Bischof, Propst und Pastor Hasselmann wurde die Genehmigung erteilt, natürlich viel zu spät (Freitagnachmittag), um die Einladung noch rauszuschicken.

Am Samstag kamen außer dem Fernsehen zu unserem Kindergottesdienst gleich 7 Personen vom Ausschuß - unangemeldet -, um uns zu kontrollieren. Frau Groth verhinderte, daß sie unsere Kinder alle auf einmal überfielen und ließ nur 2 Vertreter zu, die mit in die Gruppe gingen und beim Fernsehen zusahen. Unter ihnen war Propst Kohlwege, der einer von denen ist, der die demokratische Arbeit und Meinung von Pastorin Groth behindern will - wie wir in einem Gespräch in Kiel bei der Kirchenleitung feststellen konnten. Alle 7 Mann werden übrigens mit ihren Fahrtkosten von der Gemeinde bezahlt..... für den Bus, für Kinder und Jugendliche aber fehlt das Geld?!

Die ideologische Kontrolle folgte auf dem Fuße. Oberkirchenrat Otte erschien - unangemeldet - bei einer meiner Sonntagspredigten. Natürlich begrüßte ich ihn freundlich und offiziell. Pastor Werner versuchte mir einen Schulanfänger-Gottesdienst zu entwenden, den ich jahrelang durchgeführt hatte. Und zu meinem sonst so fröhlichen Kindergottesdienst kamen sieben Männer vom Ausschuss, um zu kontrollieren, was sich bei mir so abspielte.

- Kollage: Protest-Schreiben der Kindergottesdienst-HelferInnen; das Foto zeigt die Trauung eines Ehe-Paares, das sich ebenfalls deutlich auf meine Seite stellte, 1974.



Auch mit sexueller Diffamierung versuchte man mich nun zu disziplinieren. Wie oben bereits angedeutet (vgl. 101-103), schickte mir Propst Lehmann Mitte Juni 1974 einen Brief, von dem er auch LKA und den Bischof informierte, dass ein Vater bei ihm Beschwerde erhoben hatte, weil seine Tochter von den Jugend-Versammlungen immer zu spät nach Hause käme und sie auf einer Freizeit mit einem Ehepaar und einem Jungen in einem gemeinsamen Bett geschlafen hatte und vergewaltigt worden war. Jetzt sei sie schwanger. Mal abgesehen davon, dass der Propst solch einen Fall natürlich zunächst mit mir persönlich im Gespräch hätte klären müssen, ordnete er an, ich habe mich unverzüglich mit Herrn M. in Verbindung zu setzen – der sich gar nicht an mich gewandt hatte – und untersagte die Durchführung aller weiteren Wochenendfreizeiten. Natürlich erwies sich die Geschichte als pubertäre Erfindung eines verliebten Mädchens, das den betreffenden Jungen seit langem mit ihrer Sympathie, verfolgt hatte, allerdings erfolglos. Die zuständigen Freizeitleiter, Hartmut und Hanne Gräwert, zum Glück verheiratet, beide im Kindergottesdienst, der Jugendarbeit und im Kirchenvorstand vorbildlich aktiv, halfen mit aus der Patsche: sie wiesen die »ungeheuerlichen Unterstellungen« aufs schärfste zurück.

- Foto: Hochzeit von Hanne und Hartmut Gräwert, 1970.

Mir war klar, dass es sich bei all diesen Maßnahmen ab Anfang 1974 einzig und allein um eine politisch motivierte konzertierte Aktion handelte. Deshalb ging ich meinerseits in die Offensive. In meiner Konfirmationspredigt vom 9. Februar 1974 erläuterte ich, dass ich von der bisher praktizierten antiautoritären Erziehung »abgesprungen« sei und einen neuen Weg zur Proletarischen Erziehung einzuschlagen gedächte. Ich hatte bisher das Ziel gehabt: junge Menschen sollten »mündig und aufgeklärt« ihren Glauben kritisch in den Alltag umsetzen können. Die meisten Eltern hatten das sehr positiv aufgenommen. Aber eine solche Erziehung konnte eher bei denen gelingen, die über die entsprechende Mittel verfügten: für ein eigenes Kinder-Zimmer, für einen Platz im Kindergarten, für eine bessere Schule mit dem dafür notwendigen eigenen oder bezahlten Nachhilfeunterricht. Gerade diejenigen, die ich eigentlich hatte unterstützen wollen, die Arbeiterfamilien mit niedrigen Löhnen und zu immer mehr Überstunden gezwungen, fanden kaum Zeit nach der Arbeit für die Kinder da zu sein und für eine progressive Erziehung ihrer Kinder zu sorgen, sie hatten dazu nicht die Möglichkeiten und nicht das Geld. Und so sei ich zu dem Entschluss gekommen, zukünftig für eine andere, die »proletarische Erziehung« einzutreten.

Dass folglich »die ökonomischen Voraussetzungen in der kapitalistischen Gesellschaft eine Erziehung zum freien, selbstständigen, gleichberechtigten Menschen nicht möglich machten, wenn man nicht die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen insgesamt ändern würde. Deshalb wolle ich zukünftig »den Kapitalismus selbst bekämpfen« und auf sozialistische Alternativen hinweisen. Ich würde mich über meine Konfirmanden freuen, ...wenn ich ihnen z.B. bei Gelegenheit dort begegnen würde, wo der Kampf gegen Mietwucher in Bramfeld stattfindet. Das sei nicht unchristlich sondern im Sinne Gottes. Und dann schloss ich mit den Sätzen: »In Gottes Augen sind letzten Endes nur die auf seiner Seite, die diese Welt zum Guten ändern, die sie wieder menschenwürdig machen und die für Gerechtigkeit auf Erden eintreten. In diesem Sinne – so wage ich provokativ am Schluss zu behaupten – steht Mao mit allem, was er für das chinesische Volk getan hat, Gott näher als alle Bischöfe der letzten 1000 Jahre.«

Nach „Mao-Predigt“: Schießt die Kirche blonde Pastorin ab?

Von Inka Gottschalch
Hamburg — Eine blonde Pastorin im schwarzen Talar lobte von der Kanzel die guten Taten des Chinesenführers Mao. Für ihre schonungslose Predigt über die „wahren Christen“ droht der 35-jährigen Edda Groth aus Bramfeld jetzt ein Disziplinarverfahren. Was bei der Gemeinde auf Beifall stieß, löste bei der schleswig-holsteinischen Landeskirche in Kiel ein Gutachten aus. Drei Pröbste und neun Pastoren

„durchforschen“ die „Mao-Predigt“ nach Abweichungen von der christlichen Lehre.

Sie serviert ihren Schäfchen keine heile Welt. Sie predigt nicht am Alltag vorbei. Sie haßt fromme Sprüche. In ihrer Gemeinde leistet sie eine Kinder- und Jugendarbeit, die weit über Hamburgs Grenzen Aufsehen erregt.

Will die Kirche die aufmüpfige Edda („Ich bin Sozialistin“) jetzt abschießen? Sie sieht dem Gutachten ge-

lassen entgegen: „Ich bin gewohnt, daß die Kirche alles, was ich tue, genau unter die Lupe nimmt.“

Zum Schluß ihrer freimütigen Predigt hatte Edda provokativ behauptet: „Mao steht mit allem, was er für und mit dem chinesischen Volk getan hat, Gott näher als alle Päpste und Bischöfe der letzten 1000 Jahre.“

„Natürlich war das kritisch gegen die Institution Kirche gemeint“, sagt sie. „Mao ist eben kein Flickschuster. Des-

halb verehere ich ihn.“ Die Eltern wissen, wo die blonde Edda politisch steht, trotzdem schicken sie ihre Kinder nachmittags ins Pastorat.

Bei den Kirchenvätern in Kiel offenbar nicht. Oberrat Heinrich: „Erst wenn das Gutachten auf dem Tisch liegt, wird über ein Verfahren entschieden.“

Falls die Kirchenleitung die blonde Edda suspendieren sollte, weiß sie: „Dann geht meine Gemeinde auf die Barrikaden.“

Morgenpost, 31. Mai 74

Presse- Impressionen



26.6.74 Pastorin wegen Eintretens für kommunistische Ziele gerügt
Kirchenleitung prüft Möglichkeit eines Amtszuchtverfahrens

Die Presse stürzte sich geradezu auf diese bald so genannte »Mao-Predigt und machten mein »Mao-Zitat« zum Tagesspruch in vielen Zeitungen. Die Kirchenleitung ließ meine Predigt durch eine extra dafür eingesetzte kirchliche Kommission inquisitorisch prüfen – ein halbes Jahr lang ohne Ergebnis. Die Gemeinde wurde bei der ganzen Angelegenheit nicht nach ihrer Meinung gefragt. Obwohl die Predigt am Tage der Konfirmation ausgiebig in den Familien diskutiert worden war. Einer soll gleich nach meiner Predigt empört ausgetreten, eine andere erfreut wieder eingetreten sein. Um in der Öffentlichkeit mit meinen Argumenten besser bestehen zu können, zitierte ich fleißig – in Erinnerung an meine Zeit bei der Breklumer Mission – die Aussage von der ehemaligen Missionarin Gerda Buege, die 16 Jahre in der Volksrepublik China gewesen war: »Das atheistische China fordert heute die Christen heraus, weil es von Gemeinschaftsethik und Menschenwürde des einzelnen bestimmt wird. Mao hat das Land von Elend, Fremdherrschaft, Krankheit und Analphabetentum befreit und ein an Leib und Seele zufriedenes Volk geschaffen.«(Zitat Nordelbischer Nachrichtenspiegel 23/74).

- Presse-Informationen zur Mao-Predigt, 1974.

Offener Brief zur Frage der Zusammenarbeit mit Kommunisten in der Kirche

1

Edda Groth
2 Hamburg 71
Timmermannsredder 19

Hamburg, d. 15. Juni 74

Offener Brief als Antwort auf das Schreiben von Propst Lehmann zur Frage der Zusammenarbeit mit Kommunisten.

Da es sich bei der mir gestellten Frage nach der Zusammenarbeit mit Kommunisten vermutlich um die "Gretchenfrage" der heutigen Kirche handelt, möchte ich hierzu eine grundsätzliche, umfassende und öffentliche Stellungnahme abgeben. Ein Blick in den "Evangelischen Pressedienst", die Tageszeitung oder den Fernseher genügt, um deutlich zu machen, daß die Institution Kirche in ihren offiziellen und inoffiziellen Aussagen, in ihren bewußten oder unbewußten Handlungen offen oder verdeckt Politik betreibt. Aus ihrer Verflechtung heraus mit dem Staat und der Gesellschaft ist es ihr und jedem einzelnen in ihr unmöglich gemacht, sich unpolitisch zu verhalten. Wenn dennoch immer wieder von offizieller Seite aus gefordert wird, ein Christ habe sich der Politik zu enthalten, dann nur deshalb, um die große Masse der Bevölkerung über die Verflechtung der Kirche mit Staat und Gesellschaft hinwegzutäuschen und sie von einer aktiven Teilnahme an der Politik auszuschließen. Umso ungestörter kann die Kirche dann ihren politischen Einfluß ausüben.

Dieser Art des Vorgehens trete ich mit folgenden Maßnahmen entschieden entgegen:

1. Gleichberechtigt mit allen anderen Bischöfen, Präpsten, Pastoren, kirchlichen Mitarbeitern und Gemeindegliedern nehme ich aktiv an der Politik teil.
2. Ich betreibe eine bestimmte inhaltliche Politik, die sich allerdings weitgehend von der offiziellen Politik der Kirche darin unterscheidet, daß sie deren Herrschaftsinteresse widerstrebt, sich für die Interessen der Bevölkerung einsetzt und dabei ständig wachsende Zustimmung bei ihr findet.
3. Im Gegensatz zu der bisher üblichen Form trete ich mit meinen Zielen offen auf und gehe die Lösung der Probleme offensiv an.

Hierbei gibt es für mich keinerlei mögliche Trennung zwischen meiner christlichen Überzeugung, meinem persönlichen Engagement und meiner politischen Einstellung. Das will ich versuchen zu begründen.

Als Propst Lehmann – natürlich nicht mit den »besten Absichten« – den Wunsch äußerte, ich solle doch einmal meine Haltung zu den Kommunisten darlegen, ergriff ich sofort die Gelegenheit, endlich offensiv im Rahmen der Gemeinde und Kirche meine grundsätzliche Meinung darzulegen. Auch wenn ich wissen musste, dass das »nicht gut ausgehen würde«. So verfasste ich ausführlich meinen »Offenen Brief zur Frage der Zusammenarbeit mit Kommunisten in der Kirche«, den ich ab dem 15. Juni 1974 nicht nur ihm sondern auch meinen politischen Freunden zu schickte und natürlich auch breit in der Gemeinde verteilte.

• Erste Seite des »Offenen Briefes zur Frage der Zusammenarbeit mit Kommunisten in der Kirche«, 15.6.1974.



Die Basis der Gemeinde hatte meine antiautoritären, alternativen und politischen Ansichten, mein Engagement für eine fortschrittliche Kinder- und Jugendarbeit, sowie für soziale Gerechtigkeit und gegen ungerechte Kriege zum großen Teil unterstützt. Konnte die Gemeinde auch meinen Vorstellungen über den Sozialismus und Kommunismus folgen? Waren sie daran interessiert, meine Kritik am »hauseigenen« kapitalistischen System zu akzeptieren? Wohl nur in einem geringen Maße, denn in Bundesrepublik herrschte seit Ende des letzten Krieges der Antikommunismus vor, übernommen von der rigorosen Ablehnung und Verfolgung durch das kapitalistische System in den USA, übernommen aus der nicht aufgearbeiteten Nazi-Zeit und bedingt durch die als bedrohlich empfundene Nähe der Grenzen des »Kalten Krieges« zum sozialistischen Osten. Anders zu denken und sich anders zu verhalten konnte »Kopf und Kragen« kosten, das wusste ich wohl. Aber ändern ließ sich diese Welt und die Kirche nur, indem ich meine Argumente vorbrachte und »Farbe bekannte«.

- Foto: Demonstration zum 1. Mai in Hamburg 1971 mit Edda Groth, Helmut Lechner und Helmut Tröber.



Kommunistische Ziele zu vertreten war tabu, wurde behindert, geahndet und verboten. Und stets mit dem Vorwurf des Atheismus verbunden. So sagte eine nette Konfirmandin leicht «vorwurfsvoll» zu mir: »Edda, du machst so einen tollen Unterricht, aber du bist zu kommunistisch«. Seit den Achtundsechzigern hatte jedoch die proletarische, revolutionäre und pro-kommunistische Bewegung einen Aufschwung erfahren. Das machte sich unter den fortschrittlichen Pastoren und auch direkt an der Simeon-Kirche bemerkbar. Und so gab es unter den Enkeln und Kindern von ehemals verfolgten Kommunisten und von Vätern, die gegen die Notstandsgesetze aufgetreten waren, eine wachsende Zahl von Sympathisanten, die schon mal gerne wieder die rote Fahne schwenkten.

- Foto: Pfingst-Freizeit in Dänemark mit Jugendlichen aus den Gemeinden von Bramfeld und Norderstedt, 1974.



Die theologische Untersuchung meiner Mao-Predigt durch den »Theologischen Beirat« war eher erfolglos, weil theologisch unentschieden ausgegangen. Die Kirchenleitung hatte stattdessen mit den beschriebenen Repressionen gegenüber unserer Gemeindefarbeit reagiert. Nachdem der »Offene Brief« erschienen war, forderten zahlreiche Gremien der Gemeinde und viele Gemeindefmitglieder, dass sich die Kirchenleitung oder der Bischof zu diesen Fragen äußern und mit mir eine Auseinandersetzung führen sollten. Ich wurde hingegen zu einem von der Landeskirchenleitung angeordneten vierstündigen »privaten« Gespräch am 15. August – mit erlaubter Begleitung durch Pastor von Helmut Lechner – eingeladen. Ein Dutzend SympatisantInnen durften ganz kurz bei einem »Go-In« für mich eintreten. Die hielten ein entsprechendes Transparent »Edda Groth muss bleiben« hoch und verteilten das dazu gehörige Flugblatt.

- Foto: Go-In bei der Kirchenleitung, ganz rechts Bischof Hübner, 15.8.1974.

Ev.-Luth. Landeskirche Schleswig-Holsteins

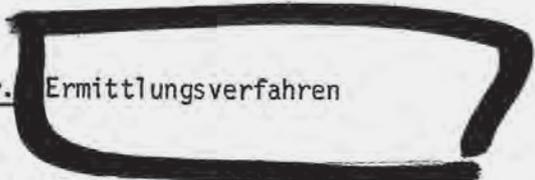
Das Landeskirchenamt

Az.: G 122 Ermittlungsakte - 74 - VII
(Bei Antwort bitte angeben)

Konten der Landeskirchenkasse:
Girokonto: Nr. 1 000, Ev. Darlehnsgeossenschaft in Kiel
Nr. 1 065, Landesbank und Girozentrale in Kiel
Nr. 139 063, Postscheckamt Hamburg

23 Kiel, den 16. August 1974
Postanschrift: Landeskirchenamt, 23 Kiel 1, Postfach
Dänische Straße 27/35
Fernruf: (04 31) 4 07 91, Durchwahl 40 79.....

Frau
Pastorin Edda G r o t h
2000 Hamburg 71
Timmermannsredder 19

Betr.  Ermittlungsverfahren

Sehr geehrte Frau Pastorin!

Auf Ihr Schreiben vom 11. August 1974 haben wir Ihnen folgendes zu erwidern: Tatsachen die die Annahme begründen, daß Sie die Amtspflicht verletzt haben (§ 11 AZG), sind Ihre gedruckte Konfirmationspredigt vom 9. Februar 1974 und Ihr offener Brief zur Frage der Zusammenarbeit mit Kommunisten in der Kirche vom 15. Juni 1974. Ihre Konfirmationspredigt enthält namentlich im Schlußsatz

"In diesem Sinne - so wage ich am Schluß provokativ zu behaupten - steht Mao mit allem, was er für und mit dem chinesischen Volk getan hat, Gott näher als alle Päpste und Bischöfe der letzten 1000 Jahre"

eine eindeutig extrem politische Aussage, die gegen das "Mäßigungsgebot" des § 51 Abs. 1 Pfarrergesetz verstößt. Das gilt erst recht für Ihre Ausführungen im "offenen Brief". Hier unterstützen Sie eine verfassungsfeindliche Vereinigung.

Es gab nicht die gewünschte gut lutherische Disputation! Hätte ich doch den Vertretern der Kirchenhierarchie - wie bisher schriftlich geschehen - nachweisen können, wie sehr sie in der Tat offiziell »loyal« mit dem Staat verbunden waren und wie viele für den Sozialismus eingetretene Pastoren und Mitarbeiter sie bereits disziplinarisch aus dem Dienst entfernt hatten. Eine Tag nach dem Gespräch in der Kirchenleitung wurde auch gegen mich das Schreiben aufgesetzt, dass ich gegen das Mäßigungsgebot des § 51 Abs. 1 Pfarrergesetz verstoße und ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werde.

- Fotokopie zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens vom 16.8.1974.



Das bereits bei der Kirchenleitung verwendete Flugblatt »Edda Groth muss bleiben« verteilte ich nicht mehr nur in der Kirche, sondern ging auch hinaus auf die öffentlichen »Straßen und Plätze« in Hamburg-Bramfeld.

- Foto: Beim Flugblatt verteilen in meinem Gemeinde-Bezirk, 1974.

Eingegangen: 25.9.74

Überreicht durch Propst Lehmann
und Pastor Lindner.

B e s c h l u ß

Das Landeskirchenamt hat in seiner Sitzung vom 19. September 1974 folgenden Beschluß gefaßt:

- (1) Gegen die Pastorin Edda G r o t h in Hamburg-Bramfeld wird das förmliche Verfahren gemäß § 37 des Kirchengesetzes über die Amtszucht vom 7. Juli 1965 durchgeführt.
- (2) Gemäß § 125 Abs. 1 des Amtszuchtgesetzes wird Pastorin Edda Groth mit sofortiger Wirkung vorläufig des Dienstes enthoben.

Ihr wird vorläufig die öffentliche Wortverkündigung und die Sakramentsverwaltung sowie die Vornahme von Amtshandlungen ganz untersagt.

Gründe

Gemäß § 37 Abs. 1 des Amtszuchtgesetzes ist der wesentliche Inhalt der Beschuldigungen anzugeben.

Die wesentlichen Beschuldigungen werden auf Grund der Aussagen der Pastorin Groth in ihrer Konfirmationspredigt vom 9. Februar 1974, ihres 'Offenen Briefes' vom 15. Juni 1974 sowie ihrer Erwiderung auf die Bitte um Stellungnahme durch das Landeskirchenamt vom 14. September 1974 erhoben.

1. Pastorin Groth hat § 50 des Pfarrergesetzes in der Neufassung vom 10. November 1972 verletzt, der bestimmt:

"Der Pfarrer darf eine Körperschaft oder Vereinigung nicht unterstützen, wenn er dadurch in Widerspruch zu seinem Auftrag tritt oder wenn er durch die Unterstützung in der Ausübung seines Dienstes wesentlich behindert wird."

In ihrem "Offenen Brief" vom 15. Juni 1974 hat Pastorin Groth beispielsweise ausgeführt:

- a) 'Ich unterstütze die Ziele der Kommunisten als mit meinen identisch, weil sie nicht etwas von Glauben und Wirklichkeit getrenntes sind'

Am 25. September 1974 trudelte – durch Propst Lehmann persönlich überbracht – das Schreiben ein, das ein Amtszuchtverfahren nach § 125 gegen mich einleitete und meine sofortige Suspendierung feststellte: ich durfte nicht mehr als Pastorin tätig sein. Nun wurde Klartext geredet: »Pastorin Groth identifiziert sich mit den Zielen des Kommunismus auf der Basis der marxistisch-leninistischen Lehre..., deren Ziel der Kampf gegen die angeblich mit dem Kapital verbundene Kirche ist..., Pastorin Groth hat durch diese hier beispielhaft angeführten Äußerungen extrem politische, agitatorische Aussagen gemacht..., politisch Andersdenkende diffamiert und ihre Kirche als eine dem Volk feindlich gegenüber tretende und den Interessen des Kapitals hörige Institution verunglimpft..., und (somit) ihr Amt ...missbraucht.«

- Beschluss des LKA zur Suspendierung von Pastorin Groth, überreicht am 25.9.1974.

Austritt aus der Kirche

**„Es rettet uns kein
höheres Wesen...“**

1974 und danach

Warum ich aus der
Kirche austreten
werde!

Pastorin Elda Gorte

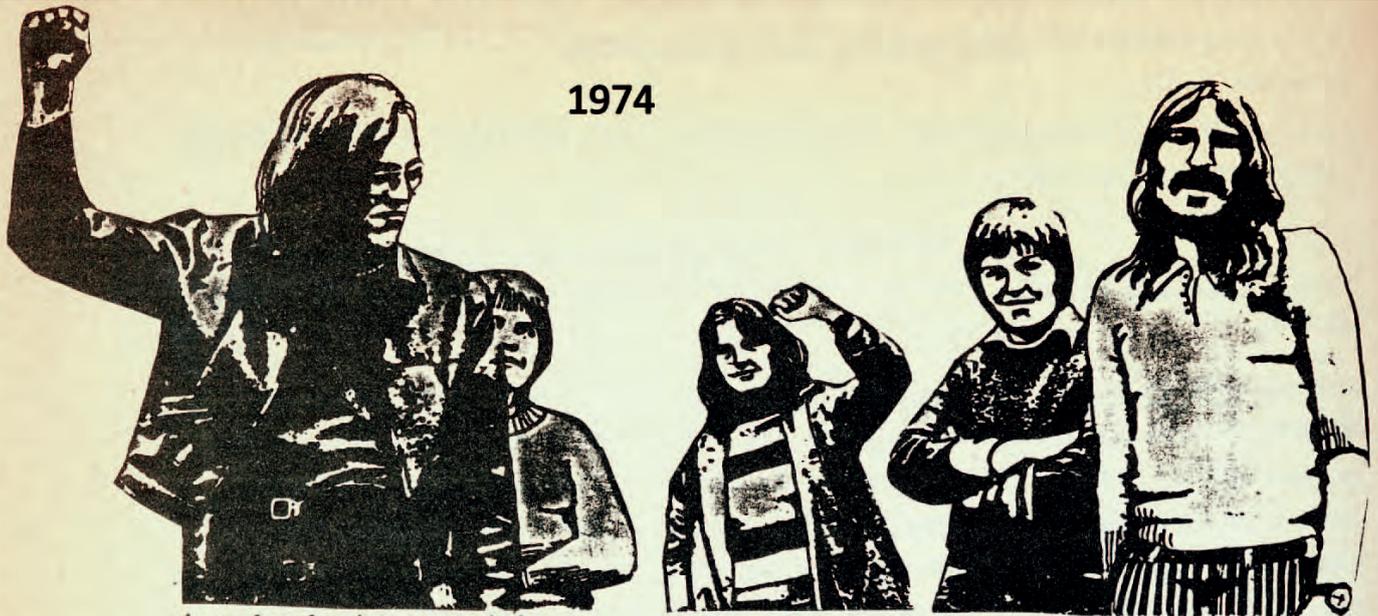


Erklärung zum
29. September 1974

Es stand für mich, aber auch meine beiden Freunde Helmut Lechner und Eckard Gallmeier die Entscheidung an, wie wir auf diese, alle vorhergehenden und auch die zukünftigen Disziplinierungen reagieren sollten. Gegen Eckard war ebenfalls bereits die Suspendierung ausgesprochen worden, bei Helmut erfolgte sie Anfang 1975. Wir hatten seit einiger Zeit einen engen Kontakt zu dem in dieser Zeit entstandenen »Kommunistischen Bund Westdeutschland« (KBW) und berieten uns über unseren Schritt mit dem Genossen Martin Fochler. Gemeinsam entschieden wir uns dazu, unsere Tätigkeiten als Pastoren aufzugeben und aus der Kirche auszutreten. Mit der Erklärung vom 29. September 1974 »Warum ich aus der Kirche austreten werde« trat ich ein letztes Mal vor die Gemeindeöffentlichkeit.

- Deckblatt mit Foto zur Broschüre »Warum ich aus der Kirche austreten werde«, 1974.

1974



jugendrat der simeongemeinde
bramfeld-nord

büro: 2 hamburg 71
timmermannsredder 19

Rücktrittserklärung des Jugendrates der Simeon-Gemeinde

WIR SEHEN UNS DESHALB GEZWUNGEN, UNSER AMT NIEDERZULEGEN,
DA WIR IN DIESER GEMEINDE KEINE MÖGLICHKEIT ZU FORTSCHRITT-
LICHER, KONSTRUKTIVER JUGENDARBEIT MEHR HABEN .

DER JUGENDRAT,
im Auftrag desselben unterzeichnet von
Hans-Joachim Schuldt

Die bisherige fortschrittliche Tätigkeit an der Simeon-Kirche in Hamburg-Bramfeld wurde total beseitigt. Der Kirchenvorstand kündigte weiteren MitarbeiterInnen, z.B. der Werbeleiterin Frau Tröber, die Jugendtage am Timmermannsredder wurde geschlossen und dann verkauft, alle Jugend- und Gemeinde-Beiräte beseitigt. Daraufhin erklärte der Jugendrat Ende 1974 seinen Rücktritt. Die aufwendige Klage des KV-Vertreters Hartmut Gräwert gegen die Kirchenamtlichen Maßnahmen schleppte sich zu Tode und so traten schließlich die vier letzten tapferen KV-Mitglieder Anfang 1975 aus der Gemeinde aus. Pastor Werner schrieb euphorisch: Jetzt sei alles wieder »ganz normal«!

- Flugblatt zum »Rücktritt des Jugendrates der Simeon-Kirche«, 1974.



Ich führte am 18. November 1974 mit Unterstützung des fortschrittlichen FDP Freundes Kulbartz in Hamburg-Bramfeld, der die Forderung nach »Trennung von Kirche und Staat« vertrat, eine Veranstaltung durch – natürlich außerhalb der Kirchenräume – zu der immerhin auch Propst Lehmann erschien. Ich erklärte noch einmal meinen Schritt, die Kirche endgültig zu verlassen und außerhalb von ihr zukünftig effektiver dafür zu kämpfen, dass nicht – Schätzungen zufolge – im Jahre 1985 die Welt von ca. 300 Konzernen regiert werde. Die Menschen und Völker dieser Welt sollten ihren Reichtum an Rohstoffen, Produktionsmitteln und sonstigen Gütern gerecht untereinander teilen und über deren Herstellung und Verwendung in einem wirklich demokratischen Prozess selbst bestimmen. Sie sollten die Kontrolle über das von ihnen Geschaffene ausüben, die Befriedigung ihrer Bedürfnisse gemeinsam regeln und jede Herrschaft des einen über den anderen aufheben ... (»Offenen Brief«). Jeder weiß, dass ich, dass wir – ob Christen oder Kommunisten – dieses Ziel weder bis 1985 noch bis heute erreicht haben. Es muss weiter daran gearbeitet werden!

- Foto: Veranstaltung zum Kirchenaustritt in Hamburg-Bramfeld, 1974.

Pastor Gallmeier glaubt nicht mehr an Gott

Norderstedt/Ellerau, 21. Oktober

Jetzt sucht er Arbeit und eine neue Wohnung: Elleraus Ex-Pastor Eckhard Gallmeier (31), der aus der Kirche ausgetreten ist! Freitag nachmittag in der Redaktion der Norderstedter Zeitung, 14.47 Uhr. „Guten Tag, ich bin Pastor Gallmeier, ich bin aus der Kirche ausgetreten.“ Der Mann in der schwarzen Lederjacke zieht heftig an seiner filterlosen Zigarette. Wie geht's weiter? „Ich suche Arbeit und eine neue Wohnung“, sagt der Ex-Geistliche, der sich offen dazu bekennt, Kommunist zu sein.

Wovon wird Gallmeier leben? „Ich weiß es nicht, die Rechtslage ist noch

nicht geklärt.“ Juristisch ist der 31jährige („vier Jahre war ich Pastor“) nach wie vor Kirchenbeamter — ohne in der Kirche zu sein. Seit fast einem Jahr ist der Ellerauer Geistliche vom Dienst suspendiert. „Glauben Sie noch an Gott und beten Sie?“ Gallmeier zieht an der Zigarettenkippe, fast bitter, aber präzise die Antwort: „Nein“, sagt der Kommunist, der kein Pastor mehr ist.

Seine Erklärung für den Austritt aus der Kirche: „Ich kann die Interessen der Bevölkerung und der Arbeiterklasse in der Kirche nicht mehr vertreten.“ Drahtischer formuliert Gallmeier in der kommunistischen Volkszeitung: Er wolle kein auf der Arbeiterklasse schwimmendes Fettauage sein.



Trat aus der Kirche aus:
„Pastor“ Eckhard Gallmeier

Als Erster hat Pastor Gallmeier in Ellerau am 21. Oktober 1974 seinen Austritt vollzogen. Schon seit einiger Zeit hatten Eckard, Helmut und ich auf Grund von Überlegungen und Gesprächen, sowie dem Studium von Feuerbach, Marx und Lenin unsere mystische Vorstellung von der Welt aufgegeben oder wie in anderer Form gesagt werden kann »unseren Glauben verloren«, so wie eben eine Liebe verloren geht. Wir erkannten, dass niemand außerhalb der Wirklichkeit »von oben« diese Welt bestimmt, sondern nur wir Menschen allein dafür verantwortlich sind, sie zu organisieren und zu verändern.

- Bild: Pressebericht vom 21. Oktober 1974.



Helmut und ich wurden noch zu einigen Veranstaltungen zum anliegenden Thema »Warum aus der Kirche austreten?« im Bereich der Nordelbischen Kirche eingeladen. Aber bald wurde dies unterbunden. 26 Mitglieder der Simeon-Gemeinde erklärten schriftlich, dass sie ebenso austreten wollten. Am 28. November 1974 vollzog ich auf dem Gemeindeamt in Bramfeld zusammen mit ein paar FreundInnen meinen Austritt. Postwendend erhielt ich von der Kirchenleitung die Nachricht, dass ich »des Amtes enthoben« sei. Mein Gehalt wurde halbiert und man machte mir sogar noch die mir zustehende Urlaubsvergütung streitig. Ich musste deswegen vor Gericht gehen, wobei der Richter den erschienen Kirchenvertreter ermahnte, vernünftig zu sein, sonst würde es sicher vor dem Bundesverfassungsgericht eine erneute Klage geben. Zähneknirschend – ich hätte die Kirche eben auf so unerhört Weise angegriffen – gab er nach. Natürlich wurde mir keine Abfindung angeboten. Normalerweise war dies – zu Recht – in der Kirche (bei »moderaten Fällen«) wie ja auch im säkularen Bereich bei Kündigungen üblich.

- Foto: Mit der Simeon-Kirche abgeschlossen, Austritt am 28. Nov. 1974 in Hamburg-Bramfeld.



Helmut Lechner folgte uns beiden mit seinem Austritt 1975, nachdem er auf Beschluss des KV entlassen und am 2. Mai 1975 vom LKA suspendiert worden war. Er begründete seinen Schritt ausführlich und schriftlich in aller Öffentlichkeit, verteilte dazu ein Flugblatt und lud zu einer Veranstaltung in Norderstedt ein. Wir waren als fromme, gläubige Christen und als politisch denkende Menschen all die Jahre identisch mit unserem Auftrag als Amtsträger der Kirche gewesen. Dabei hatten uns viele Gemeindemitglieder, KollegInnen und FreundInnen solidarisch unterstützt. Ihnen und uns waren wir es schuldig, unseren Schritt zum Atheismus zu erklären und ihnen unseren Austritt aus der Kirche verständlich zu machen. Dies taten wir erst jetzt nach der Suspendierung im Rahmen unserer Kontakte auf persönliche Art durch Gespräche und durch einen erläuternden Brief an unsere ehemaligen AmtskollegInnen. Nach unserem Austritt stellten wir unsere Auffassung zu Kirche, Religion und Atheismus ausführlich in der Broschüre »Religion – Opium des Volkes« dar.

- Foto: Flugblatt verteilen vor dem Heroldcenter in Norderstedt, 1975.



Dass den Linken, Kommunisten und Sozialisten in der Kirche für die nächsten Jahrzehnte keine Luft zum Atmen mehr gelassen wurde, beweisen die vielen Fälle, die hier bereits erwähnt wurden. Nach unserem Austritt wurde mit allen Mitteln versucht, den Theologie-Studenten und Vikar Helmut Tröber abzuschieben, weil er mich all die Jahre in der Simeon-Gemeinde hervorragend unterstützt hatte für die Öffentlichkeit des KV, der Gründung der Jugend- und Gemeinde-Beiräte, auch war er Kirchenältester. Er stellte über für die Simeon-Kirche den Kontakt zur Universität her und war unter anderem in der Arbeitsgruppe NAK aktiv. Auch für ihn waren Christentum und Sozialismus untrennbar miteinander verbunden.

Politisches Examen in der schleswig-holsteinischen Landeskirche

(Fragenkatalog des Kieler Bischofs Hübner an den Vikar Helmut Tröber, der nach bestandenen zweiten theologischen Examen vorläufig nicht als Pfarrer eingestellt wurde – Auszüge aus einem Schreiben vom 26.11.1974)

„Außerdem bitten wir Sie um eine schriftliche Stellungnahme zu folgenden Fragen:

- 1) In dem Gespräch mit Herrn Oberlandeskirchenrat Scharbau am 10. Sept. 1974 haben Sie zum Ausdruck gebracht, daß Sie in Ihrer kirchlichen Arbeit eine gesellschaftspolitische Zielsetzung verfolgen. Unsere Fragen in diesem Zusammenhang lauten:
 - a) Welche ideologische oder auch philosophische Grundposition vertreten Sie im Rahmen der gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen?
 - b) Welche gesellschaftspolitischen Ziele streben Sie an?
 - c) Was ist Ihre ekklesiologische Grundposition?
 - d) Welche Funktion hat nach Ihrer Auffassung die Kirche in der gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung?
 - e) Welche Funktion hat die Kirche bei der Erreichung der von Ihnen gesetzten gesellschaftspolitischen Ziele?
- 2) Wie stehen Sie zur Gesellschaftsanalyse, wie der KBW sie vertritt? Sind Sie Mitglied des KBW?
- 3) Wie stehen Sie zur Frage der Anwendung von Gewalt, auch Waffengewalt, in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung?
- 4) Auf dem 'Kongreß für eine parteiliche Gemeindegemeinschaft' sind verschiedene Positionen einer gesellschaftspolitischen Taktik dargestellt worden. Wie stehen Sie dazu? Wo finden Sie hier Ihre eigene Position?
- 5) Sie sind Mitgliedern oder Sympathisanten des KBW freundschaftlich verbunden. Glauben Sie, Ihre geistliche, geistige und politische Unabhängigkeit bewahren zu können?
- 6) Ist das Zeugnis des Neuen Testaments für Sie auf eine sozioethische Interpretation der Bergpredigt konzentriert oder haben auch Sie einen Zugang zur paulinischen Theologie, wie sie insbesondere in der Theologie Luthers ihre Ausprägung gefunden hat?
- 7) Wie sehen Sie das Verhältnis von Verkündigungsauftrag der Kirche und Propagierung extrem-politischer Anschauungen in der Praxis des kirchlichen Dienstes? Hierzu bitten wir Sie, sich insbesondere auch mit CA 28 auseinanderzusetzen.
- 8) Worin würden Sie das Schwergewicht und das Ziel einer Arbeit als Pastor, insbesondere in den Bereichen Gottesdienst, Unterricht, Seelsorge sehen?
- 9) Für den Fall eines Auftrags für einen kirchlichen Dienst:
 - a) Akzeptieren Sie einen Auftrag in Distanz zu Ihrer bisherigen Umwelt?
 - b) Nehmen Sie die Begleitung durch einen Propst oder Pastor für die Zeit des Übergangs an?
 - c) Dürfen wir mit einem unbefangenen Verhältnis Ihrerseits zur Kirchenleitung und Landeskirchenamt rechnen?

Wir bitten Sie um eine ausführliche Beantwortung dieser Fragen innerhalb einer Frist von zwei Wochen . . . Wir meinen, daß wir diese Klärung Ihnen, aber auch den Gemeinden unserer Landeskirche schuldig sind.“

Das hat ihn die Landeskirche lebenslang schwer büßen lassen. So beschloss die Kirchenleitung am 17. Oktober 1974 die »Nichtanstellungsfähigkeit« des Vikars Tröber. Zahlreiche Beschäftigte in der Kirche, unter anderem auch Kirchenälteste der Simeon-Gemeinde, legten gegen diese Berufsverbotspraxis der Kirche Protest ein. Vor allem Bischof Hübner hintertrieb vier Jahre lang die Übernahme in den kirchlichen Dienst und legte ihm schließlich einen inquisitorischen Fragenkatalog vor, den er beantworten musste. Was man wollte war: er sollte »allen Teufeln« abschwören – mir, dem Marxismus, dem Sozialismus und seiner bisherigen Tätigkeit an der Simeon-Kirche – und sich ideologisch Staat und Kirche unterwerfen. Erst im 1978 erhielt er als Theologe (nicht als Pastor) einen besonderen Dienstvertrag für ein Jahr an einer Pfarrstelle in Flensburg-Mürwik. Anschließend durfte er in Hamburg – ebenfalls ohne eigene Gemeinde – in verschiedenen kirchlichen Bereichen Tätigkeiten übernehmen, wurde dabei aber in den Wartestand mit nur 75% der Bezüge (bis in die Rentenzeit hinein) versetzt.

- Text: Fragenkatalog von Bischof Hübner für den Vikar Helmut Tröber vom 26.11.1974.

Jetzt enthüllt:

Die Vorstellungen des Landeskirchenamtes
von einem Idealpastoren.

... und was
kommt danach?



... der Weg
zum LKA

Bischof Hübner versuchte das Problem mit den drei sozialistischen Pastoren, die die Kirche verlassen hatten in seinem Advents- und Fastenbrief von 1974/75 aufzuarbeiten. Auf unsere eigentliche Kritik, die Kirche habe sich staatsloyal auf die Seite des Kapitalismus gestellt und unterstütze diesen in all seinen wirtschaftlichen und sozialen Auswüchsen, geht er nicht ein, sondern behandelt ausführlich – gestützt auf vorliegende wissenschaftliche und literarische Analysen – stets nur die Frage, warum wir denn auf die Seite der Sozialisten und Revolutionäre getreten seien, was der Kirche und dem christlichen Glauben widerspreche. Sein Fehler sei es gewesen, dass er in seiner »missverstandenen Toleranz« (!), mich nicht schon beim 1. Versetzungsantrag aus der Gemeinde entfernt und Gallmeier und Lechner überhaupt noch ordiniert hätte. Dann wäre der Fall erledigt gewesen? Als ob es in Kiel und der Nordkirche gar keine Achtundsechziger und in der weiten Welt keinerlei revolutionäre Bewegungen gegeben hätte! Karikatur »Nichts sehen...«



Wenn »nur noch der große Vorsitzende Mao zitiert wird«, so heißt es weiter, »oder Karl Marx und Lenin bemüht werden oder entsprechende Parteigrundsätze, dann ist eine Verhandlungsbasis... nicht mehr gegeben.« Man bedenke einmal, welchen tausenden von Ideen, Ideologien, Grundsätzen, Herrschern und Kulturen die christliche Kirche im Laufe der Jahrtausende gefolgt ist, zu recht oder zu Unrecht, aber immerhin als Ausdruck ihres jeweiligen Glaubens. Und dass bis heute die CDU und CSU in ihrem Parteinamen das Wort christlich verwenden darf. Jetzt sollte nicht einmal darüber diskutiert und verhandelt werden dürfen? Passend zu dieser immer existierenden Verbindung des Glaubens mit der Welt kommt von Hübner schließlich knochentrocken und ungeniert die Feststellung: »Für die christliche Kirche ist das Grundgesetz unseres Staates als gute Gabe Gottes eine unersetzliche Grundlage.«

- Bild: Erlangen 1961, Wahlkampf.



Pastor Grell schrieb dazu: » Da das lutherische Pfarrgesetz den Amtsträger zu maßvollem politischen Handeln verpflichtet (gemeint ist das loyale Verhalten gegenüber dem Staat), braucht man nur noch Instanzen, ein Landeskirchenamt, eine Kirchenleitung, ein Kirchengericht, die die Grenze zwischen maßvoll und maßlos festsetzen, und schon sind alle zum Schweigen gebracht, die in ihrer Kritik über das ...gewünschte Maß hinausgehen.« (Zitat bei Dorothee Sölle »Christen für den Sozialismus«).

- Foto: Auf dem Geburtstag von Wolfgang Grell am 5.9.2004.



Vielen Dank fürs Anschauen und Lesen!

- Foto: Edda und Helmut Lechner, 2013.